

4/2017

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Seite 23 bis 28

## **SPEZIAL: Global Forum for Food & Agriculture**

Internationale Agrarminister-  
konferenz zur Zukunft der Tierhaltung

## **Konzerne außer Kontrolle? Über Macht und Ohnmacht des Staates**

Seite 6

**Unternehmens-  
besteuerung – Flick-  
teppich mit System**

Seite 8

**Deregulierung des  
Arbeitsmarktes –  
solidarisch für soziale  
Sicherheit**

Seite 12

**Risiken einer grenzenlosen,  
digitalisierten  
Weltwirtschaft für den  
Globalen Süden**

Seite 14

**Industrie am Steuer –  
die Rolle der Autolobby  
im Diesel-Abgasskandal**

## SCHWERPUNKT

<b>Systemrelevant</b>	2
Die wachsende Macht der Großkonzerne ist eine Herausforderung <i>Jürgen Maier</i>	
<b>Postwachstum von Konzernen</b>	4
Warum wir endlich über Wettbewerbspolitik reden müssen <i>Dr. Thomas Dürmeier</i>	
<b>Unternehmensbesteuerung – Flickenteppich mit System</b>	6
Wie ein Steuersystem Wettbewerb verzerrt, ökonomischen Schaden anrichtet und Gerechtigkeit untergräbt <i>Wolfgang Obenland</i>	
<b>Wie politische Eliten die Konzentration von Macht und Reichtum verstärken</b>	8
Analysen der Machtstrukturen sind Ausgangspunkt für Alternativen <i>Uwe Wötzel</i>	
<b>Die Macht der großen Technologie-Konzerne</b>	10
Wie Amazon, Facebook und Co. groß wurden und andere kleinhalten <i>Anna Biselli</i>	
<b>Die „Big Five“ vergrößern die digitale Kluft</b>	12
Risiken einer grenzenlosen, digitalisierten Weltwirtschaft für den Globalen Süden <i>Sven Hilbig</i>	
<b>Die Industrie am Steuer</b>	14
Die Rolle der deutschen Autolobby im Diesel-Abgasskandal <i>Christina Deckwirth</i>	
<b>Lobbyregister jetzt!</b>	16
Wie politische Entscheidungen transparenter gemacht und geheimer Konzernlobbyismus verhindert werden kann <i>Johann Schittek</i>	
<b>Showdown in Oklahoma</b>	18
Unerwartete Verbündete machen Interessen der Agrargroßkonzerne zunichte <i>Joe Maxwell</i>	
<b>Handwerk versus Konzernmacht</b>	20
Versorgungssicherheit, Resilienz und Unabhängigkeit der Regionen ohne Handwerk? <i>Anke Kähler</i>	
<b>Schwerpunkt – Publikationen</b>	22

## SPEZIAL: GLOBAL FORUM FOR FOOD & AGRICULTURE (18.– 20.01.18, BERLIN)

<b>Die tragische Trennung von Viehzucht und Landwirtschaft</b>	23
Nutztierhaltung stellt die Wechselbeziehung zwischen Existenzgrundlagen, Gesundheit und Umwelt vor wesentliche Herausforderungen <i>Stefano Prato</i>	
<b>Über die Komplexität der Antibiotikaresistenz-Problematisierung in der globalen Tierhaltung</b>	25
Den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung grundsätzlich hinterfragen <i>Stig Tanzmann</i>	
<b>Umbau der Tierhaltung</b>	27
Kompliziert, teuer, aber machbar und überfällig. Die Bundesregierung muss aktiv werden <i>Ulrich Jasper</i>	

## AKTUELLES

<b>Irrweg Geoengineering</b>	29
Ein Allheilmittel gegen den Klimawandel gibt es nicht – wohl aber Alternativen <i>Barbara Unmüßig</i>	
<b>Die enorme Abhängigkeit von Kohle</b>	31
Eine düstere Zukunft für Bangladesch <i>Mowdud Rahman</i>	
<b>Pestizide belasten Mensch und Natur weltweit</b>	33
Gründe und Möglichkeiten für eine Abkehr vom chemischen Pflanzenschutz <i>Susan Haffmans</i>	
<b>Bewegung, Fortschritte, aber auch Stillstand</b>	35
Die UN-Klimakonferenz in Bonn <i>Antje von Broock und Ann-Kathrin Schneider</i>	

## THEMEN AUS DEM FORUM

<b>Schöne neue Zukunft</b>	37
Können wir mit Innovationen die Welt retten? <i>Marie-Luise Abshagen</i>	
<b>Nutzlose Feigenblätter</b>	39
Die neue Charmeoffensive der EU-Kommission und der fortlaufende Widerstand gegen CETA <i>Nelly Grotefendt</i>	
<b>Wir haben es immer noch satt!</b>	40
Wir haben Agrarindustrie satt!-Demonstration schlägt auch im 8. Jahr Alarm für eine andere Landwirtschafts- und Ernährungspolitik <i>Christian Rollmann</i>	

Neueste Publikationen Forum Umwelt & Entwicklung 41



### Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2018.

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 910, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de VERANTWORTLICH: Jürgen Maier REDAKTION: Marijana Todorovic und Josephine Koch MITARBEIT: Anna Uebachs KORREKTORAT: Julia Rintz LAYOUT: STUDIO114.de | Michael Chudoba TITELBILD: Rawpixel.com/Shutterstock.com REDAKTIONSSCHLUSS: 19.11.2017



## *Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

die Wirtschaft stellt die Gesamtheit aller Institutionen und Handlungen dar, die der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen soll. Der Auftrag des Staates ist es dabei, wirtschaftliche Prozesse so zu steuern, dass sie das Gemeinwohl steigern. Doch welche Macht hat der Staat, immer größere und transnational agierende Megakonzerne zu kontrollieren und einzuhegen? Auf der einen Seite steht er vor der Herausforderung, für eine steigende Anzahl komplexer Themen wie Datensicherheit, Finanzdienstleistungen, Arbeitsmarkt, Handelsabkommen oder selbstfahrende Autos zuständig zu sein – auf der anderen Seite sind Konzerne längst selbst bedeutsame politische Akteure geworden.

Wer kontrolliert hier eigentlich wen? Diese Frage stellt sich nicht erst seit dem Dieselskandal. Die Verflechtungen zwischen Konzernen und Politik werden jedoch immer enger und das Handeln von Großunternehmen immer unübersichtlicher. Ob im Bereich Ernährung und Gesundheit oder Sicherheit und Arbeit: Die Macht von Konzernen durchdringt nahezu alle Bereiche des Lebens – für Milliarden von Menschen, weltweit.

Dabei haben wir es mit wenigen globalen Playern zu tun, die immer mehr Marktmacht auf sich vereinigen und zu immer größeren Konzernen fusionieren. Emblematisch dafür stehen auch große Technologiekonzerne wie Google, Facebook, Amazon und Alibaba, die andere systematisch kleinhalten. Bei dem Hype um die Digitalisierung wird zudem häufig ausgeblendet, dass diese „Big Five“ (die „Großen 5“) die digitale Kluft im Globalen Süden weiter vergrößern und so die Entwicklungsproblematik verschärfen.

Ein weiteres, zunehmend kritisch bewertetes Beispiel für wachsende Konzernmacht stellen die aktuellen Mega-Fusionen der Agrar- und Chemiekonzerne Dow und Dupont, ChemChina und Syngenta sowie bald wahrscheinlich auch Bayer und Monsanto dar. Was Deutschland und Europa hierdurch im Agrarsektor blühen wird, lässt sich mit einem Blick über den „großen Teich“ erahnen. Dennoch, ein entschlossenes Entgegenstellen kann sich bezahlt machen: Im Bundesstaat Oklahoma hat es beispielsweise eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher AkteurInnen geschafft, mit einer gemeinsamen Wahlkampagne den Einfluss der Agrarriesen zumindest partiell zurückzudrängen. Auch in Deutschland, wo das Handwerk und die kleinen und mittelständischen Unternehmen unter der Übermacht der Konzerne unterzugehen drohen, regt sich Widerstand.

Wenn wir über Konzernmacht reden, müssen wir aber auch das große Ganze in den Blick nehmen und hinterfragen, wie es überhaupt dazu kommt, dass Konzerne eine solche Macht erlangen können. Ist ihr Wachstumszwang systemimmanent? Oder ist die Ohnmacht des Staates auch auf Politikversagen zurückzuführen? Gleichzeitig wollen wir mit dem Themenschwerpunkt Konzernmacht auch danach fragen, was dagegen getan werden kann. Ein Lobbytransparenzregister und eine vernünftige Steuer- und Wettbewerbspolitik können dabei wichtige Impulse geben.

Anlässlich des 10. Global Forum for Food and Agriculture (GFFA), das vom 18. bis 20. Januar 2018 in Berlin stattfindet, setzen sich in dieser Ausgabe des Rundbriefs zusätzlich 3 Artikel kritisch mit dem Thema Nutztierhaltung auseinander, welches den Fokus der diesjährigen internationalen Agrarministerkonferenz bildet.

Eine erhellende Lektüre wünscht

*Josephine Koch*  
Josephine Koch

# SYSTEMRELEVANT

## Die wachsende Macht der Großkonzerne ist eine Herausforderung

**Too big to fail – zu groß, um unterzugehen. Das ist einer der Begriffe, an den wir uns gleich erinnern, wenn über die globale Finanzkrise 2008-2009 gesprochen wird. Als das riesige Bankhaus Lehman Brothers quasi über Nacht zusammenbrach, grassierte die Angst vor weiteren derartigen Zusammenbrüchen. Die Politik war entschlossen, dies zu verhindern – man identifizierte Banken und Finanzkonzerne, die „too big to fail“ waren. Sie wurden als „systemrelevant“ eingestuft, und daher durften sie nicht untergehen und wurden gerettet, auch wenn solche staatlichen Rettungsaktionen eigentlich in einer Marktwirtschaft nicht vorgesehen sind. Aber das sollte eine Ausnahme bleiben. Nie wieder sollte es Banken und Finanzkonzerne geben, die „too big to fail“ sind und die genau deshalb die Politik erpressen können, das war damals der Grundkonsens. „Nie wieder darf der amerikanische Steuerzahler Geisel einer Bank sein, die ‚too big to fail‘ ist“, so Barack Obama 2010.<sup>1</sup>**

**H**EUTE, BALD 10 Jahre später, sind die großen „systemrelevanten“ Konzerne noch größer, noch mächtiger, noch einflussreicher. Das gilt nicht nur für den Finanzbereich, sondern für fast alle Branchen und Wirtschaftszweige. Fusionen und Firmenzusammenschlüsse haben diesen Trend massiv beschleunigt, in der Autoindustrie genauso wie im Einzelhandel oder der Luftfahrt. Das bedeutet natürlich auch, dass ihre politische Macht weiter gewachsen ist. Fusionen und Firmenzusammenschlüsse werden praktisch alle genehmigt, mit Auflagen vielleicht, aber untersagt werden sie sehr selten – obwohl die Marktkonzentration damit immer steigt, der Wettbewerb immer leidet. Regulierung im öffentlichen Interesse gegen die Interessen mächtiger Konzerne scheint immer schwieriger zu werden: Wir nehmen das grassierende Insektensterben zur Kenntnis, aber die dafür verantwortlichen Pestizide zu verbieten? Wir stellen fest, Autokonzerne betrügen systematisch und seit Langem bei den Abgaswerten, die Luftverschmutzung in Innenstädten liegt weit über den erlaubten Grenzwerten, aber daraus wirksame Konsequenzen ziehen? Beispiele für derartiges Politikversagen gegenüber Konzernen finden sich dutzendweise. Dass Großkonzerne kaum Steuern zahlen und die Steuergesetzgebung sogar so aussieht, dass systematische Steuervermeidung weitgehend legal ist, haben die ‚Paradise Papers‘ wieder einmal deutlich gemacht.

### Konsequenzen? Nicht in Sicht.

Woran liegt das? Ist es in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung nicht

mehr möglich, multinationale Konzerne zu regulieren? Too big to regulate? Vielleicht. Dann stellt sich aber nicht nur die Frage, wie es so weit kommen konnte und wer dafür gesorgt hat, sondern auch die Frage nach der Zukunft der Demokratie. Wahrscheinlicher ist es aber, dass diese Regulierung politisch nicht mehr gewollt ist. Wenn alle „koalitionsrelevanten“ Parteien Wert darauf legen, „wirtschaftsfreundlich“ zu sein, und dies mit zahlreichen engen personellen Verflechtungen untermauern, ist das kein Wunder. Die Süddeutsche Zeitung hat dies anhand der Agrarindustrie gründlich recherchiert: „Aufällig viele CDU/CSU-Abgeordnete aus dem Agrarausschuss des Bundestags besetzen Posten in Agrarfirmen und Finanzkonzernen ... Wer nach intransparenten Strukturen sucht, der findet sie in der deutschen Agrarwirtschaft landauf, landab. Sie ist ein Paradies für Lobbyisten. Die Interessenvertretung funktioniert hier über ein fein austariertes Geflecht aus Vertretern der Landwirtschaft, der Agrarmaschinenhersteller oder der Chemie- und der Gentechnikindustrie. Funktionäre und Manager schieben sich innerhalb dieses engen Netzwerks ihre Posten gegenseitig zu. Wer für wen lobbyiert, ist häufig unklar.“<sup>2</sup>

Auch die umstrittenen Freihandelsabkommen dienen in erster Linie den Interessen großer Konzerne. Mehr als kleine oder mittlere Unternehmen sind sie weltmarktorientiert, arbeiten mit globalen „Wertschöpfungsketten“, und haben ein großes Interesse an international einheitlichen Standards. Der ‚Konzernatlas‘<sup>3</sup> zeigt detailliert

das enorm gewachsene Konzentrationsniveau im Agrar- und Ernährungssektor. Es sind diese Konzerne, die die Globalisierung der Agrarmärkte wollen und brauchen.

### Warum lassen „wir“ uns so sehr von der Interessenlage großer Konzerne beeinflussen?

Die allgegenwärtigen Meldungen über den aktuellen Dax oder Dow Jones suggerieren, die Kurse der großen börsennotierten Aktiengesellschaften seien quasi die Wasserstandsmeldung über den Zustand der Volkswirtschaft. Man fängt an zu glauben, wenn der Dax steigt, geht es „uns“ gut. Der blinde Glaube an diese Indexe lebt ungebrochen weiter, dabei sind sie so launisch wie das Wetter: Heute regnet es, morgen scheint die Sonne. Über den Wohlstand eines Landes, einer Volkswirtschaft sagen sie nichts aus, genauso wie die Zahlen zu Wirtschaftswachstum.

Viel zu selten wird die Frage gestellt, wem eigentlich diese Konzerne gehören, wer also direkt von den Steigerungen der Aktienkurse profitiert. Längst haben Konzerne wie Bayer, Daimler, Deutsche Bank aufgehört, „deutsche“ Konzerne zu sein. Ihre Eigentümerstruktur verteilt sich genauso wie ihre Geschäftstätigkeit kreuz und quer über den Globus und dementsprechend sind ihre Bindungen an den „Standort Deutschland“ nur noch schwach. Apple hat eine Finanzkonstruktion gefunden, mit der sie überall auf der Welt steuerrechtlich als „ausländisches Unternehmen“ gelten. In einer Analyse hat die Süddeutsche herausgefunden, dass bei der geplanten Fusion Bayer-Monsanto die Haupteigentümer beider Konzerne große Hedgefonds sind, die quasi mit sich selbst fusionieren wollen – eine selten gewordene Sternstunde des Wirtschaftsjournalismus.<sup>4</sup>

### Vielleicht ist es an der Zeit, den Begriff „systemrelevant“ neu zu definieren

„Systemrelevant“ für eine Volkswirtschaft ist ein florierender Mittelstand und ein florierendes Handwerk. Sie sind nicht in erster Linie dem „shareholder value“, neudeutsch für Profit,

von internationalen Anlegern verpflichtet, sondern den Menschen in der Region, in der sie arbeiten. Und zwar in Märkten, deren Rahmenbedingungen nicht von der Marktmacht von Großkonzernen gesetzt werden (und die im Übrigen weit weniger Steuervermeidungsmöglichkeiten haben als Multis). „Systemrelevant“ für eine soziale Marktwirtschaft ist es, dass alle von ihr etwas haben und nicht ein Drittel in einen Niedriglohnsektor ausgegrenzt wird. „Systemrelevant“ für ein nachhaltiger wirtschaftendes Land ist es, dass der Übergang zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise im Einklang mit der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten von der Politik mit aktiver Regulierung vorangetrieben wird. „Systemrelevant“ für eine funktionierende Demokratie ist es, dass Politik sichtbar und glaubwürdig Interessen am Gemeinwohl orientiert abwägt statt Geschäftsinteressen großer Konzerne mit dem Gemeinwohl verwechselt, gerade angesichts bevorstehender Umbrüche wie der Digitalisierung. Last, not least, alle Menschen müssen sich selbst als „systemrelevant“ empfinden, wenn sie eine pluralistische Demokratie als ihr System betrachten wollen, statt antidemokratischen Protestimpulsen zu folgen.

Es ist offensichtlich, dass unter diesen Gesichtspunkten heute die meisten Entwicklungen in die falsche Richtung laufen. Kann man sich die Umgestaltung hin zur Nachhaltigkeit, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, ernsthaft vorstellen unter Bedingungen eines immer stärker von multinationalen Großkonzernen dominierten Weltmarktes, dem sich regionale Wirtschaftskreisläufe immer mehr unterzuordnen haben? Der resignierte Verweis auf die „Alternativlosigkeit“ dieser Entwicklung überzeugt aber auch nicht. Im Gegenteil, die heutige globalisierte Wirtschaft ähnelt immer mehr einem Kartenhaus, das schon durch eine mittlere Krise irgendwo auf der Welt zusammenfallen kann.

Wenn Marktwirtschaft Wettbewerb bedeutet, dann darf es keine marktbeherrschenden Oligopole geben. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts führten die USA mit der Antitrust-Politik strenge Anti-Kartell-Gesetze ein, die drastische Konsequenzen hatten. Mehr als 100 Kartellklagen gegen Unternehmen waren die Folge, viele geplante Fusionen wurden untersagt. 1911 wurde

Rockefellers marktbeherrschende Standard Oil Company in 3 Dutzend Unternehmen zerschlagen. Was spricht eigentlich dagegen, ähnliche Maßnahmen heute wieder in Betracht zu ziehen? Diese Frage stellte sich US-Notenbankpräsident Greenspan 2009: „Wenn sie „too big to fail“ sind, dann sind sie eben „too big“, zu groß. 1911 haben wir Standard Oil aufgespalten – und was geschah? Die einzelnen Teile wurden wertvoller als das Ganze. Vielleicht ist es genau das, was wir tun müssen.“<sup>5</sup> Nobelpreisträger Joseph Stiglitz zeigt in seinem exzellenten Essay ‚America Has a Monopoly Problem – and It’s Huge‘ (dt.: Amerika hat ein Monopolproblem – und das ist riesig)<sup>6</sup> die Parallelen zwischen damals und heute und fordert genau das: eine neue Antitrust-Politik.

#### Was bedeutet das?

Es wird Zeit, sich wieder mit ökologischer Wirtschaftspolitik zu befassen. In den Geburtsjahren der Ökologiebewegung gab es dazu viele Ansätze, viele gute Ideen, auch viele unrealistische. Heute haben wir viele Diskussionen über sehr langfristige Visionen, und viel Aktivismus zu sehr kurzfristigen Fragen. Die mittelfristige Perspektive, wie der Umbau hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften konkret bewerkstelligt werden kann, fehlt weitgehend, in Deutschland wie auch international. Eigentlich erstaunlich für ein Land mit so viel aktiver Zivilgesellschaft. Ich bin sicher, die meisten dieser Ansätze wären ohne Weiteres mehrheitsfähig:

Die neoliberalen „Reformen“ der letzten 25 Jahre hatten nie eine gesellschaftliche Mehrheit, ihre Rückabwicklung wäre populär: Den Niedriglohnsektor und die Leiharbeit zurückdrängen; Konzerne anständig regulieren, besteuern und im Ernstfall auch mal zerschlagen; mehr regionale Wertschöpfung statt immer mehr Weltmarktkonkurrenz aller gegen alle; angemessene Bezahlung von Erzieher, Altenpfleger und Paketboten (die brauchen viel mehr) und Banker, Konzernvorständen und Manager (also viel weniger) und so weiter. Eine neue Mobilitätskultur jenseits des Auf-das-Auto-angewiesen-Sein gerade auch auf dem Land wäre populär, immer mehr Menschen empfinden das Auto als teure Last statt als Statussymbol. Eine gute Lebensmittelproduktion in der Region für die Region, ohne Tierquälerei und wirtschaftliche Ausbeutung der Bäuerinnen und Bauern

ist längst Wunsch und Wille der meisten Menschen, und nicht immer mehr weltmarktorientierte Agrarindustrie.

Aber wir müssen auch zugeben, für viele Probleme haben auch diejenigen keine Antworten, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen. Was bedeutet die Krise der Gewerkschaften, wie sichern wir Arbeitnehmerrechte auch im Mittelstand, im digitalen individualisierten Zeitalter? Die Krise des ländlichen Raumes, die Entvölkerung ganzer Regionen treibt die Menschen um, wie man am massiven Widerstand gegen die weitere Zentralisierung (genannt „Kreisgebietsreformen“) sehen kann. Wir wissen, es kann nicht nachhaltig sein, wenn alle in die Städte drängen; aber was dagegen tun? Wir wissen, Massenemigration ist auch keine Entwicklungsstrategie für arme Länder, aber wie sieht eine sinnvolle Politik zwischen „Grenzen auf“ und „Grenzen zu“ in der vergifteten Polarisierung über Migration aus? Wie viel Europa, wie viel Multilateralismus ist sinnvoll – und wann heißt Dezentralisierung auch mal weniger Europa, weniger Multilateralismus?

Viele offene Fragen, aber sie sind spannend. Wir können ihnen nicht ausweichen, und wenn wir sie umsetzungsorientiert führen wollen, müssen wir alle mitnehmen. Auch die 85 Prozent ohne Hochschulabschluss, und auch die vielen, die mit der Nachhaltigkeitsdebatte nicht viel anfangen können, aber spüren, dass es so nicht weitergehen kann. Wir brauchen eine Debatte in der Gesellschaft, nicht im Elfenbeinturm.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 WSJ (21.01.2010).
- 2 SZ (15.09.2017).
- 3 BUND, Oxfam, Germanwatch, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg., 2017). <https://www.boell.de/konzernatlas>.
- 4 SZ (21.09.2016).
- 5 Bloomberg (15.10.2009).
- 6 <https://www.thenation.com/article/america-has-a-monopoly-problem-and-its-huge/>.

# POSTWACHSTUM VON KONZERNEN

## Warum wir endlich über Wettbewerbspolitik reden müssen

**66 Milliarden US-Dollar wird Bayer für den US-amerikanischen Gentech-Riesen Monsanto bezahlen müssen, damit die bisher größte Unternehmensfusion in der Geschichte der Bundesrepublik gelingt. Die Negativrekorde nehmen aktuell kein Ende: Lufthansa monopolisiert den Luftraum weiter. Die Europäische Wettbewerbsbehörde ermittelt gegen das riesige Dieseldieselkartell der deutschen AutobauerInnen von Volkswagen und Co. Wir blicken dieses Jahr auch auf 10 Jahre Finanzkrise zurück und unsere Gesellschaften haben nicht gelernt, dass systemrelevante Banken neben „too big to fail“ (zu groß zum Scheitern) auch zu „too big to be“ (zu groß zum Bestehen) sind.**

**D**IE FUSIONEN und Firmenzusammenschlüsse erreichen immer größere Summen, wie die Berichte der Wettbewerbsbehörden dokumentieren. 2 oder mehrere Firmen können sich zu einem neuen, größeren Unternehmen verbinden. Firmen können auch andere Firmen über den Erwerb von Aktienpaketen aufkaufen, sodass Monsanto in den Bayer-Konzern aufgeht. Dies kann im wechselseitigen Einvernehmen geschehen oder als „feindliche Übernahme“ gegen den Widerstand des Schwächeren. Die Konzentration auf vielen Märkten steigt an und die Marktmacht der wenigen verbleibenden Megakonzerne wächst und wächst. Das renommierte Wirtschafts-magazin The Economist warnt auch schon von einer gefährlichen Konzentration der Märkte.

Die wachsende Macht der Megakonzerne hat zahlreiche negative Folgen. Marktmacht ist die Fähigkeit, wirtschaftliche Freiheit anderer MarktteilnehmerInnen einzuschränken. Konkurrenzunternehmen werden aufgekauft oder vom Markt verdrängt. Die schwächeren MarktteilnehmerInnen, ob ZuliefererInnen oder VerbraucherInnen, werden durch höhere Preise oder Knebelverträge ausgebeutet. Die ökonomischen Schäden durch Megakonzerne berechnen ÖkonomInnen auf ca. 5 bis 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).<sup>1</sup> Dies entspricht fehlendem Angebot von Produkten oder Dienstleistungen durch überhöhte Preise. Die Monopolprofite, die eine Umverteilung von schwächeren MarktteilnehmerInnen zu Megakonzerne darstellen, sind dabei nicht berücksichtigt.

Die Megakonzerne verteidigen ihre Fusionen mit angeblichen positiven Synergie-Effekten für VerbraucherInnen, weil z. B. ihre Produktionskosten sinken würden oder neue Forschung erst so möglich wäre.

Konzernmacht ist auch Lobby-macht, was die Lobbyerfolge von Monsanto zeigen. Sie schädigt Demokratie. Megakonzerne werden z. B. als nationale Champions mit Wirtschaftsförderung umworben oder KonzernlobbyistInnen bekommen privilegierte Zugänge in Ministerien oder internationale Wirtschafts-verhandlungen. Angesichts dieser stei-

genden Macht von Konzernen frage ich mich, warum wir kein Postwachstum – also ein Schrumpfen von Megakonzerne – in der Wettbewerbspolitik fordern.

### Ökonomische Zwänge zur Marktkonzentration

Die Ursachen für Unternehmenswachstum sind systemimmanent. Jede kapitalistische Marktwirtschaft zwingt zur Profitmaximierung. Institutionelle InvestorInnen, also Banken, Investmentfonds, Versicherungen, aber auch Organe der öffentlichen Hand, fordern hohe Rendite. ManagerInnen müssen diese Vorgaben der Finanzmärkte erfüllen. Frauen findet man kaum im Spitzenmanagement. Wer nicht zur Spitzengruppe der Konzerne gehört, wird aufgekauft oder vom Markt verdrängt. Preise zeigen auf Wettbewerbsmärkten an, wo bessere oder billigere Alternativen existieren, und VerbraucherInnen wandern zu besseren Angeboten ab. Jede Preissenkung der Konkurrenz



Die Zivilgesellschaft startet einen Mobilisierungsaufzug gegen steigende Marktkonzentration.

© Aktion Agrar/flickr.com (BY 2.0)

zwingt zu neuen Anstrengungen oder zum Ausscheiden. Unternehmen müssen in diesem System wachsen, KonkurrentInnen verdrängen und neue Märkte erobern.

Aus diesem Grund lernt jedeR BWL-StudentIn im strategischen Management, Wettbewerb und besonders Preiswettbewerb zu vermeiden. Kartelle und Preisabsprachen waren früher alltäglich. Produktionsmittel wurden monopolisiert. Gewerkschaften wurden verhindert. Heute sind die Methoden vielseitiger und tiefgehender. Patente, geistiges Eigentum oder Produktnormen schließen Konkurrenz aus. VerbraucherInnen werden von Produkten über Marken, Werbung oder Treuepunkte abhängig gemacht. Produktdifferenzierung bedeutet, baugleiche Produkte mit einem anderen, aber vielversprechenden Namen an zahlungskräftige VerbraucherInnen zu verkaufen. VerbraucherInnen werden getäuscht.

Neue digitale Unternehmen wie Google, Facebook oder Amazon sammeln permanent Daten über uns und Daten sind das Erdöl des 21. Jahrhunderts. Digitalkonzerne monopolisieren diese Datenbestände im Internet. Daten sind auch für Bayer ein neuer Rohstoff. Durch den Kauf von Monsanto will man Marktführer bei digitaler Präzisionslandwirtschaft werden. Digitale Leistungen für Medikamente, Dünger oder Pflanzengifte liefern Bayer Daten über ihre Produkte und KundInnen und somit neue Marktmacht. Eine Handy-App für jede Kuh im Stall von Bayer gefällig?

### Die Gründe für Fusionen sind vielfältig

Wettbewerb zwingt zu Wachstum. Horizontale Fusionen zwischen Unternehmen der gleichen Produktionsstufe verdrängen Konkurrenz aus dem Markt. Vertikale Fusionen finden statt, wenn Unternehmen vor- oder nachgelagerte Unternehmen in der Produktionskette aufkaufen, sodass der Großkonzern mehr Kontrolle über die Lieferbeziehungen erreicht und so Kosteneinsparungen erzielt. Dies bringt für den einzelnen Konzern viele wirtschaftliche Vorteile, aber zerstört die regulierende Wirkung von Märkten.

Zahlreiche ManagerInnen folgen auch der Hybris, ein immer größeres Firmenimperium besitzen zu wollen. Erringen von wirtschaftlicher Macht ist ein starker Antrieb und führt zu Megakonzerne, die ökonomisch

keinen Sinn mehr ergeben. Viele Fusionen scheitern, weil größere Megakonzerne nicht immer die besseren Unternehmen sind. Steuerungsaufgaben werden komplexer, Zielkonflikte größer und das Unternehmen immer schwerfälliger. Fusionen scheitern auch oft daran, dass die Zusammenführung von 2 Unternehmen mit unterschiedlichen Betriebskulturen, gewachsenen Organisationsstrukturen und Firmenphilosophien zu viele Konflikte und Ablehnung im Gemeinschaftsunternehmen produziert. Auch kann der Kampf um die geringere Anzahl von Führungspositionen zu mehr Schaden als Nutzen führen. Jede zweite Fusion scheitert daher auch wie z. B. DaimlerChrysler.

Wettbewerb braucht „Fairness“, wie es auch die Wettbewerbskommissarin der Europäischen Union (EU) Margrethe Vestager in die Diskussion gebracht hat. Fairness bedeutet Geschäftsmöglichkeiten für viele kleine und mittelständische Unternehmen auf offenen Märkten. Marktbeherrschende Stellungen müssen entflochten werden. Wer als Großkonzern andere MarktteilnehmerInnen unterdrückt, muss wie andere Megakonzerne von der Öffentlichen Hand in viele kleinere Unternehmen zerschlagen werden. Märkte brauchen zusätzlich soziale und ökologische Grenzen des Wettbewerbs. Wettbewerb und Märkte brauchen staatliche Kontrolle und Steuerung, wie z. B. die Bundesnetzagentur oder ein starkes Bundeskartellamt.

### Politische Weichenstellungen für Megakonzerne

Es gibt Megakonzerne, weil die Lobby der Unternehmen die politischen Weichen gestellt hat. Gesetzliche Vermutungstatbestände der Marktbeherrschung wurden im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, der Grundlage der Wettbewerbskontrolle, von anfangs 20 Prozent Marktanteil über 30 Prozent auf heute 40 Prozent erhöht. Bei über 1.000 Fusionsanmeldungen in Deutschland jedes Jahr werden nur weniger als 10 untersagt. Die EU untersagte 2015 keine einzige Fusion.

Im Standortnationalismus sind Konzerne als Champions politisch gewollt, aber ein Pakt mit dem Teufel. Sinnvolle Politik gegen Konzerne wird unterlassen, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten, aber Steuersenkungen, Sozialabbau und Standortwettbewerb gehen weiter.

Letztendlich verlieren alle Gesellschaften und nur die Konzerne und Superreichen gewinnen.

### Der Dornröschenschlaf der Zivilgesellschaft endet

Es fing eigentlich alles gut an. Die Alliierten haben die großen deutschen Kriegskonzerne zerschlagen und in Großkonzernen wie Volkswagen bekommen Gewerkschaften und VolksvertreterInnen starke Mitspracherechte. Leider führten viele Entwicklungen wie die marktradikale Revolution der Konzerne und Neoliberalen dazu, dass sich die bundesdeutsche Zivilgesellschaft stark aus wirtschaftlichen Themen zurückgezogen hat. Der ehemalige Präsident des Bundeskartellamts, Wolfgang Kartte, weist zu Recht auf die fehlende Lobby gegen Marktmacht hin: „Wettbewerbspolitik hat keine Lobby“.

Als mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac Konzernkritik wieder erstarkte, gründete sich 2006 das zivilgesellschaftliche Netzwerk für Corporate Accountability (CoRA). Global gab es immer viele Initiativen wie die kanadische Nichtregierungsorganisation (NGO) ETCgroup mit ihren Studien gegen die Macht der Agrokonzerne. Mit der Streitschrift ‚Fusion von Bayer & Monsanto‘<sup>2</sup> wurde im April 2017 ein zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsauftrag gegen die Ohnmacht der Wettbewerbskontrolle formuliert und unsere konzernkritische NGO ‚Goliathwatch‘ gründete sich.

Wettbewerbskontrolle ist der strategische Hebel und könnte eigentlich Megakonzerne zerschlagen. Das Bundeskartellamt wird am 15. Januar 2018 60 Jahre alt. Das ist ein guter Zeitpunkt, um auch Fragen nach einer gerechten Globalisierung mit fairen Märkten ins Spiel zu bringen.



Dr. Thomas Dürmeier

Der Autor ist Campaigner und Geschäftsführer von Goliathwatch.

1 Robert T. Masson/Joseph Shaanan (1984): Social Costs of Oligopoly and the Value of Competition. <https://masson.economics.cornell.edu/docs/08Masson%20and%20Shaanan%20EconJournal%201984.pdf>.

2 [www.goliathwatch.de](http://www.goliathwatch.de).



© stevepb (2017)

Ein ungerechtes Besteuerungssystem zu Gunsten großer Unternehmen schädigt lokale Wirtschaft und Gemeinwesen.

# UNTERNEHMENSBESTEUERUNG – FLICKENTEPPICH MIT SYSTEM

Wie ein Steuersystem Wettbewerb verzerrt, ökonomischen Schaden anrichtet und Gerechtigkeit untergräbt

**International agierende Unternehmen haben viele Vorteile im Wettbewerb, unter anderem durch ein Besteuerungssystem, das sie mehr als nötig bevorzugt. In der Folge werden lokale Unternehmen und die lokale Wirtschaft geschädigt, mit Auswirkungen auf die Finanzierung von Gemeinwesen, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsstruktur. Dabei gibt es sowohl prinzipielle wie auch ganz pragmatische Ansätze dafür, was gegen Steuervermeidung und -hinterziehung sowohl global als auch national getan werden könnte.**

**A**m 5. November 2017 veröffentlichte ein Netzwerk von JournalistInnen und Medien koordiniert vom International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) mit den Paradise Papers das jüngste Konvolut an Belegen dafür, dass es Personen und Unternehmen noch immer ein Leichtes ist, ihre Steuerlast durch die Ausnutzung eines global zerfaserten Finanzsystems zu drücken.

## Immenser Schaden durch Steuervermeidung

Tatsächlich bietet eine ganze Dienstleistungsindustrie Angebote für Personen und Unternehmen, die es ihnen ermöglichen, sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Die Folgen davon sind mittlerweile gut belegt. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass den Staaten global durch

Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen jährlich 100 bis 240 Milliarden Euro an Einnahmen verloren gehen. Umfangreichere Schätzungen zu Kapitalverlusten zeigen, dass das Phänomen gerade für ärmere Länder volkswirtschaftlich bedenkliche Ausmaße annimmt. So errechnet das Washingtoner Forschungsinstitut Global Financial Integrity Verluste für sog. Entwicklungsländer von 620 bis 970 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 allein.<sup>1</sup> Die Folgen sind vielfältig: Schwache Sozialsysteme, mangelhafte öffentliche Dienstleistungen, schwache Binnenwirtschaft.

Das Hauptproblem für die Steuerbehörden liegt daran, dass der Flickenteppich nationaler Regelwerke den Geschäftspraktiken transnational agierender Konzerne nicht mehr gerecht wird. Tochterfirmen multinati-

onaler Unternehmen werden in den jeweiligen Ländern als selbstständige Einheiten besteuert. Dabei ist jedoch kaum nachzuvollziehen, ob der steuerliche Gewinn einer Tochterfirma korrekt ausgewiesen oder zum Beispiel durch manipulierte Preisfestsetzungen für konzerninterne Transaktionen künstlich kleingerechnet wird.

## Wie man Steuern sparen kann – ein Beispiel

Die Mechanismen und Folgen auch für kleinere Unternehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit hat der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass in einem aktuellen Beitrag für Makronom am Beispiel zweier fiktiver Bäckereien in Deutschland plastisch verdeutlicht:<sup>2</sup>

Eine lokal tätige und sich vor Ort – etwa bei einer Sparkasse – finanzierende Bäckerei trägt auf vielerlei Art und Weise zum Steuerertrag und zur lokalen Wertschöpfung bei. Sie ermöglicht bspw. Banken Einnahmen über bezahlte Kreditzinsen (die in Deutschland versteuert werden), bezahlt ebenfalls besteuerte Löhne, macht Werbung (deren Erträge die lokalen DienstleisterInnen ebenfalls versteuern) und kann diese Ausgaben

mit ihren Gewinnen verrechnen, die danach aber ebenfalls zur Besteuerung herangezogen werden.

Im Gegenbeispiel wurde ein Bäckereiunternehmen vor einigen Jahren an internationale FinanzinvestorInnen verkauft. Der Kaufpreis wird überwiegend aus dem Eigenkapital des Bäckereiunternehmens refinanziert. Das wird durch Kredite ausgeglichen, die aber nicht lokal, sondern z. B. bei einer/einem Schweizer FinanzdienstleisterIn aufgenommen werden. Die Zinserträge werden entsprechend nicht versteuert, weil hierfür eine Steuerbefreiung gilt. Weiter bezahlt das Unternehmen für die Nutzung seines Markennamens Lizenzgebühren an eine ebenfalls im Ausland ansässige Tochterfirma, natürlich in einem Land, in dem solche Lizenz-einnahmen ebenfalls steuerlich befreit sind. Werbung wird über das Internet gemacht. Sowohl die Zinsen als auch die Markengebühren und Werbeausgaben kann das Unternehmen steuerlich geltend machen. Am Ende verbleibt fast kein Gewinn, trotz evtl. guter Umsätze. Weil sowohl die KreditgeberInnen als auch die Lizenzverwaltungsfirma „steuerlich optimiert“ sind, bezahlen sie auch sonst nirgendwo Steuern.

Der kleinen Bäckerei bleibt, so es seine Wettbewerbsfähigkeit nicht einbüßen will, nur die Möglichkeit, sich ähnlicher Tricks zu bedienen – etwa das Ausweichen auf Internetwerbung oder ausländische KreditgeberInnen. Im Ergebnis verzeichnen nicht nur Finanzämter geringere Einnahmen – mit Folgen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen von der sozialen Sicherung bis zur Bildung – sondern auch die lokale Wirtschaft. Das wiederum kann zu weniger Arbeitsplätzen und niedrigeren Löhnen führen.

### Die Grundprobleme: Steuerwettbewerb und Transfer Pricing

Weitere und zum Teil äußerst komplexe Problemfelder bestehen im Internethandel – wo versteuert bspw. Amazon die Einnahmen aus seiner Versandtätigkeit, wie wird der Umsatz besteuert oder wo werden Patenteinnahmen abgerechnet? Wichtig ist aber festzuhalten, dass es im Kern 2 Ursachen gibt:

Zum einen herrscht, auch innerhalb der Europäischen Union (EU), ein Wettbewerb um möglichst attraktive Besteuerungsmodelle und Steuersätze. Das reicht von für einzelne

Megaunternehmen eingeräumten Sonderregeln (wie etwa im Fall Apples in Irland oder Amazons in Luxemburg) bis hin zu systematischen Ausnahmen für Einnahmen aus bestimmten Quellen (bspw. Zins- und Lizenz-einnahmen in den Niederlanden). Hinzu kommt ein u. a. durch Brexit und Trump befeuerter neuer Anlauf im Wettbewerb um möglichst „attraktive“ Unternehmenssteuersätze insgesamt.

Zum anderen gilt im internationalen Steuerrecht noch immer der Grundsatz, dass Mutter- und Tochterunternehmen als separate Steuersubjekte betrachtet werden. Finanzflüsse und Handel zwischen diesen Einheiten werden steuerlich so behandelt, als geschähen sie zwischen unabhängigen Unternehmen. Zur Berechnung des steuerlichen Werts der Transaktionen werden Vergleichspreise herangezogen, die üblichen Marktpreisen entsprechen sollen. Allerdings ist die Findung eines Marktpreises für Güter wie Patente oder Markenrechte fast unmöglich. In der Summe ermöglicht genau dieses System (engl.: Transfer Pricing) Gewinnverschiebungen und Steuervermeidung. Alle Reformbemühungen, beispielsweise im Rahmen der G20/OECD-Initiative ‚Base Erosion and Profit Shifting‘ (Erosion der (Steuer-)Basis und Gewinnverlagerung – BEPS), haben dieses Grundproblem nicht adressiert.

### Was zu tun wäre

Steuersystematisch gibt es 2 Ansätze, die zu gerechterer Besteuerung und damit gerechterem Wettbewerb führen würden: Der große Wurf wäre eine Ablösung des Transfer-Pricing-Systems durch ein System, in dem Konzerne inkl. aller Tochterfirmen als steuerliche Einheit betrachtet werden (engl.: Unitary Taxation, dt.: Gesamtkonzernsteuer) und in dem die global ermittelten Gewinne anhand einer Formel auf alle Länder verteilt wird, in denen die Firmengruppe aktiv ist. Die Formel könnte auf realen Größen aufbauen (z. B. Zahl der MitarbeiterInnen, Umsatz, Wertschöpfung) und würde die Komplexität des internationalen Steuersystems stark reduzieren. Allerdings ist auch dieser Ansatz mit Fallstricken versehen, die einer politischen Lösung bedürfen. Dazu gehört die Frage, wie stark die Steuersätze mit denen, die nach der Formel verteilten Gewinne belegt werden, einander angeglichen werden. Immerhin wird der Ansatz in

der EU – aber auch unter ExpertInnen und AktivistInnen – ernsthaft diskutiert.<sup>3</sup> Ein pragmatischerer Ansatz könnte in national umsetzbaren Maßnahmen bestehen. Denn entgegen der üblichen Ablenkungsmanöver („Keine nationalen Alleingänge!“) haben Länder wie Deutschland durchaus Möglichkeiten. Beispiele wären eine (u. U. in Grenzen verrechenbare) Quellenbesteuerung auf an ausländische Unternehmen bezahlte Zinsen und Lizenzgebühren oder eine Reform der Gewerbesteuer.<sup>4</sup>

Um gerade auch auf internationaler und globaler Ebene voranzukommen, sind allerdings neue institutionelle Mechanismen von Nöten. So bleiben v. a. kleine und ärmere Länder in der globalen Steuerpolitik noch weitgehend außen vor und werden zu Erfüllungsgehilfen der Beschlüsse der Großen und Mächtigen degradiert. Um aber auch den relativ am stärksten betroffenen Ländern des Globalen Südens eine Stimme zu geben, braucht es Institutionen, an denen sie gleichberechtigt beteiligt sind, etwa unter dem Dach der Vereinten Nationen. So wie der politische Einfluss großer Unternehmen national unverhältnismäßig stärker ist als der kleiner, lokaler AkteurInnen, so braucht global gesehen die politische Macht von Klubs wie der OECD oder der G20 ein Korrektiv.<sup>5</sup>



Wolfgang Obenland

Der Autor ist Programmkoordinator des Global Policy Forum in Bonn und sitzt im Koordinierungskreis des Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland.

- 1 [http://www.gfintegrity.org/wp-content/uploads/2017/05/GFI-IFF-Report-2017\\_final.pdf](http://www.gfintegrity.org/wp-content/uploads/2017/05/GFI-IFF-Report-2017_final.pdf).
- 2 Lorenz Jarass (16.10.2017): Warum das deutsche Steuersystem unfairen Wettbewerb fördert – und was dagegen getan werden könnte.
- 3 Karl-Martin Hentschel (14.06.2017): Die Gesamtkonzernsteuer – Systemwechsel bei der Unternehmensbesteuerung. Info Steuergerechtigkeit.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Vgl. Wolfgang Obenland (2016): Options for Strengthening Global Tax Governance. International Policy Analysis. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

# WIE POLITISCHE ELITEN DIE KONZENTRATION VON MACHT UND REICHTUM VERSTÄRKEN

Analysen der Machtstrukturen sind Ausgangspunkt für Alternativen

**Empörend sind prekäre Arbeitsbedingungen mit niedrigen Löhnen und befristeten Verträgen, Arbeitshetze und arbeitsbedingte Erkrankungen, Lebensbedingungen mit Altersarmut, Wohnungsnot, Pflegenotstand und Lehrermangel in Deutschland und anderswo. Millionen Menschen leben und arbeiten ohne Perspektive der Besserung unter diesen unsozialen Bedingungen. Jedes 7. Kind ist auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Inakzeptabel sind die extrem ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in den globalen Lieferketten der Konsumgüterindustrie. Wie konnte es so weit kommen und was ist zu tun?**

**I**N DEN LETZTEN Jahrzehnten wurde ein neues globales Modell des Kapitalismus etabliert. Deregulierung von Arbeitsmärkten, Senkung von Löhnen in unteren und mittleren Einkommensgruppen, extreme Vermögenszuwächse bei MilliardärInnen bei gleichzeitigen Steuersenkungen, Abbau des Sozialstaates, Liberalisierungen der Finanzmärkte, Privatisierungen öffentlicher Dienste und Steuerunterbietungswettbewerb für Kapitalerträge. Unternehmen markieren die Eckpunkte neoliberaler Politik, nicht nur in Deutschland. Die bereits 1947 begonnene und seit den 1970er Jahren beschleunigte Politik der Senkung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren führte bei gleichzeitiger Missachtung globaler Sozialstandards zur heute herrschenden Form der Globalisierung. Eines der wichtigsten Resultate der Beseitigung von Marktschranken ist die globale Lohnkonkurrenz. Und dieses ausbeuterische Konkurrenzprinzip wirkt besonders brutal in den Ländern, in denen durch Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Diskriminierung von Menschen oder Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten<sup>1</sup> der Reichtum der InvestorInnen vermehrt wird. Zahlreiche Berichte der Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zeigen schon seit Jahren, dass der Neoliberalismus mit der Deregulierung der Märkte nicht mehr, sondern weniger individuelle Freiheiten, Wachstum und Wohlstand für alle schaffen kann.

Das neue globale Modell des Kapitalismus macht transnationale Konzerne so mächtig wie nie zuvor. Konzerne können heute ArbeitnehmerInnen stärker gegeneinander ausspielen, z. B. durch Standortverlagerungen. Konzerne verlangen niedrige Steuersätze, hohe Investitionszuschüsse, eine leistungsstarke Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte zu billigen Löhnen, am liebsten in Sonderwirtschaftszonen ohne Gewerkschaften und irgendwelche Auflagen. Konzernmacht durchdringt so heute nahezu alle Bereiche des Lebens von Milliarden Menschen.

Treiber und Nutznießer der politökonomischen Prozesse der Globalisierung sind machtvolle transnational agierende InvestorInnen, denen es in den letzten Jahrzehnten erfolgreich gelang, die Hegemonie in den politischen Diskursen zur Optimierung von Kapitalverwertungsbedingungen zu formen.

## Gigantischer Reichtum und konzentrierte Macht

Der ökonomische Erfolg dieser Machtverschiebungen zeigt sich in den Studien über die Konzentration der Vermögen. Laut der Schweizer Bank UBS und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers<sup>2</sup> hat sich die Zahl der Dollar-MilliardärInnen in Jahr 2016 um 10 Prozent auf weltweit 1.542 erhöht. Das Vermögen der Superreichen wuchs um 17 Prozent auf den Rekordwert von 6 Billionen US-Dollar. Nur 8 MilliardärInnen verfügen über mehr Vermögen als die ärmere Hälfte



Um der Deregulierung des Arbeitsmarktes zu begegnen, sollten wir gemeinsam solidarisch für soziale Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt eintreten.

© Thomas8047/flickr.com (BY 2.0)

der Weltbevölkerung. Im letzten Jahr waren es noch 62 MilliardärInnen.<sup>3</sup> Sie profitieren nicht nur von der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und anderer natürlicher Ressourcen, sondern zusätzlich von Privilegien der Steuerpolitik und sogenannten Steueroasen.

In der Studie ‚The Network of Global Corporate Control‘<sup>4</sup> zur Struktur des Kontrollnetzwerks transnationaler Konzerne hat eine Forschungsgruppe der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich festgestellt, dass die kapitalistische Weltwirtschaft von einer Kerngruppe von 147 Firmen kontrolliert wird, bei denen es sich im Kern um die großen globalen Player der Finanzdienstleistungsunternehmen handelt. Riesige Vermögen werden heute in gigantische Schattenbanken wie BlackRock gebündelt. BlackRock kontrolliert als dominanter Anteilseigner die Geschäftspolitik von Konzernen der Rüstungsindustrie, des Wohnungsmarktes, der FinanzdienstleisterInnen, der IT-Branche, der Lebensmittelkonzerne usw., sowie die Bedingungen in den jeweiligen Lieferketten. Maximale Profite bestimmen die Strategien der Global Player.

### Ohne Machtbalance ist Meinungsvielfalt in Wissenschaft und Medien in Gefahr

Eine Balance der Macht zwischen Kapital und Arbeit hat es in der Geschichte des Kapitalismus nicht gegeben. Gewerkschaften gelang es nur bedingt, gegen die Übermacht des Kapitals demokratische Rechte, sozialpolitische Forderungen und Lohnforderungen durchzusetzen. Die gegenwärtige Verstärkung der Machtasymmetrie zum Nutzen des Kapitals ist das Resultat vielschichtiger politischer Prozesse. Neoliberale Netzwerke haben in den letzten 70 Jahren sehr starke Spuren in Politik und Wissenschaft hinterlassen. Ein starker Indikator ist nach wie vor die sehr starke Dominanz neoliberaler ÖkonomInnen auf den Lehrstühlen der Fakultäten nahezu aller Universitäten. Über diese sehr einflussreichen Netzwerke wurden Generationen von PolitikberaterInnen, JournalistInnen, Partei- und Verbandsangehörige ideologisch geprägt und mit wichtigen Positionen ausgestattet. Gegenpole, wie die Netzwerke für plurale Ökonomik, sind noch zu schwach und treffen auf sehr einflussreiche politische Kreise.<sup>5</sup>

### Die ideologischen Netzwerke zur Sicherung der Kapital- und Konzernmacht

Einen besonderen Platz unter den globalen neoliberalen Netzwerken hat die 1947 gegründete Mont Pèlerin Society (MPS). Sie ist ein Zusammenschluss von 500 einflussreichen ÖkonomInnen, PublizistInnen, GesellschaftstheoretikerInnen und ranghohen PolitikerInnen in mehr als 70 Think-Tanks weltweit. Ihr Ziel der Vereinigung ist die Durchsetzung neoliberaler Hegemonie. Ein MPS-Mitglied mit großem politischen Einfluss in Deutschland ist Lars Feld. Er ist seit 2003 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums und gehört seit 2011 dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung an. Zu den einflussreichen Lobby- und PR-Agenturen des Kapitals zählt die deutsche Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Dieser von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanzierte Verein will erreichen, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und das Bildungswesen noch stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden. Mit dreistelligen Millionen-Beträgen finanzieren Unternehmerverbände regelmäßige Plakat- und Anzeigenkampagnen, um ihre Botschaften in den Köpfen der Menschen dauerhaft zu verankern. Privatisierung, Abbau des Sozialstaates, Abbau des Kündigungsschutzes, Steuersenkungen und Anhebung des Renteneintrittsalters und Werbung gegen Mindestlöhne sind Ziele der INSM. Schnittmengen haben MPS und INSM mit der Stiftung Marktwirtschaft. Unter dem Motto „Mehr Mut zum Markt“ berät die Stiftung über Publikationen, Studien und parteiische ExpertInnenrunden EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft sowie MultiplikatorInnen in Medien und Publizistik. Ihre Forderungen nach Deregulierung des Arbeitsmarktes, einer stärkeren privaten Vorsorge bei Rente, Pflege und Krankenversicherung, einer Senkung der Unternehmenssteuern, einer Wiedereinführung von Studiengebühren und der Ablehnung eines Mindestlohns entsprechen weitgehend den Positionen der Arbeitgeberverbände. Die Bertelsmann Stiftung gehört zu den einflussreichsten neoliberalen „Denkfabriken“ im Land. Wirkmächtig propagiert sie die Privatisierung von staatlichen Bereichen und die Wett-

bewerbsideologie auf allen Ebenen. Die Stiftung ist zugleich Haupteigentümerin des Medienkonzerns Bertelsmann SE. Die Bertelsmann Stiftung war im Hintergrund prägend an der Ausweitung des Niedriglohnsektors, der Agenda 2010 mit Hartz IV, beteiligt.

### Alternativen stärken

Wir müssen die kritischen Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Formen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung in der Produktion und der Gesellschaft zusammenzuführen. Einem gesteuerten autoritären Staat, einer neoliberal formierten Gesellschaft und einer Fassadendemokratie müssen wir uns entgegenstellen. Wir müssen aufklären, ermutigen und solidarisch handeln, um soziale Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt für alle Menschen durchzusetzen. Dazu brauchen wir starke Gewerkschaften, Umweltverbände und starke soziale Bewegungen. Alle sind aufgerufen, sich vor Ort zu organisieren. Wir brauchen lebendige Debatten, um unsere Kräfte zu erneuern und unsere Potentiale zu stärken. Für unsere sozialen und demokratischen Rechte, für eine lebenswerte Umwelt müssen wir laut und unübersehbar sein. Ein Lobbyregister-Gesetz sowie strengere Regeln für Parteispenden und Sponsoring aus Unternehmen und ihren Verbänden sind nur allererste Schritte, um den Einfluss der Konzerne und ihrer InvestorInnen zu begrenzen.



Uwe Wötzel

Der Autor ist Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der Gewerkschaft ver.di.

1 <https://survey.ituc-csi.org/?lang=de>.

2 [pwc.to/BI2017](https://pwc.to/BI2017).

3 <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/economy-the-99-percent>.

4 <https://arxiv.org/pdf/1107.5728.pdf>.

5 Ulrich Müller/Sven Giegold/Malte Arhelger (Hg., 2004) Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen. VSA Verlag, Hamburg.

# DIE MACHT DER GROSSEN TECHNOLOGIE-KONZERNE

Wie Amazon, Facebook und Co. groß wurden und andere kleinhalten

**Eine Welt ohne Amazon, Apple, Google, Facebook und Microsoft ist kaum vorstellbar. Sie beherrschen unsere Kommunikation, unsere Online-Einkäufe, unsere Smartphones und schlagen uns vor, was wir als Nächstes tun oder kaufen könnten. Mit ihrer Marktmacht verhindern sie, dass sich andere Unternehmen auf dem Markt etablieren und für Innovation und Wettbewerb sorgen. Und schreiben nebenbei noch an Gesetzen mit.**

**D**IE 5 größten Tech-Konzerne – Amazon, Apple, Google, Facebook und Microsoft – führen nicht nur die Technologiebranche an. Sie gehören auch zu den 6 Unternehmen mit dem größten Börsenwert der Welt. Um zu verstehen, wie die 5 Firmen eine solche Markt-Übermacht erlangen konnten, muss man ihre Entwicklung betrachten.

Facebook entsprang aus einem kurzlebigen Vorgänger, den Mark Zuckerberg ins Leben gerufen hatte: Eine Website, auf der das Aussehen von Studentinnen der Universität Harvard bewertet werden konnte. In seiner heute bekannten Form existiert Facebook seit 2004 und entwickelte sich vom primär studentischen Netzwerk zu einer weltweiten Kommunikationsplattform, die 2012 an die Börse ging.

## Kopieren und Verdrängen

Etwa zur gleichen Zeit kaufte das werbefinanzierte soziale Netzwerk Facebook die Foto-Plattform Instagram – für eine Milliarde US-Dollar. Die NutzerInnenzahl des damals nicht-profitablen Dienstes stieg in den letzten 5 Jahren von 30 auf 600 Millionen. Ein gutes Beispiel dafür, wie Facebook durch seine große Menge an NutzerInnen andere vom Markt verdrängt, ist die Instagram-Funktion ‚Instagram Stories‘. Im Wesentlichen besteht sie daraus, dass gepostete Bilder nach 24 Stunden wieder automatisch verschwinden. Der Unterschied zu dem bereits länger existierenden ‚Snapchat Stories‘ ist marginal, doch innerhalb eines halben Jahres nutzten mehr Menschen ‚Instagram Stories‘ als Snapchat insgesamt. Facebook kann also populäre Dienste kopieren und diese vom Markt verdrängen, da seine NutzerInnenzahl und somit auch die potentielle zukünftige Nut-

zerInnenzahl der neuen Dienste unangreifbar ist.

Seit dem Kauf des Sofortnachrichtendienstes WhatsApp im Jahr 2014 beherrscht Facebook auch den Markt für Sofortnachrichtendienste. Anfang 2016 verwendeten WhatsApp bereits doppelt so viele Menschen wie vor dem Kauf – über eine Milliarde. Aber mit seiner Dominanz im Markt der Sozialen Netzwerke und Sofortnachrichtendienste gibt sich Facebook nicht zufrieden. Das Unternehmen versucht derzeit, den Markt für Virtual Reality (dt.: virtuelle Realität, VR) zu durchdringen. Schon 2014 kaufte Facebook den VR-Brillen-Hersteller Oculus VR, Anfang 2018 soll nun Oculus Go auf den Markt kommen – eine mit 199 US-Dollar erschwingli-

che VR-Brille, die diese Technologie auch für NormalverbraucherInnen zugänglich machen dürfte.

## Vom Online-Buchverkauf zum Bio-Supermarkt

Eine andere spannende Firmengeschichte hat der seit 1994 bestehende eCommerce-Riese Amazon hinter sich. Vom Online-Buchverkauf entwickelte sich der Konzern zum Anbieter für alles: Zuerst kamen CDs und Videos dazu, es folgten elektronische Geräte, Mode, dann alles Weitere. Heute liefert Amazon sogar Lebensmittel aus. Doch bei Amazon geht es längst nicht nur um physische Waren. Schon ab 2006 bot Amazon anderen Firmen IT-Infrastruktur „zur Miete“ an, später wurde der Dienst für private KundInnen geöffnet. Diese konnten sich dadurch Kosten sparen, die Systeme waren leicht skalierbar. Bis heute greifen große AnbieterInnen wie Spotify auf diese Dienste zurück.

In der Zwischenzeit drängte Amazon immer mehr vom virtuellen in den



Längst ist Amazon nicht mehr nur ein Online-Buchversand. Mittlerweile liefert der e-Commerce-Riese sogar frische Lebensmittel direkt nach Hause.

© amish.patel/flickr.com (BY-ND 2.0)

analogen Raum. In Seattle eröffnete Ende 2016 ‚Amazon Go‘, ein kassenloser Supermarkt. Bisher ist dieser nur für Amazon-Angestellte zugänglich, ein Eröffnungstermin für die Allgemeinheit konnte aufgrund technischer Schwierigkeiten nicht eingehalten werden. Amazon hält dennoch an seinem Konzept fest. Im Juni 2017 kaufte der Handelsriese die verschuldete US-Biosupermarkt-Kette Whole Foods Market und setzt nun auf Preissenkungen, um den Lebensmittelhändler wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Dass der Konzern massiv in die Zukunft investiert, wird an seinen Forschungsausgaben deutlich. Von 2016 auf 2017 steigerte er diese um 3,6 Milliarden auf 16,1 Milliarden US-Dollar und verdrängte damit Volkswagen von Platz 1 der Unternehmen, die weltweit am meisten Geld in Forschung und Entwicklung investieren.

Die Erfolgsgeschichten von Apple, Microsoft und Google ähneln denen der beiden vorgestellten Unternehmen. Google entwickelte sich von der Suchmaschine zum Leuchtturm-Unternehmen für künstliche Intelligenz.

NutzerInnen sollen nicht mehr suchen müssen – sie sollen Vorschläge bekommen. Aktuell forscht Google unter anderem an selbstfahrenden Autos und Methoden, menschlichen Alterungsprozessen zu begegnen, oder baut unter dem Namen ‚Google Fiber‘ Glasfasernetze für Breitband-Internetzugang in den USA auf.

### Lobbying gegen Werbeeinschränkungen und Datenschutz

Nicht nur kommerziell sind die Tech-Riesen erfolgreich, auch hinter den politischen Kulissen arbeiten sie mit Nachdruck. Im dritten Quartal 2017 gaben Google und Facebook 4,17 beziehungsweise 2,85 Millionen US-Dollar aus, um VertreterInnen des US-Kongresses und des Weißen Hauses zu lobbyieren. Grund für diese Investitionen waren Bestrebungen der US-amerikanischen GesetzgeberInnen, nach der Aufregung um von Russland gesponserter politischer Werbung zur Beeinflussung der US-Wahlen Werbung stärker zu regulieren und mehr Transparenz zu verordnen.

In der Europäischen Union (EU) kämpfte Facebook zusammen mit den anderen Tech-Konzernen seit 2011 gegen strengere Datenschutzbestimmungen im Rahmen der EU-Datenschutzgrundverordnung an. Viele US-Konzerne fürchteten das Markt-

ortprinzip, demzufolge die Unternehmen die Datenschutzgesetze desjenigen Landes befolgen müssen, in dem sie ihre Dienste anbieten. Da die Geschäftsmodelle vieler Tech-Riesen zu einem großen Teil auf dem Datenverkauf und zielgerichteter Werbung basieren und die US-amerikanischen Datenschutzregelungen laxer sind als europäische, schlugen sie Alarm. Die Plattform LobbyPlag.eu zeigte, dass zahlreiche Formulierungen aus ihren Lobbypapieren oder von ihnen übergeordneten Interessensverbänden von ParlamentarierInnen direkt in Änderungsanträge zu der Verordnung übernommen wurden.

Wie viel die Unternehmen in Lobbyarbeit hier in Deutschland investieren, ist unbekannt. Es fehlt bislang ein verbindliches Lobbyregister, doch es ist erkennbar, dass beispielsweise Facebook seine Lobbypräsens in den letzten Monaten verstärkt hat. Es eröffnete im Februar 2016 eine neue Repräsentanz in Berlin – mit eindeutigen Ziel:

„Nur wenige Schritte vom Regierungsviertel entfernt gelegen, spielt der neue Standort eine wichtige Rolle für den regelmäßigen Austausch mit Politik und Wirtschaft“, heißt es von Seiten des Unternehmens. Der „regelmäßige Austausch“ war für das Unternehmen spätestens seit der andauernden Kritik an seinem Umgang mit dem Thema ‚Hate Speech‘ (dt. Hassreden) dringlich geworden.

Das kürzlich erlassene Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichtet das soziale Netzwerk, in Deutschland rechtswidrige Inhalte schneller zu löschen, sonst drohen ihm Strafen.

### Es braucht dringend Lobbytransparenz

Die Transparenz von Lobbyarbeit in Deutschland ist ein drängendes Thema, das vor dem Scheitern der Sondierungsgespräche auch die Jamaika-Parteien angehen wollten. Es wäre ein erster Schritt, um Transparenz in den Einfluss (nicht nur) der Tech-Unternehmen auf die Meinungsbildung der deutschen Regierung zu bringen.

Die nächste Bundesregierung sollte auch fortsetzen, was die letzte begonnen hat. Nach einer erfolgreichen Kampagne, bei der viele Freiwillige über das Mittel der Informationsfreiheitsanfragen Gesetzesentwürfe und Lobby-Stellungnahmen anforderten, teilte die Regierung mit, sie werde diese Papiere nun proaktiv veröffentlichen. Damit könnte überprüft werden, ob und inwieweit Stellungnah-

men von LobbyistInnen in Gesetze eingeflossen sind.

Wenn es darum geht, die wirtschaftliche Macht der Tech-Konzerne zu bremsen und ihre Quasi-Monopole zu begrenzen, sieht es schwieriger aus. Konkrete Vorschläge aus der parteipolitischen Sphäre sind rar. Zu monopolartigen Plattformen schlug die CDU in ihrem letzten Wahlprogramm lediglich vor, die Unternehmen sollten in Zukunft aus Europa und noch besser Deutschland kommen. Die SozialdemokratInnen wollten das Bundeskartellamt stärken und „mit Kompetenzen für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz ausstatten“. Plattformmonopole sollten verhindert werden, indem der Wert von NutzerInnenzahlen und personenbezogenen Daten in kartellrechtliche Prüfungen miteinbezogen werden.

Am deutlichsten benannten die Grünen die „Machtkonzentration einiger weniger Internetkonzerne“ und forderten, „Netzmonopole“ müssten „in extremen Fällen entflochten werden“. Wie das im Detail funktionieren soll, führte die Partei nicht aus. Bei den Wirtschaftsliberalen beschränkten sich die Forderungen darauf, Unternehmensfusionen im Technologiebereich besser zu kontrollieren.

Wie es mit der Regierung in Deutschland weitergeht und welche Maßnahmen sie gegen die monopolistische Macht der großen Tech-Unternehmen treffen wird, steht in den Sternen. Doch egal, was sie am Ende tut: Einem global agierenden Konzern lässt sich mit ausschließlich nationalen Regelungen nicht begegnen. Dafür braucht es im Mindesten gesamteuropäische Anstrengungen.



Anna Biselli

Die Autorin ist Redakteurin bei netzpolitik.org, einem journalistischen Medium rund um digitale Freiheitsrechte.



© World Bank Foto Collection (BY-NC-ND 2.0)

In Ruanda startete in 2016 das erste Drohnen-Projekt, wodurch PatientInnen in abgelegenen Gebieten innerhalb von Minuten Bluttransfusionen erhalten können.

# DIE „BIG FIVE“ VERGRÖßERN DIE DIGITALE KLUFT

## Risiken einer grenzenlosen, digitalisierten Weltwirtschaft für den Globalen Süden

Die „digitale Agenda“ des deutschen Entwicklungsministeriums (BMZ) betont die zahlreichen Chancen für den Globalen Süden durch die Digitalisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Online-Petitionen sollen die Demokratie stärken, unbemannte Frachtsysteme (Drohnen) bringen notwendige Medikamente in entlegene Gebiete und Flüchtlingen kann mittels einer App auf ihren Smartphones Hilfe angeboten werden. Über die Risiken der Digitalisierung für diese Länder ist vom BMZ hingegen kaum etwas zu hören. Ein Blick in die aktuellen Debatten, wie sie zurzeit beispielsweise in der Welthandelsorganisation (WTO) sowie in afrikanischen und zahlreichen Staaten Asiens und Lateinamerikas geführt werden, zeigt, wie einseitig diese optimistische Betrachtungsweise ist. Denn die Rechnung wurde ohne den Wirt – sprich, den 5 führenden IT-Konzernen Google, Amazon, Facebook, Apple und Alibaba – gemacht.

**W**ENIGER SOZIALE Ungleichheit innerhalb der Staaten und zwischen den verschiedenen Weltregionen fordern inzwischen selbst wirtschaftsliberale ÖkonomInnen. Sei es nur, um den sozialen Frieden zu wahren und gesellschaftliche Konflikte einzudämmen. Viele Menschen versprechen sich von der Digitalisierung mehr Teilhabe und Chancengleichheit. Auch das BMZ sieht in Internetplattformen, 3D-Druckern und anderen Zukunftstechnologien, ein wichtiges Instrument beim Aufbau neuer

Geschäftsmodelle und Ökonomien für die Menschen im Globalen Süden. Inspiriert durch verschiedene Internet-gestützte Initiativen in Ruanda, Uganda, Kenia und anderen insbesondere afrikanischen Staaten entwickelte das Ministerium 2014 eine eigene „digitale Agenda“. Darin spricht es (fast) ausschließlich von den zahlreichen Chancen, welche die Digitalisierung den Menschen hierzulande und in den sog. Entwicklungsländern böte. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass die von den führenden US-amerikanischen,

aber auch chinesischen High-Tech-Unternehmen massiv vorangetriebene Digitalisierung mehrere strukturelle Gefahren in sich birgt.

**Die WTO im Dienste des Silicon Valley**  
Der digitale Wandel revolutioniert nicht nur unsere Lebens- und Arbeitswelt, sondern verändert von Grund auf die Art und Weise, wie wir Güter und Dienstleistungen produzieren – und wie wir mit ihnen Handel treiben. Seit Sommer 2016 hat sich die Debatte über den elektronischen Geschäftsverkehr in der WTO und anderen handelspolitischen Diskussionen intensiviert. In Vorbereitung auf die vom 10. bis 13. Dezember in Buenos Aires stattfindende 11. WTO-Ministerkonferenz hat die Handelsdelegation der USA über ein Dutzend Vorschläge bei der in Genf ansässigen WTO eingebracht. Geht es nach dem Willen der USA und anderen Staaten, die diesen Vorstoß unterstützen, dann soll die WTO in Buenos Aires ein Mandat erhalten, um zukünftig ein Abkommen zum E-Commerce zu verhandeln.

Die Idee für ein neues WTO-Abkommen zum elektronischen Handel kommt nicht von ungefähr. Allen voran die „Big Five“ des Silicon Valley haben ein besonderes Interesse daran, sich ihre Vormachtstellung mittels neuer, rechtlich verbindlicher Handelsregeln nicht nur abzusichern, sondern sogar auszubauen. Aber auch Hightech-Giganten aus China, wie Alibaba und Tencent, und andere in der Informations- und Kommunikationstechnologie führende Staaten, wie beispielsweise Japan und Südkorea, träumen davon, ihre digitalen Waren und Dienstleistungen ohne Beschränkungen um den Globus zirkulieren zu lassen. Dafür wollen sie völkerrechtlich garantiert bekommen, dass die Daten und Gewinne auf den Servern bzw. in den Taschen ihrer Großkonzerne landen. Auch in weiteren handelspolitischen Runden, wie dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und USA (TTIP), EU und Kanada (CETA), EU und Japan (JEFTA) oder dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA), spielt digitaler Handel eine große Rolle. Selbst ohne WTO-Abkommen zum E-Commerce wird das Thema nicht vom Tisch sein. Die Vorschläge zur Sicherstellung einer grenzenlosen, digitalisierten Weltwirtschaft enthalten aus entwicklungs- und politischer Perspektive besorgniserregende Elemente, die im Folgenden kurz benannt werden sollen.

#### Verlust von Einnahmen

Geht es nach dem Willen von Amazon und Co., dann soll das E-Commerce-Abkommen nicht nur der Vereinfachung des Handels dienen, indem bestimmte Standards eingeführt werden (wie z. B. elektronische Authentifizierung und Unterschriften). Obendrein soll es den Staaten verboten werden, Zölle auf digital gehandelte Waren und Dienstleistungen zu erheben. Den Entwicklungs- und Schwellenländern würde damit eine wichtige Einnahmequelle verloren gehen. Für sie macht die Besteuerung von Ein- und Ausfuhren oftmals einen hohen Anteil am Staatsbudget aus.

#### Renn, wenn du kannst

Die Gleichbehandlung von wirtschaftlich ungleichen Akteuren ist seit Jahrzehnten ein strukturelles Problem des Welthandels. Die Fälle, in denen industriell hergestellte und subventionierte landwirtschaftliche Produkte aus der EU lokale ProduzentInnen

im Globalen Süden verdrängen, füllen ganze Bände. Beim elektronischen Handel sind die Gewichte zwischen David und Goliath noch einmal um Längen ungleicher verteilt. Grund: die digitale Kluft! Während die Börsenwerte der 5 größten, US-amerikanischen IT-Unternehmen sogar die 30 führenden deutschen Industrieunternehmen weit hinter sich gelassen haben, verfügen 3 von 4 Menschen in der Subsahara noch nicht einmal über einen Internetanschluss. Vielen von ihnen fehlt es sogar an einem Zugang zu Strom. In Anbetracht dieser extrem ungleichen Ausgangslage wäre es geradezu fahrlässig, die Start-ups aus Nairobi oder Kigali mit Amazon und Google in ein Rennen zu schicken. Ohnehin melden zurzeit viele kleine und mittelständische Unternehmen in Afrika bereits nach einem Jahr Insolvenz an. Beim Öffentlichen Forum der WTO im September 2017 in Genf sagte ein zivilgesellschaftlicher Vertreter aus Uganda: „Zu einem Zeitpunkt, wo die afrikanische Internetbranche noch das Krabbeln lernt, fordern Hightech-Giganten die WTO auf, alle Akteure in einen Laufwettkampf zu schicken.“

#### Freie Fahrt für Daten!

Damit die Idee eines globalen, digitalen Binnenmarktes Wirklichkeit werden kann, fordern die IT-Konzerne, dass es Staaten zukünftig nicht mehr erlaubt ist, Gesetze zu erlassen, die der Speicherung und Verarbeitung von Daten in ihren Ländern dient. Ein solches Verbot würde weit in die Souveränität von Staaten eingreifen, ihren politischen Handlungsspielraum stark einschränken und sie um einer ihrer wertvollsten Ressourcen berauben: ihrer Daten.

Nicht zuletzt afrikanischen Ländern ist es ein besonderes Anliegen, Vorschriften zu entwerfen und durchzusetzen, die es ihnen ermöglichen, langfristig von der Digitalisierung zu profitieren. Demnach soll die Öffnung ihrer Märkte für ausländische Unternehmen an konkrete Forderungen gekoppelt werden. Es geht insbesondere darum, die Unternehmen zu einem Technologietransfer in die Länder des Globalen Südens zu verpflichten. Seit Jahrzehnten gehört diese Forderung zu einem der Kernanliegen der internationalen Zusammenarbeit. Die gegenwärtigen Debatten der WTO und Co. machen jedoch deutlich, dass Google, Facebook und ihresgleichen kein Interesse haben, ihre Technologien mit anderen zu teilen. Sie wollen

vielmehr die Daten anderer auf ihren eigenen Servern sichern. Gemeinschaftliche Teilhabe sieht anders aus!

#### Schlussfolgerungen

Der bereits von einer Handvoll Technologieunternehmen kontrollierte, grenzübergreifende Datenfluss könnte so weiter monopolisiert werden. Geht es nach den IT-Giganten soll das Handelsrecht dabei Pate stehen. Die Hoffnungen der Menschen im Globalen Süden, die sogenannten Zukunftstechnologien könnten ihnen eine ökonomische und möglicherweise auch ökologische und soziale Entwicklung ermöglichen, würden damit bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt und auf unbegrenzte Zeit (!) zu Grabe getragen werden.

Anstatt die bestehenden Asymmetrien zwischen Industriestaaten und sog. Entwicklungsländern durch ein Handelsabkommen zu verschärfen, bedarf es einer Politik, welche die Chancengleichheit der Staaten (im digitalen Wettbewerb) erhöht. Eine gerechte Gestaltung der digitalen Weltwirtschaft ist an 2 Kernvoraussetzungen geknüpft. Zum einen muss die internationale Staatengemeinschaft dafür Sorge tragen, die riesige digitale Kluft zu schließen. Gegenwärtig haben 4 Milliarden fast ausschließlich im Globalen Süden lebende Menschen, keinen Internetzugang. Den Industriestaaten kann und muss abverlangt werden, die sog. Entwicklungsländer beim Aufbau einer digitalen Infrastruktur zu unterstützen.

Zum anderen muss den Ländern des Südens der Aufbau eigener, auf die nationalen Bedürfnisse zugeschnittener, digitaler Wirtschaftszweige ermöglicht werden. Hierzu bedarf es einer Modifizierung des geltenden Handelsrechts. Der politische Gestaltungsspielraum der Entwicklungs- und Schwellenländer muss dahingehend erweitert werden, dass sie ihre im Aufbau befindenden digitalen Unternehmen mehr als bisher aktiv fördern und vor ausländischen Konkurrenten schützen dürfen. Andernfalls wird sich die bestehende Schere zwischen Arm und Reich durch die Digitalisierung weiter verschärfen.

 Sven Hilbig

Der Autor ist Referent für Welthandel und Umweltpolitik bei Brot für die Welt.



Welche geheimen Absprachen bei dem skandalösen Abgasskandal eine Rolle gespielt haben, wissen die BürgerInnen bis heute nicht – die Botschaft der Zivilgesellschaft ist deutlich: Lobbyismus braucht Transparenz!

# DIE INDUSTRIE AM STEUER

## Die Rolle der deutschen Autolobby im Diesel-Abgasskandal

Als Mitte September 2015 bekannt wurde, dass der Volkswagen-Konzern seine Autos für die Abgasmessungen manipulierte, war dies der Anfang eines der größten Lobbykandale der Wahlperiode.<sup>1</sup> Inzwischen ist klar: Die Affäre betrifft längst nicht mehr nur VW, sondern auch andere deutsche und ausländische AutoherstellerInnen. Sie alle haben bei Abgastests massiv getrickst und betrogen. Aus dem ursprünglichen VW-Skandal wurde so die Dieselgate-Affäre. Betroffen ist aber nicht nur die Autoindustrie, sondern ebenso Regierung und Behörden. Obwohl die Politik schon lange über die gesundheitsschädlichen Grenzwertüberschreitungen informiert war, griff sie nicht ein. Ein solcher Umgang offenbart eine problematische Kultur des Wegschauens zugunsten der Autoindustrie.

**E**S SIND die Verstrickungen und Verflechtungen zwischen Autoindustrie auf der einen und Politik und Verwaltung auf der anderen Seite, die dem Abgasskandal den Boden bereitet haben. Die deutsche Autolobby ist eine der mächtigsten und einflussreichsten Lobbybranchen der Republik und der gesamten Europäischen Union (EU). In Deutschland ist es praktisch Staatsräson, die deutsche Automobilbranche zu schützen – auch wenn dies zulasten der Umwelt oder des Verbraucherschutzes geht.

Sinnbild für diese Symbiose zwischen Autolobby und Bundesregierung sind die vielen und engen personellen Verflechtungen. So etwa Matthias Wissmann: Der Chef des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) war in den 1990er Jahren Ka-

binettskollege der damaligen Umweltministerin Angela Merkel und gilt noch heute als ihr enger Vertrauter. Allein in den eineinhalb Jahren unmittelbar vor Bekanntwerden der Manipulationen bei VW trafen sich SpitzenvertreterInnen aus der Bundesregierung 9 Mal persönlich mit Wissmann.<sup>2</sup>

### Merkels Nähe zur Autolobby: Seitenwechsel zwischen Politik und Autolobby

Im Bundestagswahlkampf 2017 berief Merkel mit Joachim Koschnicke ausgerechnet einen Autolobbyisten zu ihrem Wahlkampfmanager. In seiner vorherigen Funktion als Opel-Cheflobbyist hatte Koschnicke noch wenige Monate zuvor eine zweifelhafte Rolle in der Dieselgate-Affäre gespielt. In-

terne E-Mails und Protokolle zeigen, wie Koschnicke in kameradschaftlicher Manier enge Kontakte ins Ministerium und in die CDU pflegte, um für Opel die Unregelmäßigkeiten an der Motorsoftware der Opel-Modelle kleinzureden.<sup>3</sup>

Andere Seitenwechsler haben ebenfalls einen engen Draht zu Merkel: Ihr ehemaliger Büroleiter Michael Jansen leitet heute die Hauptstadtrepräsentanz von Volkswagen, ihr früherer stellvertretender Regierungssprecher Thomas Steg ist heute Cheflobbyist bei VW. Und mit Eckart von Klaeden saß im Sommer 2013 sogar ein designierter Autolobbyist mit am Kabinetttisch. Von Klaeden kündigte seinen Seitenwechsel bereits während seiner Amtszeit an, blieb dann aber noch einige Monate als Staatsminister im Kanzleramt.

Auch bei den Parteispenden ist die Autobranche Spitzenreiter. So erhielten Union, SPD, FDP und Grüne im Zeitraum von 2009 bis 2015 rund 13,6 Millionen Euro Spenden aus der Autoindustrie.

### Lobbykandal Dieselgate

Die Bundesregierung sah jahrelang der steigenden Luftverschmutzung in den Städten tatenlos zu, dabei war

weithin bekannt, dass die Messwerte im Straßenbetrieb von denen auf dem Prüfstand abwichen. Spätestens mit dem Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland – es ging um die erhöhte Luftverschmutzung in den Städten durch Diesellabgase – hätte die Bundesregierung handeln müssen. Stattdessen ließ das Verkehrsministerium kritische NachfragerInnen wie die Deutsche Umwelthilfe abblitzen.

Bei der Aufklärung des Dieselgate-Skandals hat sich vor allem Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) als Schutzpatron der deutschen Autoindustrie erwiesen. Nach Bekanntwerden der Affäre zog er die Kontrolle schnell an sich und richtete eine eigene Untersuchungskommission ein. Mit VertreterInnen aus Verkehrsministerium und Kraftfahrt-Bundesamt sowie einem Professor, der früher für die Autoindustrie gearbeitet hat, fehlte der Kommission allerdings die notwendige Unabhängigkeit. Die Ergebnisse eigens durchgeführter Abgastests stimmten Ministerium und Kraftfahrt-Bundesamt schließlich eng mit den AutoherstellerInnen ab, an vielen Stellen durften die HerstellerInnen den Bericht schönen.<sup>4</sup>

Auch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) spielte eine unrühmliche Rolle in der Dieselaffäre. Es ist die oberste Behörde, die für die Kontrolle der Abgasgrenzwerte bei der Typenzulassung von Autos zuständig ist. Doch im Gegensatz zur US-amerikanischen Umweltbehörde EPA, die den Trickserien von VW als Erste auf die Schliche gekommen war, nimmt das KBA seine Regulierungsfunktionen kaum wahr. Es stellt sich stattdessen lieber auf die Seite der AutobauerInnen. So zum Beispiel bei der Erstellung des Untersuchungsberichts zur Dieselgate-Affäre: Als der damalige Opel-Lobbyist Koschnicke sich über die Bewertung seiner Modelle beschwerte, gab ihm KBA-Chef Ekhard Zinke kurzerhand recht und ordnete die Streichung der entsprechenden Abschnitte an – und unterzeichnete die E-Mail an seine Beamten mit „industriefreundlichem Gruß“.

Kritik an der eigenen Regulierungspraxis weist das KBA damit zurück, dass es auf die Arbeit der technischen Prüfdienste wie TÜV oder Dekra angewiesen sei und selbst keine Tests durchführe. Die Prüfdienste wiederum finanzieren sich durch die AutoherstellerInnen, die sie testen sollen – eine fragwürdige Art der Fi-

nanzierung, die die Unabhängigkeit der Prüfinstitute infrage stellt.

### Lobbyismus in Brüssel

Auch in Brüssel erwies sich die Bundesregierung als beste Lobbyistin im Sinne der deutschen Autokonzerne. Mit über 40 Vollzeitstellen und Lobbyausgaben in Millionenhöhe gehört die deutsche Autoindustrie auch hier zu den schlagkräftigsten LobbyakteurInnen. Die EU-Kommission bemühte sich bereits vor Bekanntwerden des Abgasskandals, den fragwürdigen Ergebnissen der Abgasmessungen auf die Schliche zu kommen – und zwar durch realistische Straßentests. Doch die Bundesregierung zögerte die Einführung dieser Straßentests immer wieder hinaus.

Doch mit der Verzögerung nicht genug: Als die Abgastests auf der Straße nach dem Dieselgate-Skandal nicht mehr aufzuhalten waren, setzte die Autoindustrie noch einen sogenannten „Konformitätsfaktor“ durch, der es erlaubt, die Grenzwerte um einen bestimmten Faktor überschreiten zu dürfen. Hier konnte die Autolobby nun auf ihren direkten Draht in die Politik zählen. Am Vortag der Abstimmung hatte das Bundeskanzleramt eine E-Mail aus der Bayerischen Staatskanzlei erhalten – mit genauen Forderungen zum Konformitätsfaktor, die wiederum bis ins Detail mit Forderungen von BMW übereinstimmten. Auch VDA-Präsident Matthias Wissmann hatte kurz vor der Abstimmung mit der Bundeskanzlerin Kontakt aufgenommen. Ein Anruf der Kanzlerin bei EU-Kommissionspräsident Juncker führte schließlich zu der Erhöhung des Konformitätsfaktors, und zwar ganz im Sinne der deutschen Autolobby.

### Fazit: Enges Verhältnis zwischen Politik und Autolobby überprüfen

Die Bundesregierung und mit ihr die zuständigen Behörden haben im Fall Dieselgate nicht nur viel zu lange weggeschaut – sie behindern auch die Aufklärung des Skandals und halten weiter ihre schützende Hand über die Autoindustrie. Dieselgate legt offen, wie schädlich die Kumpagnei zwischen Bundesregierung, Behörden und Autoindustrie ist – für den Verbraucher- und Gesundheitsschutz, die Umwelt und nicht zuletzt für die Autoindustrie und ihre vielen Beschäftigten. Trotzdem sehen die Bundeskanzlerin und der zuständige Minister offenbar keine Veranlassung

für einen Bruch mit der bisherigen Politik.

Dadurch droht auch die Demokratie Schaden zu nehmen. Fälle wie diese schüren das Misstrauen in die Politik. Wer Vertrauen in die Politik wiedergewinnen will, darf systematische Betrügereien und Tricksereien nicht hinnehmen und muss an einer lückenlosen Aufklärung mitwirken. Doch nicht nur das: Die Bundesregierung muss auch ihr enges Verhältnis zur deutschen Autolobby überprüfen. Verkehrspolitische Entscheidungen dürfen nicht allein zugunsten einiger finanzstarker Konzerne und aufgrund ihres Drohpotenzials getroffen werden, sondern müssen auch Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutz in den Mittelpunkt stellen. Schärfere Regeln zu Seitenwechseln und zur Parteienfinanzierung können einen Beitrag leisten, um den Einfluss der Autolobby zumindest zu dämpfen. Passiert das nicht, sind weitere Skandale vorprogrammiert.



Christina Deckwirth

Die Autorin ist Campaignerin bei LobbyControl.

- 1 Lobbyreport 2017: Aussitzen statt anpacken. Eine Bilanz von vier Jahren Schwarz-Rot. <https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobbyreport-2017>.
- 2 Kleine Anfrage der Linksfraktion, Bundestags-Drucksache 18/5848 (15.09.2015) Verkehrs- und Baupolitik der Bundesregierung und Beziehungen zu verschiedenen Interessengruppen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/5571).
- 3 Absprache zwischen Behörden und AutoherstellerInnen: ‚Mit industriefreundlichem Gruß‘. SPIEGEL Online vom 11.11.2016: <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/absprache-zwischen-kba-verkehrsministerium-und-autoherstellern-a-1120641.html>.
- 4 Ebd.

# LOBBYREGISTER JETZT!

Wie politische Entscheidungen transparenter gemacht und geheimer Konzernlobbyismus verhindert werden kann

**Lobbyismus ist ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Demokratie lebt davon, dass alle Positionen gehört werden und in die Meinungsbildung unserer PolitikerInnen einfließen. Das Problem ist deswegen nicht der Lobbyismus an sich, sondern die fehlende Transparenz. Denn bislang fehlen klare Regeln für InteressenvertreterInnen, die es der Öffentlichkeit erlauben, Einflussnahme(versuche) auf politische Entscheidungen nachzuvollziehen. Dies könnte ein verbindliches Lobbyregister ändern – doch noch immer sind die Widerstände dagegen groß.**

**E**IN LOBBYREGISTER soll nicht den Lobbyismus, also die Interessenvertretung gegenüber der Politik verhindern, sondern „Politik im Hinterzimmer“ sichtbar machen. BürgerInnen haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wann und wo Unternehmen, Verbände und Organisationen politische Entscheidungen beeinflussen wollen.

Deutschland ist im internationalen Vergleich rückständig, wenn es um transparentes Lobbying geht. Auf europäischer Ebene haben mehrere Staaten ein Lobbyregister, z. B. Slowenien, Litauen, Niederlande oder Estland. Außereuropäisch geht Kanada seit 1989 mit dem Lobbyist Registration Act (Lobby-Registrierungsgesetz) mit gutem Beispiel für mehr Transparenz voran.

**Warum es in Deutschland bisher kein Lobbyregister gibt – Eine Spurensuche**  
CDU und CSU beteuern gern, dass das bestehende Verbänderegister ausreichend sei: „Ein Lobbyregister, das gibt es doch bereits“.<sup>1</sup> Diese Behauptung ist so allerdings nicht korrekt. Was es seit 1972 gibt, ist eine öffentliche Liste, in die sich Verbände freiwillig eintragen können. Ein verbindliches Lobbyregister, das die Einflussnahme auf politische Entscheidungen transparent macht, ist die Liste jedoch in keinster Weise. Problematisch an ihr ist vor allem, dass die Eintragung freiwillig ist und nur Verbände und Vereine registriert sind. Unternehmen sind, genau wie EinzellobbyistInnen und Agenturen, dagegen nicht Teil des Verzeichnisses. Die Liste suggeriert zwar Transparenz, dennoch ist sie unübersichtlich und unvollständig und somit nicht zufriedenstellend. Denn auf diesem Wege erhalten BürgerInnen keinen Einblick darüber, wer worauf Einfluss nehmen

will. Lobbyismus findet immer noch versteckt im Geheimen statt.

In Berlin versuchen in etwa 6.000 LobbyistInnen ihre Interessen in die Politik einzubringen. Inwieweit Lobby-AkteurInnen direkten Einfluss auf eine Gesetzgebung haben, ist allerdings völlig unklar.

Ein Gesetzesentwurf von abgeordnetenwatch.de und LobbyControl will den Vorgang des Lobbyings transparenter machen. Danach soll es eine Registrierungspflicht für LobbyistInnen geben. Angaben zum eingesetzten Budget, den beteiligten Personen und das jeweilige Politikfeld müssen öffentlich gemacht werden, ebenso zu welchen PolitikerInnen und BeamtInnen Kontakte gepflegt werden. Die Angaben müssen öffentlich über das Internet einsehbar und überprüfbar sein, fehlende oder falsche Angaben führen zu Sanktionen.

Zudem fordern abgeordnetenwatch.de und LobbyControl in ihrem Gesetzesentwurf einen sogenannten „legislativen Fußabdruck“. Damit soll erkenntlich werden, wie viel Lobbyeinfluss in jedem Gesetzesvorhaben steckt. Im „legislativen Fußabdruck“ soll aufgeführt werden, mit wem Abgeordnete im Rahmen des Gesetzesentwurfs Kontakt hatten. Hierbei soll auch erkenntlich werden, welchen Input ParlamentarierInnen von LobbyistInnen bekommen haben. Momentan ist der politische Druck für ein Lobbyregister zwar vorhanden, aber noch nicht ausreichend. Wenn es zu einem Jamaika-Bündnis kommt, wären innerhalb der Koalition nur die Grünen consequent für ein Lobbyregister. Die Union sieht hingegen die bereits bestehende Verbändeliste für ausreichend an, und auch die FDP ist bisher nicht als Anhängerin eines verbindlichen Lobbyregisters aufgefallen.

**Große Unternehmen sind die Profiteure**

Je größer das Lobbybudget, desto größer ist die Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse. Von daher sind die mächtigsten Lobbyakteure in der Regel große Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Für sie geht es u. a. darum, politische Entscheidungen zu ihren Ungunsten zu verhindern oder zumindest abzuschwächen.

Die deutsche Automobilindustrie ist wohl eine der einflussreichsten Lobbys. So hat der oberste Autolobbyist und Duz-Freund der Kanzlerin Matthias Wissmann in den letzten 10 Jahren als Präsident des Verbandes der Automobilindustrie und ehemaliger CDU-Politiker eine beeindruckende Erfolgsbilanz vorzuweisen. Egal ob es um die Deadline für den Verbrennungsmotor, die Abwrackprämie oder die aufgeweichten Abgasnormen in der EU ging, stets konnte sich Wissmann auf seinen Einfluss verlassen.

Wissmanns Hauptargument gegen eine Abkehr vom Verbrennungsmotor ist beispielsweise: Von dem Verbrennungsmotor sei eine Vielzahl von Arbeitsplätzen abhängig. Mit seinem Wegfall würden jene Arbeitsplätze auch verloren gehen. Dabei ist es durchaus umstritten, ob diese strategische Entscheidung tatsächlich Arbeitsplätze erhält – oder sie nicht sogar gefährdet. Kurz gesagt, es ist bei Lobbyaktivitäten nicht sichergestellt, ob tatsächlich die Interessen der Betroffenen berücksichtigt werden, die LobbyistInnen angeblich vertreten wollen.

Doch LobbyistInnen sind nicht nur personell mit der Politik verbandelt. 2015 spendeten Unternehmen und Verbände den im Bundestag vertretenen Parteien 10,95 Millionen Euro.<sup>2</sup> Die Automobilbranche ist eine der größten Spenderinnen an Parteien. Hinzu kommt noch das Sponsoring der Unternehmen, das nicht in den Parteispenden mit aufgelistet ist.

Lobbyismus darf bei aller negativen Konnotation jedoch nicht mit Korruption verwechselt werden. Im juristischen Sinne hat Korruption eine strafrechtliche Dimension. Aber

welche Folgen hat Lobbying für den Rest der Gesellschaft bzw. für diejenigen, die über weniger Ressourcen verfügen?

Durch die finanziellen Mittel, die viele Wirtschaftsverbände und Unternehmen haben, entsteht ein gravierendes Ungleichgewicht. Denn viele zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen weder über das Budget – beispielsweise für großangelegte Lobbykampagnen – noch den Zugang, um politische EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen.

### Mit wie viel Geld wird Lobbying betrieben?

Mit wie viel Geld in Berlin und Brüssel Lobbying betrieben wird, ist unklar. Die bekannten Zahlen beruhen auf Schätzungen. Eine Studie der Organisation Corporate Europe Observatory<sup>3</sup> belegt, dass beispielsweise in Brüssel etwa 1.700 LobbyistInnen im Finanzsektor beschäftigt sind. Für deren direkten Lobbyaktivitäten stehen 120 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltorganisationen haben zusammengenommen 30-mal geringere Mittel.

### Lobbykampagnen, ein Negativbeispiel

Seit 2011 gibt es eine Lobbykampagne der Lobbyorganisation und Denkfabrik ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ (INSM) gegen die

Förderung des Ökostroms durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Die INSM ist eine starke Lobbyorganisation der ArbeitgeberInnen mit einem jährlichen Etat von etwa 7 Millionen Euro. Die Initiative verfolgt neoliberale Ziele. So soll die staatliche Regulierung auf ein Minimum reduziert werden. Innerhalb der INSM gibt es eine Vielzahl von einflussreichen Menschen im politischen Betrieb der Republik. Kuratoriumsvorsitzender ist beispielsweise der ehemalige SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement.

Im Rahmen des EEG fürchteten die großen EnergieversorgerInnen in Deutschland den Verlust ihres marktdominanten Oligopols. Explizit bestand die Angst, dass Preiserhöhungen in Zukunft vor den VerbraucherInnen nicht mehr zu rechtfertigen seien. Deswegen versuchte die INSM im Sinne der konventionellen EnergieversorgerInnen die Kosten der Energiewende zu übertreiben und künstliche Anreize zu schaffen, um den Ausbau der Netze hinauszuzögern. Zusätzlich sollte noch ein Ersatz der EEG-Umlage durch ein Quotenmodell eingeführt werden, welches die konventionellen Energieformen fördert.

Die Kampagne zielt also darauf ab, den Ökostrom weniger attraktiv erscheinen zu lassen und eine Förderung des Ökostroms zu minimie-

ren. Das von der INSM geforderte Quotenmodell fördert explizit nur die günstigste Produktionsform der erneuerbaren Energien, StromversorgerInnen würden somit nur den günstigsten Strom einkaufen. Momentan noch nicht so effiziente erneuerbare Energien würden dagegen nicht ausreichend gefördert werden und deswegen unterentwickelt bleiben. Von einem Quotenmodell profitieren vor allem die großen Strommultis.

### Aktueller Stand des Gesetzentwurfes zum Lobbyregister

Am 24. Oktober 2017, zu Beginn der 19. Legislaturperiode des Bundestags, hat die Linksfraktion einen Gesetzesentwurf<sup>4</sup> eingebracht, der ein verpflichtendes Lobbyregister fordert. Der Entwurf beruht auf dem Vorschlag<sup>5</sup> von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und LobbyControl aus dem Frühjahr 2017. Damit liegt dem Bundestag erstmalig ein konkreter Gesetzentwurf für Lobbyregulierung zur Beratung vor. Wie sich die übrigen Fraktionen zu dem Linken-Entwurf verhalten, wird abzuwarten sein. Grüne und SPD haben jedenfalls in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie Befürworterinnen eines verbindlichen Lobbyregisters sind.



Johann Schitteck

Der Autor engagiert sich bei der Nichtregierungsorganisation [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de).

- 1 <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2016-12-01/wie-die-union-eine-veraltete-verbandeliste-als-argument-gegen-ein-lobbyregister>.
- 2 <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2017-06-16/spenderliste-veroeffentlicht-parteien-kassierten-2015-mehr-als-10-mio-euro-aus-der>.
- 3 [https://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/financial\\_lobby\\_report.pdf](https://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/financial_lobby_report.pdf).
- 4 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/000/1900015.pdf>.
- 5 [https://lobbyregister.org/wp-content/uploads/2017\\_01\\_27\\_Lobby\\_Transparenzgesetz.pdf](https://lobbyregister.org/wp-content/uploads/2017_01_27_Lobby_Transparenzgesetz.pdf).



© Ian Mackinnon/flickr.com (BY 2.0)

Damit jedeR den Durchblick bekommt, wer im Bundestag ein und aus geht, benötigen wir ein verpflichtendes Lobbyregister.



© Joe Maxwell

Der Schlüssel zum Erfolg gegen die Agrarriesen in Oklahoma war der Zusammenhalt einer engagierten Zivilgesellschaft über Grenzen hinweg.

## SHOWDOWN IN OKLAHOMA

**Unerwartete Verbündete machen Interessen der Agrargroßkonzerne zunichte**

**In den USA haben Agrargroßkonzerne dank ihrer wirtschaftlichen Macht auf politischer Ebene an Einfluss gewonnen und ihre Vormachtstellung auf dem US-Agrarmarkt etabliert. Dadurch vertrieben sie Bäuerinnen und Bauern von ihren Feldern, komprimierten die Wasserqualität und sperrten Tiere in Käfigen ein. Die Mehrheit der Menschen in den USA glaubte bis vor einem Jahr, dass die Agrargroßkonzerne die politische Landschaft mit ihren Interessen fest im Griff haben, als sich überraschend eine Gruppe engagierter Menschen zusammenschloss und den Großkonzernen in Oklahoma, dem Herzen der US-Landwirtschaft, eine schwere Niederlage zusetzte.**

**I**N DEN letzten 40 Jahren haben multinationale Agrarkonzerne ihre Kontrolle über den Markt der US-amerikanischen Landwirtschaft durch regulatorische Änderungen und mangelnde Durchsetzung des Kartellrechtes weiter ausgebaut. In den USA kontrollieren 4 der großen Agrarunternehmen 82 Prozent des Rindfleisch- und 63 Prozent des Schweinefleischmarktes sowie 53 Prozent des Marktes für Masthähnchen. Aufgrund dieser Machtkonzentration haben die Agrarkonzerne nicht nur die wirtschaftliche Macht über den Markt erlangt, sondern auch ihren politischen Einfluss auf die Staats- und Bundeskapitole in den USA ausgeweitet. Diese Gruppen haben sich politisch als Stimme der US-Landwirtschaft positioniert; und auch wesentliche, gewählte AmtsträgerInnen beugen sich ihrem

Einfluss und lassen den Monopolunternehmen damit freie Hand dabei, ihre desaströsen Geschäfts- und Produktionsmethoden in ganz Amerika durchzusetzen. Dazu zählen die Verringerung von Umweltstandards, der Gebrauch rücksichtsloser und repressiver Methoden gegen die bäuerlichen Familienbetriebe in den USA sowie die Blockade von einfacher Viehzucht und Tierschutzinitiativen.

**Beispiele für die verheerenden Methoden der großen Agrarkonzerne**  
Diese unzulässige Beeinflussung führte dazu, dass die Schweinefleischproduktion um 91 Prozent und die Rindfleischproduktion um 41 Prozent zurückgingen. Eine weitere Folge war die vollständige Verdrängung der unabhängigen HühnerzüchterInnen in den USA, da der Großteil der Mast-

hähnchenzüchtung durch sogenannte „VertragszüchterInnen“ abgewickelt wird.

Beinahe 290 Millionen der Legehennen in den USA leben auf einem Raum, der nicht einmal so groß wie eine DIN-A4-Seite ist. Säue verbringen die meiste Zeit ihres Lebens in einem Käfig, der 0,6 x 2 Meter misst.

Im Bundesstaat Iowa, dem größten Schweinefleisch- und Eierproduzenten der USA, sind das Trinkwasser und die Wasserwege über tausende Kilometer weit verschmutzt. Durch die Abwässer der landwirtschaftlichen Nutzung kam es zu einem raschen Algenwachstum im Eriesee, wodurch das Trinkwasser vieler AnwohnerInnen nicht mehr sicher ist.

**Die Reaktion der Agrarunternehmen auf die Sorgen der Verbrauchergemeinde**

Aus Angst davor, dass die WählerInnen aufwachen und den Gesetzgebungsprozess politisch beeinflussen oder eigene regionale Wählerinitiativen genehmigen – wie sie es in den Küstenstaaten bereits getan haben, um dem Missbrauch ein Ende zu setzen –, begannen die Agrarkonzerne, auf dem verfassungsrechtlichen Wege Schutz in den Bundesstaaten zu er-

langen. Dieser Schutz ist unter dem Namen ‚Recht auf landwirtschaftliche Nutzung‘ (Right to Farm) bekannt. Laut dieser Zusatzartikel können weder die Gesetzgebung noch die BewohnerInnen des Bundesstaates durch Wählerinitiativen das Recht jeder Person – einschließlich der Konzerne – auf den Gebrauch moderner Technologien oder Methoden für die landwirtschaftliche Nutzung einschränken. Eine derartige Bestimmung würde diesen multinationalen Konzernen und der Landwirtschaftsindustrie das gleiche Maß an Schutz zusprechen, dass derzeit den Freiheiten eines Individuums vorbehalten ist, wie Meinungs- oder Religionsfreiheit.

### Showdown in Oklahoma, 2016

2016 haben die großen Agrarkonzerne zusammen mit den Organisationen Oklahoma Farm Bureau, Oklahoma Cattlemen's Association, Oklahoma Park Producers und LandwirtInnen und ViehzüchterInnen, die sich ihren Interessen angeschlossen haben, eine Änderung des Rechtes auf landwirtschaftliche Nutzung bei den allgemeinen Landeswahlen im Bundesstaat Oklahoma durchgebracht.

Während der letzten Jahrzehnte haben die Großkonzerne die Unterstützung für ihr Anliegen ausgebaut, indem sie Angst unter LandwirtInnen, ländlichen Gemeinden und VerbraucherInnen gestreut haben. Sie behaupteten, dass die Regulierungen durch den Tier- und Umweltschutz die Bauernbetriebe vertreiben und die Nahrungsmittelkosten in die Höhe treiben würden. Die BefürworterInnen des Landnutzungsrechts nutzten eben jenes Argument, um Umwelt- und TierschützerInnen als Schreckensgespenster darzustellen, vor denen die Bauernfamilien beschützt werden müssten, um zu überleben. Auf Grundlage dieser Angst waren sich die Großkonzerne sicher, den Sieg davonzutragen.

Ungefähr ein Jahr vor der Wahl gaben MeinungsforscherInnen an, dass fast 60 Prozent der WählerInnenschaft die Maßnahme unterstützten und nur 15 Prozent dagegen waren. Sie schlussfolgerten daraus, dass jeder Kampf hoffnungslos sei. Allerdings zeigten die Umfrageergebnisse ebenfalls eindeutig, dass es einen Weg zum Sieg gibt, wenn die WählerInnen, die die negativen Folgen der zerstörerischen Macht der Agrarkonzerne zu spüren bekommen hatten, ihre Differenzen beilegen und eine gemein-

same Basis finden, um sich gegen den Machtausbau der Unternehmen durch die Verfassung zu wehren.

Das Ziel, ein Bündnis zwischen diesen unterschiedlichen Wähler-schichten aus Bäuerinnen und Bauern, NaturschützerInnen, Tier- und UmweltschützerInnen zu schließen, schien jedoch sehr unwahrscheinlich: Es war das erste Mal, dass es zur Anwendung solch einer Strategie in einem „roten“ US-Agrarstaat mit einer Mehrheit für die Republikanische Partei kam. Diese WählerInnenschaft wurde durch folgende Organisationen vertreten: Conservation Coalition of Oklahoma, Oklahoma Sierra Club, Save the Illinois River, The Humane Society of the United States, Humane Society Legislative Fund, Oklahoma Rising, Oklahoma Stewardship Council und Organization for Competitive Markets (OCM), eine Interessenvertretung der Bäuerinnen und Bauern. Obwohl sie keine Stellung dazu bezog, spielte die philanthropische Stiftung The Kirkpatrick Foundation eine entscheidende Rolle bei der Aufklärung der WählerInnen über die Initiative. Ich hatte als Politikstrategie, Kampagnenkoordinator und derzeitiger Geschäftsführer bei OCM die Rolle des Oppositionsführers inne. Co-Vorsitzende des Oppositionsausschusses waren der ehemalige Justizminister Drew Edmondson und Paul Muegge, Vorstandsmitglied von OCM.

### Der Schlüssel zum Erfolg

Die oppositionelle WählerInnenschaft war vor allem hochmotiviert, diesen Kampf zu gewinnen. Das spornte sie dazu an, eine gemeinsame Basis zu finden und verstärkte ihre Bereitschaft, einander getreu dem Motto ‚Einer für alle, alle für einen‘ beizustehen. Die Tatsache, dass Bauernfamilien und ViehzüchterInnen erschienen und für Tier- und UmweltschützerInnen eintraten, trug dazu bei, die Ablenkungstaktiken bzw. Feindbilder der BefürworterInnen zu entschärfen.

Zwischen diesen unterschiedlichen Wählergruppen entwickelte sich dank der Einbeziehung verschiedener sozialer Medien und Kommunikationskanäle ein Gemeinschaftsgefühl, wodurch alle das Gefühl hatten, dazuzugehören.

Umwelt- und Tierschutzorganisationen gingen von ihren einst aktivistischen Taktiken zu Formen der Interessenvertretung über: Sie widmeten sich den kulturellen Hintergründen

der Wählergruppen, akzeptierten ihre Werte und religiösen Vorstellungen und klärten sie über Begrifflichkeiten und Ausdrucksweisen für die von ihnen hochgehaltenen Werte auf.

Das Kampagnen-Team arbeitete daran, persönliche Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Gemeinden im Bundesstaat aufzubauen. Die Gemeinden wurden nicht auf Grundlage von geopolitischen Grenzen ausgewählt, sondern vielmehr durch die kulturellen Grenzen, die sich danach richten, wie Menschen einkaufen, Nachrichten erhalten, ihren Glauben ausüben und wie sich die individuellen WählerInnen mit sich selbst identifizierten.

Das Hauptthema der Kampagne baute auf dem Gefühl der WählerInnenschaft auf, es sattzuhaben, dass Großkonzerne den Menschen in Oklahoma und den USA die Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten vorschreiben.

Am Tag der Wahl hatten diese scheinbar ungleichen Verbündeten überraschend eine gemeinsame Basis gefunden und das für den Tag notwendige Gemeinschaftsgefühl geschaffen. Sie gewannen die Wahl mit 60 zu 40 Prozent – und das in jedem Bundeswahlkreis, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

Dies ist jedoch nur ein kleiner Triumph in einem nunmehr globalen Kampf. Die industriellen Agrarinteressen, die die US-Agrarmärkte derart in der Hand haben, werden durch dieselben multinationalen Konzerne vertreten, die überall auf der Welt Bäuerinnen und Bauern vertrieben, das Trinkwasser verschmutzt und Tiere in Käfige eingesperrt haben. Im US-Bundesstaat Oklahoma haben unerwartete Verbündete ihre Differenzen begraben und sich auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt, um der Tyrannei der Konzerne gemeinsam die Stirn zu bieten.



Joe Maxwell

Der Autor ist Geschäftsführer der Organisation für Wettbewerbsfähige Märkte (OCM).

Aus dem Englischen von  
Anna Ursinus.



Der Verein der Freien Bäcker setzt ein Zeichen gegen die Verdrängung des Handwerks auf der Wir-haben-es-satt-Demonstration 2017.

© Die Freien Bäcker e.V.

# HANDWERK VERSUS KONZERNMACHT

## Versorgungssicherheit, Resilienz und Unabhängigkeit der Regionen ohne Handwerk?

**Die Brisanz der Gegenüberstellung von Handwerk und Konzernmacht entsteht aus dem Zusammenhang mit einer ganz zentralen gesellschaftlichen Frage: Auf welche Weise kann die Bevölkerung bestmöglich – also ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig – versorgt werden? Ein Aspekt, der unmittelbar mit dem derzeitigen wirtschaftspolitischen Leitbild im Zusammenhang steht, ist dabei von tiefgreifender Bedeutung: Wenn etwa Brot nicht gebacken wird, um Hunger und menschliche Grundbedürfnisse zu stillen, sondern einzig um die Rendite zu maximieren, verschwindet der Kitt, der unsere Gesellschaft und die Völker der Welt zusammenhält. Die Gegenüberstellung ‚Handwerk versus Konzerne‘ ruft das Bild von ‚David gegen Goliath‘ auf. Wobei die Konsequenz dieser biblischen Geschichte meist vergessen wird: Am Ende ist Goliath tot.**

**W**ELCHE GEWERBE zum Handwerk zählen, wird in Deutschland durch die Handwerksordnung definiert. Handwerk in seiner ursprünglichen Form steht ganz konkret für: Arbeit und Ausbildung vor Ort, Ganzheitlichkeit der Prozesse, Verankerung in der Region, Transparenz, Vielfalt, Kreativität, Individualität, die Pflege und Weiterentwicklung von Wissen, Erfahrung, Verantwortung für die Wertschöpfungskette und kommende Generationen, ressourcenschonendes Wirtschaften, Entwicklung von Innovationen, sinnstiftendes Arbeiten und Identität, die Gestaltung von Lebensräumen, Kultur, soziale Inklusion und nicht zuletzt dafür, dass das handwerkliche Erzeugnis mit einem ho-

hen Maß an Wissen und Können vollständig selbst hergestellt wird. Doch neben Handwerksbetrieben, deren Produktionsweise sich eindeutig als handwerksgemäß beschreiben lässt, sind in allen Gewerben zahlreiche Unternehmen zu finden, die einer Grauzone zuzuordnen sind, sowie solche, die gemäß ihrer Produktionstechnik und Organisationsstruktur nahezu vollständig industriell produzieren.

### Handwerk ohne Hände?

Technische Entwicklungen verändern seit jeher Produktionsweisen, Produkte, Dienstleistungen und damit Märkte. Doch die treibende Kraft beim Wandel der Märkte und damit gesellschaftlicher Strukturen ist nicht von der Frage bestimmt, wie eine

wachsende Weltbevölkerung nachhaltig versorgt werden kann. Treibend ist – auf Basis unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise und der fundamentalistischen Jagd nach Rendite – die Anbieter- und Nachfragemacht in globalisierten Märkten. Der Wettbewerb auf Grundlage fortdauernder Expansion und Produktivitätssteigerung ersetzt dabei Arbeit durch Kapital und externalisiert Kosten zu Lasten der Allgemeinheit. Es wird suggeriert, dass der Bedarf an Konsumgütern und Dienstleistungen immer kostengünstiger gedeckt werden könne. Dieser Irrglaube hat auch das Handwerk verändert. Der Anteil der Handwerksbetriebe ist in den vergangenen Jahrzehnten drastisch geschrumpft und die „Industrialisierung“ des Handwerks hat dessen AkteurInnen enteignet. Konzentrationsprozesse in allen Wirtschaftsbereichen haben zu strukturellen Lücken in regionalen Wertschöpfungsketten, wie etwa dem Fehlen von Mühlen, Schlachthöfen oder Sägewerken, geführt.

### Konzerne nehmen das Handwerk in die Zange

Das „handwerksgemäße“ Handwerk steckt trotz seiner vielfältigen, positiven Wirkungen und seiner Bedeu-

tung für den Einzelnen und für die Gesellschaft in der Klemme. Der alle Lebensbereiche durchdringende, ökonomische Glaubenssatz vom fortwährenden Wirtschaftswachstum und die damit zunehmende Macht der Konzerne haben auch vor den offiziellen Berufsverbänden, denen die einzelnen Handwerksbetriebe zwangsweise angehören oder denen sie freiwillig beitreten, nicht Halt gemacht. Die Technisierung und Standardisierung durch den Einsatz industriell vorgefertigter Produkte hat nicht nur zum Verlust von Wissen und Erfahrung im Handwerk, zur Verlagerung von Wertschöpfung in die Industrie, sondern auch zu Abhängigkeiten und damit zum Verlust von Souveränität der Betriebe sowie ihrer Berufsvertretungen geführt. Vielfach haben sich diese Verbände auf direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung durch die industriellen „PartnerInnen“ des Handwerks, etwa aus der Zulieferindustrie, eingestellt. Dem Handwerk insgesamt fehlt eine strukturell sowie im Geiste unabhängige Interessensvertretung, die sich gegen den Ausverkauf und die Verdrängung des Handwerks stemmt und die konsequent die Grundlagen seiner gesellschaftlichen Bedeutung schützt und fördert.

### Übermäßige Belastung kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe durch Bürokratie

Insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe werden bei der Ausübung ihres Handwerks über Gebühr durch bürokratische Reglementierungen belastet. Der Gesetzgeber geht in der Regel von den Risiken arbeitsteilig-industrieller Produktion aus und überträgt Maßnahmen zur Risikoversorge aus diesem Bereich auf die handwerklichen Betriebe. So werden HandwerkerInnen und kleine Unternehmen seit vielen Jahren mit immer weiter steigenden Bürokratieauflagen konfrontiert, die in der Realität kaum oder nur mit hohem zeitlichen und finanziellen Aufwand umsetzbar sind und zum Teil ihr Ziel verfehlen. Die Risiken der Großbetriebe entsprechen in keiner Weise denen eines handwerklichen Betriebs mit beispielsweise einer/einem MeisterIn, 3 GesellInnen und 2 Auszubildenden. So sehen Lebensmittelkandale, Rückrufaktionen oder Betrug mit massiven Folgen wie ‚Dieselgate‘ in der Regel mit arbeitsteilig organisierten Großunternehmen in Verbindung. Handwerkliche Betriebe sind nicht frei von solchen Risiken.

Doch sind diese in Betrieben mit einer überschaubaren Betriebsstruktur, die von qualifizierten, sich persönlich verantwortenden UnternehmerInnen geleitet werden und überdies Transparenz über Rohstoffe und Herstellungsverfahren herstellen, äußerst gering.

### Wettbewerbsverzerrungen durch Deregulierung der Märkte

Die von Großkonzernen verlangte Deregulierung und Liberalisierung der Märkte verdrängt das Handwerk und die bäuerliche Landwirtschaft und zerstört regionale Versorgungsstrukturen – hier ebenso wie, mit dramatischen Folgen, in den Ländern des Südens. Großunternehmen profitieren von Exportförderungen, Förderungen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten, Förderungen neuer Verarbeitungskapazitäten und steuerlichen Entlastungen (beispielsweise bei der Umlage des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes) und stets von ihrem politischen Einfluss als Folge ihrer Größe und Marktmacht. So forderte etwa die größte Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie, FoodDrinkEurope, in einem Memorandum an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2006, dass die Wertschöpfung der Lebensmittelindustrie in den gesättigten Märkten der EU durch mehr Forschung, Innovation und die Verwirklichung des Konzepts der besseren Rechtssetzung gesteigert werden muss, sowie für Wachstum außerhalb der EU durch multi- und bilaterale Handelsabkommen zu sorgen ist.

### Handwerk braucht eine unabhängige Vertretung und Gehör seitens der Politik

Um auf die Misere der HandwerkerInnen aufmerksam zu machen und Strategien gegen die Übermacht der Konzerne zu entwickeln, hat sich 2017 auf Initiative des Vereins Die Freien Bäcker e.V. ein Bündnis von HandwerkerInnen gebildet. 2018 startet es die Kampagne „Zukunft braucht Handwerk“. Darin fordert das Bündnis eine politische Neuausrichtung, die der Bedeutung des Handwerks für eine demokratische Gesellschaft sowie für eine dezentralisierte, soziale und ökologische Wirtschaftsweise gerecht wird. Zentral dafür ist die Herstellung der Kostenwahrheit. Wirtschaftlicher Erfolg, der auf der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten basiert, ist gegenüber nachfolgenden Generationen sowie den Ländern des

Globalen Südens nicht vertretbar. Weitere Forderungen sind:

- » die Beteiligung des unabhängigen Handwerks an gesetzgebenden Verfahren sowie die Bildung von Fachgruppen, die bestehende Gesetze und Verordnungen überprüfen und praxisnahe Regelungen entsprechend eines abgestuften Risiko- und Gefährdungspotentials entwickeln
- » die Erarbeitung einer Freistellungsklausel zur Entlastung von Kleinbetrieben und die Erstellung einer Positivliste praxisnaher Selbstverpflichtungen
- » transparente, realisierbare Zugänge zu Forschungs- und Entwicklungsförderungen und die Entbürokratisierung der Antragsverfahren
- » die Förderung der Rekonstruktion regionaler Wertschöpfungsketten und damit regionaler Versorgungsstrukturen (z. B. fehlen auf regionaler Ebene Mühlen, Molkereien und Schlachtunternehmen)
- » eine effektive Förderung von Start-ups und Neugründungen von Handwerksbetrieben, statt diese durch zahlreiche Auflagen, einzubringende Gutachten und finanzielle Hürden zu blockieren
- » ein Verbot des werblichen Missbrauchs von Begriffen und Bildern durch industrielle HerstellerInnen sowie den Handel, die suggerieren, echtes Handwerk zu repräsentieren und dabei gezielt die Erbringung von positiven gesellschaftlichen Leistungen vortäuschen.

Das Ringen des Handwerks ums Überleben ist keinesfalls aussichtslos. Um auf das eingangs zitierte biblische Bild zurückzukommen: Am Ende hat David den übermächtig erscheinenden Goliath besiegt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist der Schulterschluss der Betriebe und der mit Nachdruck verfolgte politische Wille des Handwerks, die Ursachen und die NutznießerInnen seiner Verdrängung zu benennen und gegen sie anzugehen. Das ist das Gebot der Stunde, denn unsere Zukunft braucht Handwerk!



Anke Kähler

Die Autorin ist Bäckermeisterin und Vorstandsvorsitzende von Die Freien Bäcker e. V.



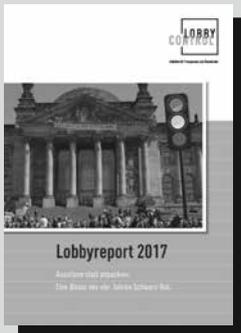
## KONZERNATLAS 2017 Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie

Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Oxfam Deutschland, Germanwatch und Le Monde diplomatique (04/2017)

Wer hat die Macht über unser Essen? Der Konzernatlas ist eine umfassende Arbeit, welche die Fragen der Konzern- und Machtkonzentration im Lebensmittel- und Agrarsektor fokussiert. Die Ausmaße der Macht werden deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Lebensmittelproduktion längst nicht mehr von bäuerlicher Landwirtschaft

und traditionellem Handwerk ausgeht, sondern dass es wenige große Konzerne sind, die sich die Steuerung des Marktes untereinander aufteilen.

Download unter: [https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas2017\\_iii\\_web.pdf?dimension1=ds\\_konzernatlas](https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas2017_iii_web.pdf?dimension1=ds_konzernatlas)



## LOBBYREPORT 2017 Aussitzen statt Anpacken: Eine Bilanz von 4 Jahren Schwarz-Rot

Timo Lange, Christina Deckwirth, Annette Sawatzki, Nina Katzemich, herausgegeben von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e. V. (06/2017)

Der Lobbyreport 2017 dokumentiert und bewertet die wichtigsten Entwicklungen der 18. Legislaturperiode in den Bereichen Lobbyismus und Lobbyregulierung. Dabei wurde die Arbeit der Großen Koalition auf 6 zentralen Handlungsfeldern mittels eines Ampelsystems bewertet. Das Arbeitszeugnis für Schwarz-Rot fällt schlecht aus: Lobbyis-

mus bleibt in Deutschland damit weitgehend intransparent und schlecht reguliert. 4 Jahre Schwarz-Rot haben daran nichts geändert.

Download unter: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-lc-2017-web-1.pdf>



## SCHWARZBUCH AUTOLOBBY

Greenpeace e.V. (04/2016)

Wie stark ist die Politik mit der Autoindustrie verbunden? Wie setzt die Autolobby einzelne PolitikerInnen für ihre Interessen ein? Wo verwischen Grenzen zwischen Ämtern in der Politik und Posten in der Wirtschaft? Das Greenpeace-Schwarzbuch Autolobby zeigt exemplarisch auf, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen die Autoindustrie auf politische Entscheidungen in Landtagen, im Bundestag, in der Regierung und in

der Europäischen Union Einfluss nimmt. Es werden 33 Portraits von PolitikerInnen und LobbyistInnen dargestellt, die ihre Arbeit der Unterstützung der Autoindustrie verschrieben haben.

Download unter: [http://www.greenpeace.de/files/publications/s01841\\_web\\_greenpeace\\_schwarzbuch\\_autolobby\\_04\\_16.pdf](http://www.greenpeace.de/files/publications/s01841_web_greenpeace_schwarzbuch_autolobby_04_16.pdf)



## WIRTSCHAFT MACHT POLITIK Einfluss privatwirtschaftlicher Akteure in internationalen Politikprozessen

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Brot für die Welt e. V. und Global Policy Forum (04/2016)

In den vergangenen Jahren haben sich die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisenerscheinungen weltweit verschärft. Immer deutlicher wird, dass eine Politik des ‚business as usual‘ keine Option sein kann. Gefordert ist eine aktivere Rolle der Politik auf nationaler und internationaler Ebene, um die ‚große Transformation‘ hin zu einer zukunftsgerechten Entwicklung weltweit zu ermöglichen. Aber bislang haben die Beharrungskräfte gegen die ‚große Transformation‘ häufig weiterhin die

Oberhand. An konkreten Beispielen wird gezeigt, wie privatwirtschaftliche AkteurInnen den Diskurs in bestimmten Politikprozessen beeinflussen und damit immer wieder versuchen, die Durchsetzung verbindlicher Unternehmensstandards im Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsbereich zu verhindern.

Download unter: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/publikation-wirtschaft-macht-politik-2016.pdf>

# DIE TRAGISCHE TRENNUNG VON VIEHZUCHT UND LANDWIRTSCHAFT

Nutztierhaltung stellt die Wechselbeziehung zwischen Existenzgrundlagen, Gesundheit und Umwelt vor wesentliche Herausforderungen

Die gewaltige Macht der Globalisierung führt dazu, dass sich die nachhaltige, gemischte Nutztierhaltung zur Lebensmittelerzeugung immer weiter hin zu einer spezialisierten Intensivviehwirtschaft und Nutzpflanzenproduktion entwickelt und somit zahlreiche verflochtene Krisen begünstigt bzw. verschlimmert. Der Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) unterstützt eine Reihe von politischen Empfehlungen, die Ländern dabei helfen, diese Herausforderungen anzugehen. Folgemaßnahmen sind dringend notwendig, um Weidesysteme und bäuerliche Kleinbetriebe vor dem aggressiven, wirtschaftlichen Druck zu schützen und gleichzeitig die tiefgreifenden Auswirkungen industrieller Betriebe auf Umwelt und Gesundheit zu thematisieren.

**V**IEHWIRTSCHAFT UND Landwirtschaft sind traditionell 2 Seiten einer Medaille. Jedoch haben Strukturanpassungsprogramme und die jüngste wirtschaftliche Globalisierung in den letzten 20 Jahren das Ziel verfolgt, nachhaltige Nutztierhaltung immer weiter hin zu einer spezialisierten Intensivviehwirtschaft und Nutzpflanzenproduktion zu transformieren. Damit werden zahlreiche, verflochtene Nahrungsmittel, Wasser- und Energiekrisen verschärft.

## Viehwirtschaft als entscheidendes Reizthema

Die Viehwirtschaft ist eines der wesentlichen Themen gegensätzlicher Vorstellungen einer Landwirtschaft geworden. Auf der einen Seite steht das Unternehmenskonzept, das Nahrung als eine Ware und Produktion als einen hochspezialisierten Vorgang betrachtet, der überall hin verlegt werden kann, wo es Ressourcen zur Maximierung der Produktivität gibt. Auf der anderen Seite des Spektrums

stehen die Lösungen lokaler Gemeinden, die auf der Fertigung kleiner Stückzahlen basieren. In ihren Augen ist Nahrung ein grundlegendes Menschenrecht und Produktion ein äußerst breit gefächelter Vorgang, der von Natur aus örtlich fixiert und mit territorialen Bedürfnissen, Traditionen und Ökosystemen verflochten ist.<sup>1</sup>

Einige glauben, dass diese beiden Visionen nebeneinander leben können. In Anbetracht dessen, dass der Viehzuchtsektor derzeit 80 Prozent der Landressourcen einnimmt, fällt es schwer, sich ein Zusammenleben vorzustellen. Und die Vorstellung einer nachhaltigen Intensivierung ist schlicht und einfach ein Widerspruch in sich. Mit der großen Erzählung, den Planeten zu ernähren, ist der Vormarsch der industriellen Viehzuchtbetriebe zur Produktionssteigerung nichts weiter als ein Feldzug, der dazu dient, kleinbäuerliche Betriebe zu vernichten und ihnen ihre Landressourcen zu entreißen. Die Milch- und Geflügelkrise, bei der ganze kleine und mittelständische Unternehmensbranchen durch den Verdrängungswettbewerb ausgelöscht wurden, ist ein trauriges Beispiel dieser Realität.

## Empfehlungen des CFS: Zaghafte Schritte in die richtige Richtung?

In den letzten 3 Jahren hat der CFS die ersten Schritte zur Bewältigung dieser Herausforderungen unternommen, indem politische Leitlinien für nationale Regierungen und internationale Agenturen entwickelt wurden. Damit soll stärkere Kohärenz zwischen ihren Strategien für eine nachhaltige Landwirtschaft, Ernährungssicherheit sowie Ernährung im Rahmen der schrittweisen Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung geschaffen werden. Eine Reihe von Politikempfehlungen zur



© Rancier56112/flickr.com (BY-NC 2.0)

Die Viehwirtschaft ist eines der wesentlichen Themen gegensätzlicher Vorstellungen einer Landwirtschaft geworden.

„Nachhaltigen, landwirtschaftlichen Entwicklung für Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung: Welche Rolle spielt die Viehwirtschaft?“ wurden bei der 43. Sitzung des CFS im Oktober 2016 zwischen UN-Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft befürwortet. Angekurbelt wurde dieser Prozess durch einen Bericht des Expertenrates der CFS zu dieser Thematik.

Die Empfehlungen beinhalten wichtige Aspekte. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, „diese traditionellen Produktionssysteme anzuerkennen, zu respektieren und zu schützen, einschließlich der Weidesysteme und ihrer Mobilitätsstrategien, die die Ökosysteme nachhaltig nutzen und einen erheblichen Beitrag zur Ernährungssicherheit der Gemeinden und den damit einhergehenden Lebensweisen leisten“. Sie forderten ebenfalls eine stärkere Kombination der Viehzucht mit der Nutzpflanzenproduktion, die Förderung der Nachhaltigkeit intensiver Landwirtschaft, die Bekräftigung der Rechte der Beschäftigten in der tierischen Nahrungsmittelindustrie sowie der Arbeitsstandards und die Förderung des Tierschutzes. Die Verhandlungen haben allerdings auch die Komplexität im Nutztiersektor aufgezeigt. In der Folge entstand kein klarer politischer Leitfaden zur Begünstigung dieser kleinbäuerlichen Betriebe, die inhärent nachhaltig und in der Lage sind, die vielfältigen Krisen im Bereich Existenzgrundlagen, Gesundheit und Umwelt anzugehen. Außerdem waren die Versuche zur Verminderung der zerstörerischen Auswirkungen der industriellen Systeme zu zaghaf, um politisch irgendeine Bedeutung zu erlangen. Z. B. gibt es keine einzige Politikempfehlung, die sich mit der Milch- und Geflügelkrise befasst. Nichtsdestotrotz wurden erste bedeutsame Schritte unternommen, die eine gute Grundlage für weitere Maßnahmen bilden.

### Eine unfertige Agenda: 3 entscheidende Aspekte

Es müssen noch 3 wesentliche Aspekte thematisiert werden. Erstens, die erhebliche Spannung zwischen Produktionssystemen und wachsenden Herausforderungen für kleinbäuerliche Systeme durch das hegemoniale und homogenisierende Wachstum der Industriebetriebe. Zweitens, der Mangel an Anerkennung der inhärenten Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit der kleinbäuerlichen

Betriebe im Vergleich zum verheerenden Umweltaußdruck der Industriebetriebe. Ebenso die anhaltende Unterschätzung der Bedeutung der Agrarökologie mit ihrer ganzheitlichen Annäherung an alle Nachhaltigkeitsdimensionen. Drittens, die gesundheitlichen Auswirkungen des anhaltenden Wachstums der industriellen Produktion, darunter die Förderung des übermäßigen Konsums tierischer Nahrungsmittel und die sich abzeichnende verheerende Antibiotikaresistenz.

### Die Agenda: Engagement und Interessenvertretung

Nach dem CFS-Prozess könnte folgende Agenda zum Engagement und der Interessenvertretung einen möglichen Weg für zivilgesellschaftliche Organisationen bahnen:

Die Spannung zwischen den Produktionssystemen bedarf einer expliziten, politischen Intervention, die Weidesysteme und gemischte kleinbäuerliche Systeme schützt. Da industrielle Systeme eine Gefahr für kleinbäuerliche, agrarökologische Ansätze sind, muss der Raum der kleinbäuerlichen Betriebe geschützt und durch politische Richtlinien, Programme und Investitionen ausgeweitet werden. Gleichzeitig müssen Industriebetriebe reguliert werden. Da eine noch intensivere Landnutzung nicht möglich ist, ist eine verantwortungsvolle Verwaltung der Bodenrechte in Einklang mit den CFS-Richtlinien zu Bodenrechten<sup>2</sup> unabdingbar. Des Weiteren verursacht der steigende globale Wettbewerb um Saatanbaufläche zwischen der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen und Fleisch eine zunehmende Volatilität des Agrarmarkts, die durch die Wiedereinführung von strategischen Getreidereserven und eine Beschränkung der Spekulationsgeschäfte an der Warenbörse reguliert werden muss.

Es ist absolut notwendig, sich auf gesunde Ernährungsweisen als öffentliches Gut zurückzubedenken. Eine Verringerung des Mehrverbrauchs von tierischen Nahrungsmitteln in einigen Bevölkerungsteilen und gesellschaftlichen Gruppen muss gefördert werden. Gleichzeitig muss die Qualität von in unterschiedlichen Systemen erzeugten Nahrungsmitteln vollumfänglich berücksichtigt werden.

LandarbeiterInnen, einschließlich GastarbeiterInnen, müssen stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Weltweit sind Mil-

lionen LandarbeiterInnen bisher immer noch unsichtbar und anfällig für Ausbeutung. Damit bieten sie globalen Agrarunternehmen eine gewaltige, nicht anerkannte und unfaire Quelle für billige Arbeit.

Die übermäßige Machtkonzentration der Großunternehmen und der Missbrauch der Nachfragemacht müssen eingedämmt werden. Die Machtkonzentration der Großkonzerne bedroht die Verwirklichung des Rechts auf Ernährung. Überdies haben jene Großkonzerne einen unangemessenen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung, die durch starke Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte geschützt werden muss.

### Die Kontrollübernahme der Großunternehmen

Doch um Politik und Investitionen zurückzugewinnen und damit die Herausforderungen der tierischen Erzeugung zu bewältigen, sind legitime politische Spielräume notwendig. Das bedeutet, den derzeitigen Trend anzuhalten und umzukehren, um Plattformen für vielseitige Interessenvertretungen zu etablieren. Außerdem ist es unbedingt notwendig, zuverlässige Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte einzuführen, indem die Integrität des politischen Prozesses bewahrt und die Zuverlässigkeit von Wissen und Beweisen sichergestellt wird, und schließlich, indem die finanzielle Unabhängigkeit des öffentlichen politischen Raumes gewährleistet ist.



Stefano Prato

Der Autor ist der Geschäftsführer der Society for International Development.

Aus dem Englischen von  
Anna Ursinus.

- 1 Stefano Prato (2018): SDG 2: Facilitating corporate capture or investing in small-scale sustainable agriculture and agroecology?. Spotlight on Sustainable Development.
- 2 CSF (2012): Freiwillige Richtlinien zur verantwortungsvollen Kontrolle der Grundbesitzverhältnisse für Land, Fischereien und Wälder im Kontext der nationalen Ernährungssicherheit (VGGT).

# ÜBER DIE KOMPLEXITÄT DER ANTIBIOTIKARESISTENZ-PROBLEMATIK IN DER GLOBALEN TIERHALTUNG

## Den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung grundsätzlicher hinterfragen

**Antibiotikaresistenz ist ein drückendes, wenn nicht gar erdrückendes, globales Problem für Menschen und Tiere. Es erschüttert die Grundfesten der nationalen und internationalen Gesundheitssysteme. In Zukunft drohen wieder einfache Infektionskrankheiten aufgrund von Antibiotikaresistenten Keimen tödlich zu enden. Dies würde die menschliche Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen.**

**F**OLGERICHTIG WIRD die Problematik seit der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) von September 2016 auf höchstem internationalem Niveau behandelt. Die Vollversammlung hat klargestellt, dass es sich um ein Problem für Menschen und Tiere handelt und dass es ein besonderes Problem mit dem unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung gibt.

Bis September 2018 soll eine ExpertInnengruppe, zusammengesetzt aus den verschiedenen Unterorganisationen der UN, wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Ernährungs- und Landwirtschafts-

organisation der UN (FAO) und der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) einen Bericht über den Fortschritt im Kampf gegen antimikrobielle Resistenz vorlegen. Tierhaltung wird auch hier im Fokus stehen. Gleichzeitig ist klar, die Nutzung von Antibiotika in der Tierhaltung steht nicht grundsätzlich in Frage, sondern die Art und Weise des Einsatzes.

Für die Frage nach der Art und Weise des Einsatzes ist es vielleicht noch einmal wichtig, einen Schritt in der Debatte zurückzugehen und Antibiotika wieder als das zu sehen, was es hier Jahrzehnte lang war und weltweit teilweise leider noch ist:

Kein Medikament zur Heilung von Krankheiten bei Tieren, sondern ein technologischer Input zur Produktionssteigerung, mit dem schlechte Haltungsbedingungen ausgeglichen werden.

### Nicht weiter allein auf technische Lösungen setzen

In Europa ist dieser Einsatz von Antibiotika zur Leistungssteigerung bei Tieren seit 2006 verboten. Doch schlechte Haltungsbedingungen können und müssen weiter mit Antibiotika ausgeglichen werden. Weltweit wird dieses Verbot des Antibiotikaeinsatzes zur Wachstumssteigerung in der Tierhaltung aber gerade erst mühsam durchgesetzt.

Der Einsatz von Antibiotika wurde also als kostengünstiges technisches Hilfsmittel begriffen, um die Produktion zu optimieren, damit mehr Fleisch produziert werden konnte. Diese Praxis wurde von einem Produktionssystem angewandt, in dem Bäuerinnen und Bauern meist nur noch ausführende Organe mit wenig eigener Entscheidungsmacht sind. Gleichzeitig hat dieses Produktionssystem nicht nach dem Vorsorgeprinzip gearbeitet, wonach Antibiotika nur sehr restriktiv in der Tierhaltung hätte eingesetzt werden dürfen und viele Antibiotika für den Humangebrauch hätten reserviert bleiben müssen.

Antibiotika wurden von diesem industriellen Tierhaltungssystem nicht als kostbares und vergängliches Medikament, sondern als billiger technischer Input gesehen, mit dem die Fleischproduktionskosten weiter gesenkt werden konnten. Wie verantwortungslos und kurzsichtig dieser Umgang mit Antibiotika war, zeigt sich heute klar an der Resistenzproblematik. Klar ist auch, mit Blick



© NIAD/flickr.com (BY 2.0)

Bisher wird Antibiotika häufig nicht als Medikament zur Heilung von Krankheiten begriffen, sondern als technische Möglichkeit, um die Produktionsmöglichkeiten immer weiter auszureizen.

auf das Vorsorgeprinzip hätten Antibiotika niemals so in der Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, wie sie teilweise noch heute eingesetzt werden.

Es darf nicht unterschätzt werden, wie tief dieser Ansatz, dass Antibiotika kein Medikament, sondern ein billiger Input ist, im System verankert ist. Bei vielen besteht immer noch die Hoffnung, dass dieses Instrument weiter genutzt werden kann, wenn auf technischer Ebene schnell genug neue Antibiotika gefunden werden.

Natürlich werden neue Antibiotika gebraucht. Aber ihre Wirkung ist begrenzt, wenn sie auch in Zukunft nicht als Medikamente begriffen werden und für ihren Einsatz nicht das Vorsorgeprinzip angewendet wird. Wichtig ist daher, die bestehenden Tierhaltungs- und Tierzuchtssysteme sehr kritisch zu hinterfragen.

### **'One Health' ist die Antwort**

Eine wichtige Antwort auf die Antibiotikaresistenz-Krise ist der One Health-Ansatz (dt.: eine Gesundheit). Er sieht menschliche und tierische Gesundheit als untrennbar miteinander verbunden an – gerade weil tierische Krankheiten auf den Menschen überspringen und umgekehrt. Auch bei der Antibiotika-Resistenz-Problematik ist dies der Fall. So haben einige resistente Keime ihren Ursprung bei der Nutzung von Antibiotika beim Menschen und andere resultieren aus dem Einsatz in der Tierhaltung. Wichtig ist, sie sind problematisch für beide, also für Menschen und Tiere.

Eine beunruhigende Studie aus Indien aus dem Jahr 2017 zeigt, wie stark Keime, die auch gegen die letzten Reserveantibiotika resistent sind und aus Geflügelställen stammen, über die Ausbringung von Hühnerkot in den Boden auch abseits der Ställe gelangen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch auf diese Weise die Resistenzproblematik immer weiter ausbreitet. Auch im Wasser finden sich über den Einsatz von Antibiotika in Aquakulturen immer wieder antibiotikaresistente Keime. Höchstproblematisch sind in diesem Zusammenhang auch die Produktionsbedingungen in den Fabriken, die Antibiotika herstellen. Die Produktion ist aus Kostengründen stark nach Indien ausgelagert worden. Eine Klärung und Reinigung der Abwässer erfolgt dort meist nicht und Antibiotika und auch antibiotikaresistente Keime gelangen in den Wasserkreislauf. Leidtragende sind häufig arme

SlumbewohnerInnen, die in der Nähe der Gewässer leben und sich mit den Keimen infizieren.

Zusätzlich gibt es neue Studien, die den Einsatz von Herbiziden in der Pflanzenproduktion, wie Glyphosat, Dicamba und 2.4 D, in Verbindung mit der Entstehung von Antibiotikaresistenzen bringen. Hier ist dringend mehr Forschung nötig. Die Beispiele zu Böden, Wasser und Pflanzenproduktion zeigen zudem, dass die Thematik Antibiotikaresistenz noch besser gefasst werden sollte. Zu prüfen wäre, ob der Begriff 'One Health' nicht um Böden, Wasser und Pflanzen erweitert werden sollte. Auch hier scheint es enge Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu geben.

### **Finanzierung von neuer Forschung, Züchtung und alternativer Produktionssysteme**

Betrachtet man den globalen Tierzuchtungssektor, aber auch den Tiergesundheitssektor, sieht man sehr schnell, dass es in diesen Bereichen enorme Marktkonzentrationen gibt. In der Geflügelzucht dominieren 2 bis 3 Konzerne den globalen Markt. Diese haben auch eigene Tiermedizinischen oder kooperieren eng mit Tiermedizinkonzernen. Es bestehen grundsätzlich noch besorgniserregende Oligopol-Strukturen als im Saatgut und Pestizidbereich. Dies vor allem auch, weil sich die Staaten stark aus diesem für die Welternährung so wichtigen Feld zurückgezogen haben.

Es ist naheliegend, dass die bestehenden Antibiotikaresistenzprobleme ein Teil dieser ungesunden Markt- und Marktkonzentration sind. Daher stellt sich die Frage, wie wieder mehr gesellschaftliche Kontrolle in diesem Bereich ausgeübt werden kann und wie die notwendige Forschung auch im Sinne des erweiterten One Health-Ansatzes finanziert werden kann. Gleiches gilt auch für neue Züchtungsansätze, insbesondere für die Staaten des Globalen Südens, denn diese sind leider fast völlig auf den Import industrieller und damit häufig nicht angepasster industrieller Tiergenetik angewiesen.

Lösungsansätze könnten eine weltweite Reform der nationalen Kartellrechte sein, die die bestehenden Oligopole aufbricht und zum gesellschaftlichen Nutzen entflechtet. Dies könnte auch von einem UN-Prozess zu Wettbewerbsrecht begleitet werden. Zusätzlich könnte der globale industrielle Handel mit Nutztieren

und ihrer Genetik besteuert werden, um finanzielle Ressourcen für neue öffentliche Zuchtprogramme, die von der FAO koordiniert werden könnten, zu generieren.

### **Reduktion des Fleischkonsums – ein schneller und unerlässlicher Schritt**

Kern der Debatte muss bei allen anderen essentiellen Anstrengungen bleiben, dass eine schnelle und deutliche Reduktion des Fleischkonsums, vor allem in den Ländern des Globalen Nordens und einigen Schwellenländern mit hohem Fleischkonsum, unerlässlich ist. Nur so wird man dem Antibiotikaresistenz-Problem erfolgreich begegnen zu können.

Gleichzeitig darf die Debatte nicht weiter auf dem Rücken der TierhalterInnen geführt werden. Diese sind so stark in den oligopolistischen Fleischproduktions- und Tierzuchtstrukturen gefangen, dass sie in vielen Fällen nur noch bedingt selbst grundlegende Entscheidungen treffen können.

### **Agrarökologie als Lösungsansatz?**

Um die Antibiotikaresistenz-Problematik in der Tierhaltung in den Griff zu bekommen, ist eine grundlegende Debatte über das landwirtschaftliche Produktionssystem unerlässlich. Hier stimmt es hoffnungsvoll, dass die FAO mit einem zweiten internationalen Symposium zu Agrarökologie im April 2018 verstärkt neue Wege aufzeigen möchte. Kernelemente von Agrarökologie sind der Anspruch, Inputs (also auch Antibiotika) stark zu reduzieren, die Wege der Produkte kurz und die Betriebskreisläufe möglichst geschlossen zu halten und bäuerliches Wissen sowie traditionelles Wissen stärker anzuerkennen und zu nutzen. Kurz, das Konzept der Agrarökologie bietet viele spannende Gegenansätze zum bestehenden industriellen Konzept der Tierhaltung, das die Welt in die Antibiotika-Krise geführt hat.

 **Stig Tanzmann**

Der Autor ist Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt.



Das Kupieren von Ringelschwänzen muss untersagt und Einstreu, ausreichend Platz und Auslauf gewährleistet werden.

## UMBAU DER TIERHALTUNG

Kompliziert, teuer, aber machbar und überfällig.  
Die Bundesregierung muss aktiv werden

**Die geänderten gesellschaftlichen Anforderungen an Tier- und Umweltschutz in der Praxis umzusetzen, erfordert tiefgreifende Veränderungen für einen großen Teil unserer Tierhaltung. Damit der Umbau gelingt und auch zur wirtschaftlichen Chance für die bäuerlichen Betriebe wird, muss die Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode eine umfassende, berechenbare und mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattete Nutztierstrategie vorlegen und umsetzen.**

**B**ISHER HATTE in der Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern die Maxime von Kostensenkung, Leistungssteigerung und Mengenwachstum klar die Oberhand. Die Fachwelt aus Wissenschaft, Ausbildung, Beratung und Agrarverbänden drängte die Bäuerinnen und Bauern zur Rationalisierung und niedrigen Stückkosten. Das gleiche Signal kam von den Absatzmärkten, also den Verarbeitungsunternehmen, Handelsketten und von uns allen als VerbraucherInnen. Der jeweils niedrigste Preis bestimmte den Markt und damit, wie Tiere gehalten und Lebensmittel erzeugt werden.

### Quantität bestimmt bisher die Qualität

Aus den Ställen verschwand das Stroh, die arbeitssparenden Spaltenböden zogen ein, die Güllekette

ersetzte die Mistwirtschaft. Die Kühe verließen die Weiden und zogen ganzjährig in arbeitssparende Laufställe ein. Hennen und Mastgeflügel wurden in dichte Ställe, lange auch in Käfige gesperrt und ihnen der Schnabel gekürzt. Bei den Ferkeln wurde und wird serienmäßig der Ringelschwanz gekürzt, damit sich die Tiere in den blanken, eintönigen Ställen ohne Einstreu, Außenklimabereiche oder gar Auslauf, aber mit automatischer Lüftung und Fütterung nicht gegenseitig die Schwänze anknabbern und damit Verletzungen und Erkrankungen zuziehen. Mit einem entsprechenden Umwelt-, Tierhaltungs-, Arzneimittel- und Baurecht sowie der Förder-, Markt- und Außenhandelspolitik ist das gezielt unterstützt worden.

Eine hoch effiziente Tierhaltung mit bestens ausgebildeten Betriebs-

leiterInnen ist so entstanden, und sie ist äußerst erfolgreich – einerseits. Die Schweineerzeugung, die in Deutschland mit 5,6 Millionen Tonnen pro Jahr den größten Anteil (83 Prozent) der Fleischerzeugung in Deutschland ausmacht, ist in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent ausgedehnt worden. 1995 lag der Selbstversorgungsgrad noch bei 77 Prozent, heute liegt er bei 120 Prozent. Der Export wurde zum Wachstumstreiber schlechthin.

Andererseits steht diesen enormen Zuwächsen ein drastischer Verlust an schweinehaltenden Betrieben gegenüber. Von über 200.000 SchweinehalterInnen 1995 in Deutschland blieben bis 2016 nur 37.000 übrig, ein Rückgang um 81 Prozent. Der Großteil der Betriebe stieg aus, nur ein kleiner Teil erweiterte die Schweinehaltung, das aber in großen Schritten – und steht nun unter anhaltender öffentlicher Kritik für die Art und Weise der Tierhaltung. Die Kritik ist so grundsätzlich, dass sogar der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik der Bundesregierung die gesellschaftliche Akzeptanz abhandengekommen sieht.<sup>1</sup> Mittlerweile ist auch in der Branche die Bereitschaft zu Veränderungen

gewachsen, auch wenn über Tempo und Reichweite gerungen wird.

## Nutztierstrategie konkret

Am Beispiel der Schweinehaltung hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) im September 2017 Vorschläge für ein strategisches politisches Handeln zum Umbau der Tierhaltung vorgelegt.<sup>2</sup> Sie zielen ab auf die Nutztierstrategie des Bundesministeriums.<sup>3</sup>

Als erstes muss die Bundesregierung einen breiten Konsens zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über zentrale Zielmarken einer tiergerechten und umweltverträglichen Schweinehaltung herstellen: Bis wann soll z. B. die Schweinehaltung so umgebaut sein, dass auf das Kupieren des Ringelschwanzes verzichtet werden kann? Ab wann müssen den Schweinen mehr Platz je Tier, eingestreute Liegeflächen und Außenklimabereiche zur Verfügung stehen?

## Förderung um- und ausbauen

Um Fehlinvestitionen in neue Ställe, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden, zu vermeiden, muss die Investitionsförderung stark verändert werden. Die heutige Basisförderung des Bundes ist abzuschaffen, und die Kriterien für die „Premiumförderung“ sind konsequent an die Erfordernisse einer tiergerechten Haltung anzupassen. Insbesondere fehlt die Herstellung unterschiedlicher Klimazonen im Stall mit einem Außenklimabereich, wie die über 25-jährigen Praxiserfahrungen der SchweinehalterInnen im NEULAND-Programm und in modernen Biobetrieben belegen.

Im Gegenzug sollte der Umbau bestehender Schweineställe hin zu tiergerechten Haltungssystemen und auch der Neubau von entsprechenden Ställen gefördert werden, aber begrenzt auf Betriebe, die die Auslöseschwelle für eine Umweltverträglichkeits-Vorprüfung nicht überschreiten (z. B. maximal 1.500 Mastschweineplätze, 560 Sauen). Zudem sollte die Förderhöhe degressiv verlaufen, damit kleinere und mittlere Betriebe einen gezielten Anreiz erhalten.

Auch im laufenden Betrieb entstehen bei tiergerechten Haltungsverfahren höhere Kosten, vor allem aus dem höheren Platz-Angebot und Arbeitsaufwand pro Tier, und zwar um 20 bis 30 Prozent zusätzlich zu den investiven Kosten. Mindestens ein Teil dieser laufenden Mehrkosten muss aus dem Markt über höhere Preise für

Fleisch aus tier- und umweltgerechter Erzeugung bezahlt werden. Bis das erreicht ist, müssen diese Mehrkosten aus jährlichen Fördermitteln von Europäischer Union (EU), Bund und Ländern abgedeckt werden. Dafür muss der Bund neue Finanzierungsquellen schaffen. Umschichtungen reichen dafür bei Weitem nicht aus. Der Wissenschaftliche Beirat gibt die Mehrkosten für die Schweinehaltung in Deutschland mit ca. 2 Milliarden Euro pro Jahr an.

## Staatliche Kennzeichnung

Bisher lassen die MarktakteurInnen die Bereitschaft vieler VerbraucherInnen, sich beim Einkauf bewusst für Fleisch aus besonders tiergerechter Haltung zu entscheiden, brachliegen. In Deutschland gab es bislang keine Differenzierung des Angebots nach der Qualität der Haltungsbedingungen, wenn man von Biofleisch und Programmen wie NEULAND absieht. Erst seit 2 Jahren starten die Zentralen des Lebensmittelhandels jeweils eigene „Qualitätsfleisch“-Programme.

Weil die einzelnen Ketten dabei mit sehr unterschiedlichen Kriterien, aber ähnlichen Begriffen arbeiten, ist eine übergeordnete staatliche und aussagekräftige Kennzeichnung der Haltungsbedingungen wichtig, um das Vertrauen der VerbraucherInnen zu sichern. Für die TierhalterInnen ist die staatliche Einordnung von Bedeutung, damit sie in mehrere vergleichbare Programme liefern können.

## Genehmigungsgrundlagen schaffen

Tiergerechte Stall-Systeme haben große Probleme, überhaupt genehmigt zu werden. Das liegt vor allem daran, dass für die angestrebten Außenklima- und Einstreu-Ställe bisher keine Datengrundlagen bzw. Mess-Ergebnisse über Abluftwerte bei diesen Stall-Systemen existieren. Die Genehmigungsbehörden greifen deshalb auf Standardwerte von geschlossenen Ställen mit Vollspaltenböden, Güllekellern und technischen Abluftvorrichtungen zurück. Solche Ställe haben aber deutlich höhere Ammoniakemissionen als z. B. Ställe mit Stroheinstreu und ohne breitflächige Güllekeller. Bund und Länder müssen hier schnell Datengrundlagen liefern, auf die sowohl die Betriebe als auch die örtlichen Genehmigungsbehörden dringend angewiesen sind.

Darüber hinaus fordert die AbL, im Baugesetzbuch die Privilegierung des Bauens im Außenbereich nicht

nur für große gewerbliche Anlagen, sondern auch für solche großen Tierhaltungsanlagen einzuschränken, die aufgrund ihrer Flächenausstattung als landwirtschaftlich und nicht gewerblich eingeordnet werden.

## Beratung, Bündelung und Außenhandel

Damit der Umbau gelingt, muss noch mehr dazukommen. Es gibt in Deutschland insgesamt nur eine Hand voll kompetenter BeraterInnen. Die fehlende Kompetenz muss gezielt aufgebaut und vernetzt werden. Ebenso wichtig ist es, die TierhalterInnen in Erzeugergemeinschaften zu bündeln. Es braucht am Markt ein Gegengewicht zu den stark konzentrierten Bereichen Schlachtung und Handel. Die Erzeugergemeinschaften sollten das Recht bekommen, notfalls die Menge der (Qualitäts-)Erzeugung zu begrenzen, um ein Abrutschen der Preise zu vermeiden. Auch der Außenhandel muss qualifiziert werden. Die gesetzlichen Standards des Tier- und Umweltschutzes sollten EU-weit angehoben und auch für Importe durchgesetzt werden. Sonst drohen starke Marktverwerfungen, die dem notwendigen Umbau schnell die Grundlage entziehen.

Der Umbau der Tierhaltung ist ein Prozess, den die Bundesregierung in den kommenden 4 Jahren aktiv führen muss. Er hat Erfolg verdient.



Ulrich Jasper

Der Autor ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

- 1 WBA (2015): Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung.
- 2 AbL (2017): Umbau in der Schweinehaltung. Zeit zu handeln. [www.abl-ev.de/uploads/media/AbL\\_-\\_Umbau\\_der\\_Schweinehaltung.\\_Nutztierstrategie\\_konkret\\_-\\_Sept\\_2017.pdf](http://www.abl-ev.de/uploads/media/AbL_-_Umbau_der_Schweinehaltung._Nutztierstrategie_konkret_-_Sept_2017.pdf).
- 3 BMEL (2017): Nutztierhaltungstrategie. Zukunftsfähige Tierhaltung in Deutschland.



© XTUV0010/Wikipedia (BY-SA)

Die ‚Kemper County Energy Facility‘ in den USA verbrennt mittlerweile Erdgas statt Biomasse, um Kosten bei der Anwendung der BECCS-Technologie einzusparen.

# IRRWEG GEOENGINEERING

Ein Allheilmittel gegen den Klimawandel gibt es nicht – wohl aber Alternativen

**Mit dem Pariser Klimaabkommen, die globale mittlere Erderwärmung unter 2 Grad zu halten, gewinnt eine vermeintliche technologische Wunderwaffe gegen den Klimawandel an Unterstützung und Attraktivität – Geoengineering. Geoengineering ist nicht weniger als die großmaßstäbliche Manipulation von Klima- und Erdsystemen. Es wird als Lösung propagiert, je weniger radikale Reduktionen von Treibhausgasemissionen in Sicht kommen, um Paris zu realisieren. Die BefürworterInnen dieser Technologien nähren die Illusion, dass es einen Weg aus der Klimakrise gibt, ohne unseren emissionslastigen Lebensstil ändern zu müssen. Doch so einfach ist es nicht. Geoengineering-Technologien bringen nicht nur neue Risiken und Nebenwirkungen mit sich. Sie lenken auch von der einzigen Lösung für den Klimawandel ab, von der wir wissen, dass sie funktioniert: die radikale Verringerung von Treibhausgasemissionen.**

**G**EOENGINEERING BEZEICHNET absichtliche und groß angelegte Interventionen in das Klima und das Wetter. Zentrale Ökosysteme wie die Ozeane oder die Atmosphäre werden dabei manipuliert. Diskutiert werden derzeit vor allem 2 technologische Zugänge.

## Solar-Radiation-Management

Mit dem sogenannten ‚Solar-Radiation-Management‘ (Sonnenstrahlen-Management – SRM), das momentan debattiert und erforscht wird, soll direkt am Thermostat der Erde gedreht werden, indem die Sonneneinstrahlung beeinflusst wird. Zum Beispiel wollen ForscherInnen von Vulkan- ausbrüchen lernen, die nachweislich durch ausgestoßene Asche und Gase in die Atmosphäre das Klima kühlen

können.<sup>1</sup> Chemische Partikel sollen in die Stratosphäre eingebracht werden, um so den Einfall des Sonnenlichts auf die Erde und damit den Treibhauseffekt zu mindern. Auch die Wolkenbildung soll technisch beeinflusst werden. Ob das funktionieren kann, lässt sich nur herausfinden, wenn es ausprobiert wird. Das geht allerdings nicht im Labor. Um potenzielle Wirkungen zu erforschen, sind bereits Experimente in größerem Stile und direkt am „lebenden Objekt“ zu erkunden. Derartige Experimente könnten allerdings irreversible Schäden anrichten. Aktuelle Modelle prognostizieren, dass der Einsatz von SRM die Niederschlagsmuster verändern, die Ozonschicht beschädigen und damit die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen grundlegend,

aber unvorhersehbar verändern könnte. Gleichzeitig bliebe das Grundproblem ungelöst, dass wir fortwährend zu viel CO<sub>2</sub> emittieren und damit den Treibhauseffekt verschlimmern.

ExpertInnen warnen auch vor dem potentiellen Einsatz von SRM als Waffe. Einzelne Staaten, Konzerne oder Individuen wären mit dem erfolgreichen Drehen am Thermostat in der Lage, das Klima zu strategischen Zwecken zu nutzen und damit andere Staaten und Bevölkerungen als „Geiseln“ zu nehmen. Der wichtigste Kritikpunkt an SRM ist daher politischer Natur: Wie können solche Technologien global demokratisch kontrolliert und reguliert werden? In einer Welt, in der Multilateralismus ohnehin zunehmend in Frage gestellt wird, scheint die Kontrolle und Regulierung aussichtslos und ist in sich Argument genug, solche Technologien und Experimente kategorisch zu verbieten.

## Carbon-Dioxide-Removal: Technologische Wunderwaffe oder zu gut, um wahr zu sein?

Die zweite Gruppe der derzeit diskutierten Geoengineering-Technologien, sogenannte ‚Carbon-Dioxide-Removal‘-Ansätze (Kohlenstoffdioxid-Entfernung – CDR), birgt ebenfalls große Risiken. Bereits

heute gehen WissenschaftlerInnen davon aus, dass wir das Pariser Klimaziel nur erreichen können, wenn wir nicht nur weniger emittieren, sondern der Atmosphäre zusätzlich CO<sub>2</sub> entziehen, also sogenannte Negativemissionen erreichen. CDR zielt dementsprechend darauf ab, der Atmosphäre CO<sub>2</sub> zu entziehen und es anderweitig zu speichern, vor allem in Biomasse. Die Debatte und auch Projekte dazu sind in vollem Gange.

Eine Wunschprojektion Negativemissionen zu erzielen, ist die Technologie ‚Bioenergy with Carbon Capture and Storage‘ (Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid aus Biomasse – BECCS). Mit dieser Technologie soll die natürliche Fähigkeit von schnellwachsenden Pflanzen, CO<sub>2</sub> zu speichern, auf technische Weise genutzt werden. Biomasse wird durch Verbrennung in Bioenergie umgewandelt. Das dabei freiwerdende Klimagas soll chemisch in Schornsteinen gelöst werden, um dann später unterirdisch gespeichert zu werden. Diese Technologie ist noch nicht ausgereift entwickelt und ihr Einsatz rechnet sich gar nicht.

Wenn BECCS überhaupt eine klimarelevante Wirkung entfalten soll, müssten dafür gewaltige Flächen in Anspruch genommen werden. Laut Berechnungen und Schätzungen würde eine zusätzliche Fläche von 430 bis 580 Millionen Hektar Land gebraucht – das entspricht ca. einem Drittel der derzeit landwirtschaftlich genutzten Erdoberfläche oder der Fläche der Europäischen Union. Eine Umwandlung von Landfläche in einem solchen Maßstab würde nicht nur bereits existierende Landkonflikte auf der ganzen Welt weiter anheizen. Es würde auch bedeuten, dass noch mehr lebensnotwendige Ökosysteme wie Primärwälder, Moore und natürliches Grasland zerstört werden. Hinzu kämen die nachteiligen ökologischen Folgen des immensen Wasser- und Düngerbedarfs der Technologie.

Man sieht – CDR-Ansätze im Allgemeinen, und BECCS im Besonderen, sind eine viel zu einseitige und risikobehaftete Antwort auf den Klimawandel.

**Keine ökologische Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung**  
Wenigstens die Erforschung soll vorangetrieben werden, dieses Argument ist häufig zu hören. Geoengineering als „Versicherungspolice“ für den

wahrscheinlichen Fall, dass Staaten weiterhin scheitern werden, die CO<sub>2</sub>-Emissionen wirklich zu senken.

Doch ob SRM oder CDR – auch wenn ihre Risiken differenziert zu betrachten sind –, ihre BefürworterInnen stellen den Klimawandel als eindimensionales CO<sub>2</sub>-Problem dar, ein Ingenieursproblem, das mit ein paar technologischen Wunderwaffen bewältigt werden kann. Die Hauptsachen des Klimawandels, die ökonomischen und konsumistischen TreiberInnen und erst recht die Machtfragen können so ausgeblendet bleiben. Der Blick durch die CO<sub>2</sub>-Brille dominiert, komplexe soziale und ökologische Verhältnisse und Beziehungen spielen keinerlei Rolle.

### **Auch wenn Geoengineering noch keine Realität ist, Experimente sind angekündigt.**

Wir haben jetzt die große Chance, eine grundlegende Debatte dazu zu führen. Allzu viel Transparenz gibt es nicht rund um Geoengineering-Pläne. Wir müssen die zentrale Frage der demokratischen Kontrolle und Verantwortung der Risiken von Geoengineering-Technologien stellen.

BefürworterInnen von Geoengineering stellen technologische Lösungen für den Klimawandel als unbequeme Wahrheit dar: entweder Geoengineering oder Klimakatastrophe. Doch das stimmt nicht. Geoengineering ist keine ökologische Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung.

Es darf kein Versprechen für die Zukunft sein. Geoengineering-Technologien sind kein sozialer, politischer und ökologisch wünschenswerter Pfad, den die Welt einschlagen sollte. Die Risiken sind viel zu hoch und ggf. irreversibel.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass ein radikaler Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl, Gas und eine Verkehrs- und Agrarwende möglich sind.

Gleichzeitig haben wir noch lange nicht unser planetarisches Potenzial erschöpft, CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu speichern. Lebende Bäume speichern derzeit 330 Gigatonnen CO<sub>2</sub>, unsere Böden sogar 2.600 Milliarden Tonnen, der Ozean speichert 27 Prozent des menschengemachten CO<sub>2</sub><sup>2</sup> – eine gigantische Menge. Es gilt, diese Ökosysteme zu schützen. Außerdem schätzt das Stockholmer Umweltinstitut, dass wir bis zu 330 weitere Gigatonnen CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre

ziehen könnten, wenn wir natürlichen Wäldern und anderen erodierten Ökosystemen wieder erlauben, sich zu re-naturalisieren. Und solche Ökosysteme sind nicht nur CO<sub>2</sub>-Speicher, sondern Lebensraum für eine reiche Artenvielfalt und Lebensgrundlage für lokale Bevölkerungen – nicht zu vergleichen mit den Holzplantagen, die BECCS-Technologien nutzen wollen, um CO<sub>2</sub> zu speichern.

Der neu entfachte Diskurs um Geoengineering darf uns von diesen Alternativen nicht ablenken. Stattdessen müssen wir breit gesellschaftlich und demokratisch diskutieren, was wir dem Klimawandel entgegensetzen wollen.

### **Geoengineering muss demokratisch reguliert werden**

Bevor es Geoengineering-Experimente in die praktische Anwendung schaffen, brauchen wir dringend eine verbindliche und klare Regulierung. Ein internationaler Regulierungsmechanismus sollte auf dem Vorsorgeprinzip fußen und Technologien, deren Risiken nicht absehbar, vertretbar oder eindämmbar wären, prinzipiell verbieten. Dazu gehört jegliche Form des SRM.

Für CDR-Technologien muss vor allem in den Blick genommen werden, dass sie fundamentale globale Rechte auf Ernährungssicherheit, Wasserverfügbarkeit und biologische Vielfalt bedrohen würden und damit nicht im Einklang mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) stehen. Ein breites und robustes Bündel an Standards und Kriterien für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte ist aber unverzichtbar für alle Antworten auf den Klimawandel.



Barbara Unmüßig

Die Autorin ist seit 2002 im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

- 1 <http://www.tagesspiegel.de/wissen/treibhaus-effekt-durch-vulkanausbrueche-wie-vulkane-das-klima-veraendern/13493692.html>.
- 2 <http://sciencev2.orf.at/stories/1718390/index.html>; siehe auch Meer atlas, Bodenatlas der Heinrich-Böll-Stiftung.



© ILO in Asia and the Pacific/flickr.com (BY-NC-ND 2.0)

Nicht jeder baut auf Kohle. Junge Studierende im ländlichen Norden von Bangladesch lernen, solare Heimsysteme zu installieren und zu warten.

# DIE ENORME ABHÄNGIGKEIT VON KOHLE

## Eine düstere Zukunft für Bangladesch

**Bangladesch ist mit einem Pro-Kopf-Energieverbrauch von lediglich 300 kWh eines der Länder mit dem größten Energiemangel weltweit. Für die Entwicklung des Landes ist eine höhere Energieerzeugung heute wichtiger denn je zuvor. Die aktuelle Energiepolitik fokussiert sich dabei stark auf die Kohle und nutzt die derzeitige Krise, um nationalen und internationalen Kohlekonzernen Profit Chancen zu verschaffen. Das hat den Verlust der Existenzgrundlagen, die zunehmende Schädigung der Umwelt und steigende Gesundheitskosten zur Folge.**

**A**UF DEM 8. Platz der bevölkerungsreichsten Länder der Welt ist Bangladesch mit Schwierigkeiten bei der Deckung des wachsenden Energiebedarfs konfrontiert. Zudem sind 30 Prozent der BangladescherInnen nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen. Die unzuverlässige und teure Energieversorgung stellt aber eines der größten Hindernisse dar, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) zu erreichen. Studien zeigen, dass Solar- und Windenergie zusammen problemlos 100 Prozent des Energiebedarfs decken könnten. Allerdings hat sich die neue Regierung das Ziel gesetzt, bis 2041 nicht mehr als 3 Prozent des gesamten Stroms aus

erneuerbaren Energien zu beziehen.<sup>1</sup> Aktuell werden ungefähr 5 Millionen Solare Heimsysteme (SHS) durch verschiedene Programme vertrieben. Da diese jedoch nicht mithilfe von politischen Fördermaßnahmen eingebunden wurden, ist ein bedeutender Umbruch bei der Stromerzeugung bisher ausgeblieben. Vor allem in Gebieten ohne Zugang zum Stromnetz nutzen Menschen gerade einmal 3 bis 4 Stunden lang Strom, da man ihnen keine andere Wahl lässt. Viele Menschen leben aufgrund der hohen Kosten und Instandhaltungsprobleme wortwörtlich im Dunkeln. Alles in allem beläuft sich die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien immer noch auf weniger als 1 Prozent, und

das obwohl das Land in Zukunft mit wachsender industrieller Produktion und Nachfrage an Energie rechnet.

### Entwicklungsplan für den Energiesektor

Der kürzlich verabschiedete Energie-Entwicklungsplan (Power Sector Master Plan) sieht anstelle von preiswerten und umweltfreundlichen Maßnahmen den Neubau von Kohle- und Atomkraftwerken mit jeweils 19 Gigawatt und 7,2 Gigawatt bis zum Jahr 2041 vor.<sup>2</sup> Dem neuen Plan zufolge werden die Zielwerte für die Anteile der Kohle- und Kernenergie an der Stromerzeugung von aktuell 1,6 Prozent und 0 Prozent auf jeweils bis zu 35 Prozent und 10 Prozent in die Höhe schnellen.

Die derzeitige Stromerzeugung wird durch schlechte Leistung und Kapazitätsprobleme stark beeinträchtigt. Gleichzeitig werden kostengünstige, staatliche Stromerzeugungsanlagen durch teure, private Kraftwerke ersetzt. Korrupte PolitikerInnen und LobbyistInnen bewerben Kohle als

einzigste Entwicklungsmöglichkeit. Tatsächlich führt der auf den Ausbau von Kohleverstromung basierende Entwicklungsplan jedoch in eine Abwärtsspirale.

## Eine Belastung für Umwelt und Mensch

Politische Maßnahmen für eine unnötige, importorientierte Stromerzeugung durch fossile Brennstoffe werden nicht nur Umwelt und Wirtschaft belasten, sondern auch die erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen des Landes. Während an Maßnahmen zur Kohlenutzung gearbeitet wird, leiden die Gemeinden unter versiegender Grundwasserressourcen und geringen Ernteerträgen des einst fruchtbaren Bodens. Verschärft wird diese Situation noch dadurch, dass ein 1.320 Megawatt-Kohlekraftwerk in nur 14 Kilometer Entfernung von den größten Mangrovenwäldern der Welt, den Sundarbans, gebaut wird. In Bangladesch sind die Sundarbans der beste Schutz gegen jedwede Naturkatastrophe und nicht nur dank ihrer Biodiversität einzigartig; Millionen Menschen nutzen ihre natürlichen Ressourcen. Zwei voneinander unabhängige Studien<sup>3</sup> untersuchten mögliche und unausweichliche Auswirkungen des Kraftwerkes auf die Sundarbans. Beide kamen zu dem Schluss, dass die Wälder durch das geplante Kohlekraftwerk nicht überleben bzw. sich nicht fortpflanzen können. Da Bangladesch oben auf der Liste der Länder steht, die am stärksten durch tropische Wirbelstürme sowie Überschwemmungen gefährdet sind, hat sich das Land dazu bereit erklärt, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 5 Prozent im Vergleich zum „Business as usual“-Szenario zu senken (bezogen auf 2011). Offensichtlich ist, dass die Vulnerabilität gegenüber Klimawandel, Binnenmigration, Erschöpfung des Grundwassers und Bodenverarmung durch eine solche Energiepolitik noch deutlich größer werden wird.

## Markt für Investitionen aus dem Ausland

Diese Kraftwerke sind nicht nur eine ungeheure Bedrohung für das unbeherrschte Ökosystem, sondern tragen auch zur Entwicklung eines zukünftigen Markts für die indische Kohleindustrie bei, die derzeit unter der politischen Energiewende von Kohle hin zu erneuerbaren Energien leidet.<sup>4</sup> In Indien dürfte ein Kohlekraftwerk

wie Rampal aus Naturschutzgründen gar nicht gebaut werden, da solche Kraftwerke dort laut Gesetz einen Abstand von mindestens 25 Kilometern zu Wäldern haben müssen. Die indische Firma National Thermal Power Corporation (NTPC) baut trotz allem gerade zusammen mit dem deutschen Unternehmen Fichtner neue Kohlekraftwerke in Bangladesch. Neben chinesischen und russischen Unternehmen investiert indirekt auch die Deutsche Bank über ihre Beteiligung an NTPC in den Kohle- und Atomenergiesektor des Landes. Es ist anzuzweifeln, ob diese Unternehmen damit wirklich die Entwicklung Bangladeschs unterstützen oder nicht einfach nur Profit daraus schlagen wollen.

Es sind nicht nur die Interessen der Regierung, die zu diesem zweifelhaften Festhalten an der Kohle führen. Auch geopolitische Interessen Indiens, Indonesiens und Australiens stellen wichtige Einflussfaktoren dar. Die direkte und indirekte Einflussnahme Indiens auf den Energiesektor in Bangladesch ist eindeutig. Obwohl Indien Kraftwerke auf Basis erneuerbarer Energien mit insgesamt 175 Gigawatt plant und zumindest bis 2027 selbst keine neuen Kohlekraftwerke errichten will, baut das Land das viel diskutierte Rampal-Kohlekraftwerk in der Nähe der Sundarbans mitten in Bangladesch. Während die eigenen Kohlebergwerke wegen des sinkenden Bedarfs geschlossen werden, versucht Indien indes dem Sektor neues Leben einzuhauchen, indem es aus Bangladesch einen zukünftigen Abnehmer macht.<sup>5</sup> Japan und China unterstützen die politischen Maßnahmen der aktuellen Regierung ebenfalls und zeigen sich interessiert an der Finanzierung von Kohlekraftwerken, z. B. durch den Bau von Terminals und beratende Aktivitäten, um einen garantierten Einfluss auf die Politik des Landes zu sichern.

## Klagen

Die Menschen in Bangladesch haben diese Interessen jedoch bereits durchschaut und protestieren gegen den Ausbau der Kohle. Letztes Jahr kamen bei einer Demonstration gegen das von China unterstützte Banshkhali-Kohlekraftwerk 4 DemonstrantInnen, die ihr Land und ihre Existenzgrundlagen beschützen wollten, durch hinterhältige BefürworterInnen des Kraftwerks ums Leben. Bangladesch steht nun an einem

Scheideweg. Es ist an der Zeit, die Gelegenheit zu nutzen und sich für eine Alternative, einen preiswerten, umweltfreundlichen Energiemix zu entscheiden. EntwicklungspartnerInnen spielen hier auch eine wichtige Rolle. Sie sollten nicht nur den Technologietransfer finanzieren, sondern auch das Leben der lokalen Bevölkerung, ihre Existenzgrundlagen und die Umwelt berücksichtigen, um eine nachhaltige Lösung für die Energiekrise in Bangladesch zu finden. Sollte das Land hingegen seinen auf Kohle und Atomenergie basierten Energieplan nicht anpassen, erwartet Bangladesch eine düstere Zukunft. Sicher ist, dass sich Bangladesch jetzt keine falsche Entscheidung leisten kann.



**Mowdud Rahman**

Der Autor ist Forscher und Ingenieur in Bangladesch.

*Aus dem Englischen von  
Anna Ursinus.*

- 1 Ministry of Power Energy and Mineral Resources of Bangladesh Government (2016): Power Sector Master Plan 2016, Bangladesh.
- 2 Ebd.
- 3 Dr. Abdullah Harun Chowdhury (2012): Environmental Impact of coal based power plant of Rampal on the Sundarbans and Surrounding Areas; Dr. MA Sattar (2011): Impact of Coal-Fired Power Plant on Air Pollution Climate Changes and Environmental Degradation including Disaster on Sundarban.
- 4 Greig Aitken (2016): Rampal coal plant: Indian coal dream fast becoming a nightmare for Bangladesh. [http://www.theecologist.org/News/news\\_analysis/2988006/rampal\\_coal\\_plant\\_indian\\_coal\\_dream\\_fast\\_becoming\\_a\\_nightmare\\_for\\_bangladesh.html](http://www.theecologist.org/News/news_analysis/2988006/rampal_coal_plant_indian_coal_dream_fast_becoming_a_nightmare_for_bangladesh.html).
- 5 Ebd.



© Rolf van Meelis/pixelio.de

Die Pestizidausbringung in der Landwirtschaft hat gravierende Folgen für Mensch und Natur.

# PESTIZIDE BELASTEN MENSCH UND NATUR WELTWEIT

## Gründe und Möglichkeiten für eine Abkehr vom chemischen Pflanzenschutz

**Trotz über die Jahre verbesserter Ausbildung der beruflichen Pestizid-AnwenderInnen, technischem Fortschritt und Verschärfungen bei der Zulassungsprüfung ist es nicht gelungen, unsere Umwelt und Gesundheit ausreichend vor den negativen Auswirkungen des Pestizideinsatzes zu schützen. Pestizide lassen sich heute überall auf der Welt nachweisen, in Böden und Gewässern genauso wie in Nahrungsmitteln, im Hausstaub und in Muttermilch. Neben Auswirkungen auf die Gesundheit trägt der Pestizid-Einsatz zum Verlust der biologischen Vielfalt bei. Jüngste Daten zum dramatischen Rückgang von Insekten sind ein Alarmsignal und unterstreichen die Forderung nach einer anderen Landwirtschaft und nach nicht-chemischen Pflanzenschutzverfahren.**

**P**ESTIZIDE IST ein Sammelbegriff. Er umfasst Substanzen, die als schädlich oder lästig angesehene Lebewesen abtöten, vertreiben oder ihre Entwicklung hemmen, wie z. B. Unkrautvernichtungsmittel (Herbizide), Schädlingsbekämpfungsmittel (Insektizide) und Substanzen zur Bekämpfung von Pilzbefall (Fungizide). Der Großteil der Pestizide wird in der Landwirtschaft eingesetzt, aber auch im Forst, im Gartenbau, auf Gleisanlagen, in Privatgärten und auf kommunalen Flächen. So gelangen auf jeden Hektar Nutzfläche im Jahr durchschnittlich etwa 9 Kilogramm Pflanzenschutzmittel.<sup>1</sup> Trotz Einhaltung aller Anwendungsvorgaben können Nicht-Zielorganismen auf den behandelten Flächen sowie in

benachbarten und weiter entfernten Gebieten geschädigt und Böden und Gewässer belastet werden. Denn ein Teil der Pestizide verdunstet, verweht, versickert und verbreitet sich auf diese Weise in der Umwelt.

### Mensch und Natur im großen Freilandversuch

Von Seiten der Behörden und der Pestizidindustrie wird immer wieder gesagt, es gäbe kaum Substanzen auf dem Markt, die so gut untersucht und geprüft seien wie Pestizide. Ein Blick in die Geschichte des chemischen Pflanzenschutzes offenbart jedoch, dass viele Pestizide, die alle nach erfolgreich bestandener Risikoprüfung zum Zeitpunkt ihrer Marktzulassung als vermeintlich „sicher“ galten, wie-

derholt zu Schädigungen von Menschen, Tieren, Pflanzen und Ressourcen führten. So reicherte sich das in den 1930er Jahren zugelassene Insektizid DDT in tierischen Fettgeweben und in der Umwelt an und führte u. a. zu dramatischen Rückgängen von Vogelbeständen. Das in den späten 1950er Jahren entwickelte Herbizid Atrazin, führte zu schwerwiegenden Gewässerbelastungen. Viele Trinkwasserbrunnen mussten wegen hoher Atrazin-Kontamination geschlossen werden. Zahlreiche weitere Beispiele sind bekannt. Wer glaubt, man könne Jahr für Jahr große Mengen hochwirksamer Pestizide ausbringen, ohne dass es zu gravierenden negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur kommt, der irrt.

### Alarmierender Artverlust: Erst schwinden die Pflanzen, dann die Insekten

Während der Inlandsabsatz an Pestiziden in Deutschland seit Jahren steigt, vollzieht sich in der Agrarlandschaft ein dramatischer Rückgang an biologischer Vielfalt. Der Pestizideinsatz ist für den Artenrückgang nicht alleinverantwortlich, doch hat der Jahrzehnte währende Einsatz von Herbizi-

den wie Glyphosat und Insektiziden erheblich dazu beigetragen, dass es immer weniger Pflanzenvielfalt auf und an Äckern gibt. Der Samenvorrat in Ackerböden nimmt seit Jahrzehnten ab. Statt der in den 1970er Jahren noch verbreiteten 21 bis 40 Wildkrautarten pro Feld finden sich heute nur noch 2 bis 3 Arten. Dabei vertragen Kulturpflanzen durchaus etwas Unkraut ohne Ertragsverluste, Weizen beispielsweise 20 bis 30 Wildkräuter pro Quadratmeter.<sup>2</sup> Fehlen Wildpflanzen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, so verlieren pflanzenfressende Insekten wichtige Nahrungsquellen. Die Wildbienen finden weder Nistmaterial, noch Pollen oder Nektar und Schmetterlinge keine Blätter, an die sie ihre Eier heften können.

Insekten sind zudem in besonderer Weise durch den Einsatz von Insektiziden gefährdet. Die Wirkmechanismen der Insektengifte unterscheiden sich zwischen „Schädling“ und „Nützling“. Zwar gibt es zum Schutz von Nicht-Zielorganismen Auflagen für die Pestizid-Ausbringung, beispielsweise das Einhalten bestimmter Abstände zu Gewässern bei gewässergefährdenden Mitteln oder zeitliche Restriktionen für die Ausbringung bienengefährlicher Mittel. Doch was helfen unzureichende Auflagen, die auf Fehleinschätzungen im Rahmen der Risikoprüfung basieren? Ein bekanntes Beispiel sind die hochgradig bienengefährlichen Neonikotinoide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam. Die neurotoxischen Stoffe sind nicht nur hochtoxisch für Bienen – viele erinnern sich an die Vergiftung von 11.000 Bienenvölkern in Deutschland 2008 – sondern stören selbst in geringsten Konzentrationen wichtige Funktionen wie die Gedächtnisleistung, Mobilität, Orientierung und das Sozialverhalten.<sup>3</sup> Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit kam zu dem Schluss, dass die bisherige Risikoprüfung für die genannten Wirkstoffe unzureichend ist, um den Schutz von Bestäubern sicherzustellen. Nun steht die Europäische Union vor der Entscheidung, ob das seit 2013 geltende Teilverbot für die Anwendung von Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam in bestimmten Kulturen ausgeweitet und die Mittel endgültig vom Markt genommen werden – für Natur und Umwelt wäre dies eine gute Nachricht.

Zahlen aus Nordrhein-Westfalen belegen, dass selbst in bestimmten

Naturschutzgebieten die Biomasse an Insekten innerhalb der letzten 20 Jahre um fast 80 Prozent zurückgegangen ist.<sup>4</sup> Im Vergleich zu 1970 haben wir heute nur noch 11 Prozent der Insekten von einst.<sup>5</sup> Ohne ausreichend Insekten gibt es keinen Bruterfolg für Vögel, und auch anderen kleinen Wirbeltieren fehlt die Nahrung. Für diesen Artenschwund ist nicht die Landwirtschaft allein verantwortlich. Sicher ist aber, dass der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft einen Anteil am Rückgang von Wildpflanzen, Insekten und Vögeln in der Agrarlandschaft hat.

### Globales Engagement gegen hochgefährliche Pestizide

Seit mehr als 30 Jahren informiert das internationale Pesticide Action Network (PAN) mit seinen 600 Partnerorganisationen in mehr als 90 Ländern über die negativen Folgen des Einsatzes von Pestiziden und setzt sich für umweltschonende, sozial gerechte Alternativen ein. PAN Germany mit Sitz in Hamburg ist Teil dieser PAN-Familie. Pestizidbedingte Probleme gibt es überall auf der Welt. In besonderer Weise betroffen sind sog. Entwicklungsländer. Obgleich dort nur 25 Prozent der Pestizid-Weltproduktion stattfindet, ereignen sich hier die meisten Pestizidvergiftungen und 99 Prozent der pestizidbedingten Todesfälle. Ging es in den frühen Anfängen von PAN vielfach um Hilfe bei akuten Vergiftungen und um deren Vermeidung, wurde das Engagement bald auf den Schutz der Umwelt, die Förderung nicht-chemischer Alternativen und die Durchsetzung besserer internationaler Regelungen ausgeweitet. PAN trug und trägt u. a. zur Ausgestaltung internationaler Vereinbarungen bei, wie dem internationalen Pestizid-Verhaltenskodex, und war maßgeblich daran beteiligt, dass besonders gefährliche Pestizide wie DDT und Endosulfan in der landwirtschaftlichen Anwendung international verboten wurden.

### Was muss getan werden?

Ein wichtiger Schritt ist die konsequente Förderung nicht-chemischer Maßnahmen im Pflanzenschutz und Schädlingsmanagement. Die Verantwortung für eine pestizidfreie Zukunft kann nicht von der Landwirtschaft alleine geschultert werden, hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert, Ideen einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Der Politik kommt es zu, entsprechende Weichen zu stellen,

u. a. durch eine wesentliche Aufstockung des Forschungsetats im Bereich nicht-chemischer Pflanzenschutzverfahren, die Durchsetzung einer risikoabhängigen Abgabe auf Pestizide, um zumindest einen Teil der „externen“ Umwelt- und Gesundheitskosten des Pestizideinsatzes einzupreisen. Außerdem sollten Anreize für die Anwendung von Produkten und Verfahren mit weniger negativen Auswirkungen geschaffen werden, sowie eine endlich bußgeldbewährte strikte Neufassung der sogenannten „guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz“ entstehen. Unternehmen können Vorgaben erarbeiten für einen schrittweisen Verzicht auf hochgefährliche Pestizide in der Zulieferkette oder im Beschaffungswesen. Und jedeR einzelne kann schon heute auf Unkrautvernichter und Insektensprays im eigenen Garten verzichten und beim Einkauf nicht-gespritztes Obst, Getreide und Gemüse aus der Region nachfragen.



Susan Haffmans

Die Autorin ist Agraringenieurin und als Projektkoordinatorin im Bereich Pestizide beim Pesticide Action Network tätig.

- 1 Web-Informationen des Umweltbundesamtes zum Thema Pflanzenschutzmittel (17.11.2017). <http://www.umweltbundesamt.de/themen/chemikalien/pflanzenschutzmittel>.
- 2 Gesine Schütte (2017): Artensterben im Agrarland und auf unseren Äckern. [http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB1\\_2017\\_Artensterben\\_F.pdf](http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB1_2017_Artensterben_F.pdf).
- 3 PAN Germany (2011): Bienen, Hummeln & Co – Bedeutung, Gefährdung und Schutz. [http://www.pan-germany.org/download/biodiversitaet/Bestaeuber\\_Info\\_2011.pdf](http://www.pan-germany.org/download/biodiversitaet/Bestaeuber_Info_2011.pdf).
- 4 Heinz Schwan et al. (2013): Ermittlung der Biomassen flugaktiver Insekten im Naturschutzgebiet Orbroicher Bruch mit Malaise-Fallen in den Jahren 1989 und 2013. In: Mitteilungen aus dem Entomologischen Verein Krefeld, Bd. 1, S. 1–5.
- 5 Gesine Schütte (2017): Artensterben im Agrarland und auf unseren Äckern. [http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB1\\_2017\\_Artensterben\\_F.pdf](http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB1_2017_Artensterben_F.pdf).



Die Zivilgesellschaft demonstriert für den Klimaschutz auf der Klimakonferenz in Bonn im November 2017.

# BEWEGUNG, FORTSCHRITTE, ABER AUCH STILLSTAND

## Die UN-Klimakonferenz in Bonn

Vom 6. bis 17. November 2017 tagte die 23. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) in Bonn, unter der Präsidentschaft des südpazifischen Inselstaates Fidschi. Es war der erste Klimagipfel, der von einem kleinen Inselstaat ausgerichtet wurde.

Die Konferenz fand zeitgleich mit Sondierungsgesprächen für eine neue Regierung in Berlin statt. Bei den Verhandlungen in Berlin spielte Klima eine große Rolle, so dass beide Prozesse sich gegenseitig beeinflussten. Es war die erste Klimakonferenz, in der Deutschland nicht mehr als Energiewendewunderland punkten konnte, sondern sich ob seines Mangels an Klimaschutzanstrengungen rechtfertigen musste. Der Druck auf Deutschland nahm während der 2 Konferenzwochen stetig zu: die Tatsache, dass aktive Tagebauten und Kohlekraftwerke wenige Kilometer vom Konferenzgelände entfernt noch immer zur Verursachung des Klimawandels beitragen, hat internationalen BeobachterInnen den mangelnden politischen Willen der Bundesregierung, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, mehr als deutlich vor Augen geführt. Die Rede der Bundeskanzlerin in der zweiten Konferenzwoche war daher mit Span-

nung erwartet worden: Würde sie sich hier auf internationalem Parkett zu einem Kohleausstieg und somit zur konkreten Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens in Deutschland bekennen?

### Angela Merkel enttäuschte

BeobachterInnen wurden enttäuscht: Die Kanzlerin sprach in Bonn über die Schwierigkeiten, in einem Land wie Deutschland aus der Verstromung von Kohle auszusteigen. Die Bundesregierung hatte sich in Bonn, nicht zuletzt mit der Rede von Angela Merkel, in der Schmuddelecke der internationalen Klimapolitik eingerichtet. Visionen und konkrete Umsetzungsschritte wurden schmächtig vermisst. Besonders deutlich wurde dieser Mangel an politischem Willen und Durchsetzungsfähigkeit nochmal am Vorabend des letzten Konferenztages. Mehr als 20 Regierungen, darunter Kanada, die Niederlande und Österreich, stellten in Bonn eine

gemeinsame Kohleausstiegskoalition vor. Ohne zu vergessen, dass viele dieser Länder sich einerseits mit einem Kohleausstieg schmücken wollen, während sie andererseits ihren Strom aus Atomkraft und Gas beziehen, muss doch anerkannt werden, dass der Trend weg von der klimaschädlichen Kohle mittlerweile nicht mehr zu ignorieren ist.

Neben Deutschland versucht bekanntlich auch die USA, sich diesem Trend entgegenzustellen. Die US-Regierung hat in ihrer einzigen offiziellen Veranstaltung auf der Klimakonferenz über Möglichkeiten der Energiegewinnung durch Atom- und Kohlekraft informieren wollen. Dieser Versuch ist klar gescheitert – die Veranstaltung wurde von US-amerikanischen KlimaaktivistInnen gestört, die RednerInnen wurden niedergesungen und die anwesenden KohlelobbyistInnen und RegierungsvertreterInnen mussten kleinlaut von dannen ziehen.

Dies war bei Weitem nicht das einzige Mal während der 2 Wochen Klimakonferenz im November, dass die Klimabewegung und die Umweltverbände ihre Stärke demonstriert haben.

## Die größte Klimademonstration in Deutschland

Schon 2 Tage vor Konferenzbeginn demonstrierten 25.000 Menschen in der größten Anti-Kohle-Demonstration Deutschlands. Nie zuvor waren so viele Menschen für Klimaschutz auf die Straße gegangen.

Von der Bonner Innenstadt bis zum Kongressgelände forderte ein bunter, generationenübergreifender und internationaler Demozug das Ende von Kohle, Öl und Gas. Bei schönstem Sonnenschein hatten sich deutsche und internationale AktivistInnen, geführt von VertreterInnen aus dem Pazifik, unter der großen Botschaft „Klima schützen – Kohle stoppen“ zusammengefunden. Die RednerInnen aus Deutschland, Afrika, Asien, Lateinamerika und den USA berichten von ihrer Arbeit für den Klimaschutz und über die Notwendigkeit internationaler Solidarität. Im Rahmen von ‚Ende Gelände‘ besetzten zudem ca. 3.000 AktivistInnen den nur wenige Kilometer von Bonn entfernten Hambacher Kohleabbau und sorgten so für einen zeitweiligen Stopp der Bagger. Weitere Proteste, z. B. Demonstrationen der lokalen Bündnisse am 11.11., folgten.

Die Forderungen der Zivilgesellschaft hallten in den Konferenzsälen der ‚Bula Zone‘ und auf den Workshops in der ‚Bonn Zone‘ wider. Das Ziel des Endes des fossilen Zeitalters und der dreckigen Energieträger wurde jedoch von keiner Regierung aufgenommen. Schlimmer noch: Die Atomenergie lobbyierte in nicht gekanntem Umfang. Trotzdem blieben die Verhandlungen nicht ohne Ergebnisse.

## Die Verhandlungen boten Fortschritte, aber auch Stillstand

Die sog. Entwicklungsländer fordern seit Jahren, dass die Industrieländer in der Zeit vor 2020, also vor dem geplanten Inkrafttreten des Pariser Abkommens, stärker als alle anderen Klimaschutz umsetzen und außerdem aufzeigen sollten, wie sie ab 2020 die notwendigen Finanzmittel für den Umgang mit den Klimafolgen bereit stellen würden.

In Bonn wurde nun anerkannt, dass die 3 Jahre vor 2020 von großer Bedeutung sind und dass die Industrieländer ihre Klimaschutzanstrengungen in den nächsten 2 Jahren dokumentieren und vorstellen sollen, genauso wie die eingeplanten Finanzmittel für den Umgang mit den Klimafolgen.

Diese Entscheidung bringt zwar kein Mehr an Klimaschutz – ist jedoch für die armen Länder von symbolischer Bedeutung. Sie wollen Vertrauen in die Zusagen der Industrieländer haben, dass diese ihre Verantwortung für die Verursachung des Klimawandels anerkennen und demgemäß handeln. In dem Sinne hat sich auch die Europäische Union (EU) endlich bereit erklärt, die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls zu unterzeichnen. Bisher hatte sich Polen dagegengestellt und so verhindert, dass die EU sich diesem Vorläuferabkommens von Paris bis 2020 anschließt.

Enttäuschend war in Bonn, dass für den Umgang mit den wirklich großen, irreparablen Schäden des Klimawandels, wie dem Untergang von Inseln oder der Umsiedlung von Dörfern und Städten, noch immer niemand Geld zur Verfügung stellen will. Dabei ist gerade der Gastgeber Fidschi ein Land, das schon ein Dorf von der Küste in die Berge umgesiedelt hat, und diese Prozedur in den nächsten Jahren noch viele Male wiederholen müssen. Denn der Meeresspiegel steigt und das Wohnen an der Küste ist bald nicht mehr möglich. Bisher haben hierfür die DorfbewohnerInnen und die Regierung gezahlt – daran wird sich erstmal, auch nach Bonn, nicht viel ändern. Das Thema ‚Schäden und Verluste‘ ist von den internationalen Klimakonferenzen nicht mehr wegzudenken – aber an Geld für die Betroffenen fehlt es nach wie vor.

## USA stehen weiterhin alleine

Interessant an der Klimakonferenz war auch, wie wenig der angekündigte Ausstieg der USA die Verhandlungen und die Debatten bestimmte. Die BeobachterInnen des Bundes Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hatten den Eindruck, dass alle einfach weiter an der Umsetzung des Klimaschutzabkommens stricken wollten – und sich nicht von der Ankündigung von Donald Trump, das Abkommen zu verlassen, aus dem Takt bringen lassen wollten. Umweltverbände haben nur noch mit den Schultern gezuckt, wenn die Sprache auf die USA kam. Obschon viele erwartet hatten, dass nach Trumps Ankündigung, aus dem Pariser Abkommen auszutreten, andere Staaten nachfolgen würden, hat kein anderes Land das Abkommen oder seine Umsetzung in Frage gestellt.

## Talanoa-Dialog

Die Präsidentschaft Fidschis hatte sich mit einem ungewöhnlichen Format durchgesetzt. Talanoa beschreibt eine althergebrachte Tradition des offenen Austauschs ohne Angriffe und Taktiken mit dem Ziel eine für alle akzeptable Lösung zu bringen.

In dem sogenannten Talanoa-Dialog soll nun festgehalten werden, ob die nationalen Klimaschutzstrategien in ihrer Summe ausreichend sind, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Bis zur nächsten Konferenz im Dezember 2018 in Polen soll weiterhin das Regelbuch für die Umsetzung des Pariser Abkommens geschrieben werden. In Bonn gelang es, die unterschiedlichen Vorstellungen hierzu von allen Parteien in einem Dokument zu sammeln.

Denn, und das wurde in Bonn ein weiteres Mal betont: die bisher eingereichten Klimaschutzpläne sind nicht ausreichend, um die katastrophalsten Folgen der Erderhitzung zu verhindern. Hierfür braucht es nicht zuletzt den Kohleausstieg in Deutschland und den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien auf der ganzen Welt.

Da der in Bonn beschlossene Rahmen für den einjährigen Talanoa-Dialog äußerst schwammig ist, müssen jetzt Zivilgesellschaft und Umweltverbände Druck machen, um dafür zu sorgen, dass der Dialog tatsächlich zur Steigerung der Ambitionen genutzt wird. Denn das ist bei Weitem noch nicht ausgemacht.

Und auch in Deutschland darf der Druck für Klimaschutz – und das heißt an erster Stelle für den Kohleausstieg – nicht nachlassen. Bis dieser endlich politisch beschlossen wird, kämpfen wir weiter gegen die Kohle, ob auf der Straße oder vor Gericht. Gerade noch rechtzeitig hat der BUND mit seiner Klage einen vorläufigen Rodungsstopp des uralten Hambacher Waldes erwirkt, der vom Tagebau geschluckt werden soll. Fortsetzung folgt.



*Antje von Broock und Ann-Kathrin Schneider*

Antje von Broock ist die stellvertretende Bundesgeschäftsführerin des BUND und leitet dort das Klimateam.

Ann-Kathrin Schneider leitet seit 6 Jahren die Internationale Klimaarbeit des BUND.



© We Care Solar

Mit dem ‚Momentum for Change Award‘ ausgezeichnet: ‚We Care Solar‘, installiert Solarenergie in afrikanischen und asiatischen Kliniken, um die Gesundheitsversorgung von Frauen und Kindern zu verbessern.

# SCHÖNE NEUE ZUKUNFT

## Können wir mit Innovationen die Welt retten?

**Klimawandel, Umweltzerstörung, Armut, Hunger – auch 2 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) bleibt die Lösung der dringendsten Probleme der Menschheit in weiter Ferne. Kein Wunder, dass für ihre Umsetzung technologische Innovationen hoch im Kurs stehen und derzeit auf zahlreichen internationalen Konferenzen diskutiert werden. Doch welche Innovation rettet denn nun endlich die Welt?**

**P**OLITISCHE LEITLINIEN für die Rettung der Welt werden seit Jahrzehnten innerhalb der Vereinten Nationen (UN) diskutiert. Mit den SDGs gibt es nun einen Handlungsrahmen für Staaten, in welchem mehr oder weniger alle Probleme der Welt aufgeführt und mit politischen Maßnahmen unterlegt sind. Doch ihre Umsetzung gestaltet sich als große Herausforderung, nicht nur wegen des hohen Finanzierungsvolumens, sondern auch aufgrund von Konflikten zwischen den Zielen, fehlendem politischen Willen oder der Trägheit vieler politischer Systeme. Aktuelles Beispiel in der deutschen Politik ist der Unwille, sich zu einem ambitionierten Kohleausstieg zu bekennen, auch aufgrund der, aus Sicht vieler Umweltverbände vorgeschobenen, Argumentation der sozialen Konsequenzen daraus folgender Arbeitsplatzverluste.

Entsprechend der in kapitalistischen Volkswirtschaften verankerten

Logik einer Moderne, die insbesondere durch ökonomischen Fortschritt realisiert wird, werden zunehmend Innovationen als treibende Elemente zur Umsetzung der SDGs ebenso wie anderer internationaler Herausforderungen angesehen. So zieht sich durch zahlreiche Diskussionsrunden, Ausschreibungen oder UN-Verhandlungen der letzten Jahre die Suche nach jenen Innovationen, welche die Welt im Sinne einer zukunftsorientierten Moderne gestalten können. Nicht zuletzt gibt es ein eigenes SDG, das neben dem Aufbau von Infrastrukturen und nachhaltigen Industrien auch die Förderungen von Innovationen umfasst.

### Was sind Innovationen?

Obwohl Innovationen als zentraler Bestandteil ökonomischen Fortschritts angesehen werden, bleibt deren Definition uneinheitlich und subjektiv. Im Kern sollen Innovationen Objekte oder soziale Handlungsweisen effek-

tiver und nützlicher machen. Dazu braucht es Neuerfindungen oder Neuerungen. Diese wiederum müssen innerhalb eines Unternehmens oder Systems entdeckt, eingeführt, genutzt, angewandt und institutionalisiert werden. Eine Volkswirtschaft, ebenso wie ein Unternehmen, sollte aus diesem Grund Innovationen oder eine innovationsfreundliche Atmosphäre fördern.<sup>1</sup>

Auch die internationale Diskussion um Innovationen zur Schaffung einer umwelt- und sozialverträglichen Moderne ist zumeist auf wissensbasierte Technologien aus dem Unternehmenssektor fokussiert und ordnet sich damit in den Trend ein, marktwirtschaftliche Lösungen für sozioökonomische oder ökologische Probleme zu finden. Hervorgehoben werden vor allem jene Innovationen, die zu verkäuflichen Produkten, Dienstleistungen oder Prozessen führen.

### Innovationen als Grundlage der Moderne

Die Suche nach technischen Lösungen für gesellschaftspolitische Herausforderungen ist natürlich nicht neu. Die industriellen Gesellschaften des Globalen Nordens bauen auf vergangenen, revolutionären Erfindungen und Erkenntnissen beispielsweise

in Medizin, Industrie, Kommunikation und Mobilität auf.

Das im Menschen verankerte, kreative Potential und Streben nach Fortschritt zu nutzen und auf die Lösung der großen Herausforderungen der Welt zu lenken, ist deswegen sinnvoll. Sei es die Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromgewinnung, die Einführung effektiver Kühltechniken zur Bekämpfung von Lebensmittelverlusten oder das Internet für demokratischen Wissensgewinn und gesellschaftliche Teilhabe – zahlreiche Innovationen haben die Welt bereits positiv verändert.

### Positive Innovationen verdienen Anerkennung

Völlig zu Recht wurden deswegen im Rahmen der Klimaverhandlungen im November 2017 in Bonn einige herausragende Innovationen vom UN-Klimasekretariat mit dem ‚Momentum for Change Award‘ geehrt. Darunter war das Unternehmen QUID, das Designermode aus Textilresten produziert und Beschäftigung für Frauen sicherstellt. Ebenso beeindruckend ist die Initiative ‚We Care Solar‘, die Solarenergie in Kliniken in Afrika und Asien installiert, um die Gesundheitsversorgung von Frauen und Kindern zu verbessern. Als drittes Projekt wurde SmartICE ausgewählt, die ein Echtzeitüberwachungssystem für den Zustand des Arktiseises entwickelt haben, um den dort ansässigen Inuit bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen.

### Innovationen sind nicht neutral

Eine kritische Auseinandersetzung mit Innovationen wird zumeist zu Unrecht als Technologiefeindlichkeit und Fortschrittsverweigerung angesehen. Und doch braucht es eine kritische Begleitung und Einordnung gerade von jenen Innovationen, die nachhaltige Zukunftsvisionen bis hin zur Lösung der von globalen Krisen wie Umweltverschmutzung und Ungleichheiten versprechen. Denn Innovationen sind nicht neutral. Ob etwas notwendig ist, positive gesellschaftliche Entwicklungen nach sich zieht wird und ökologisch vertretbar oder ökonomisch tragfähig ist, beruht immer auf einer Bewertung von (involvierten) AkteurInnen.

Daraus ergibt sich die Frage, wer bei der Diskussion um Innovationen eigentlich mitredet und mit welchem Ziel. Dies gilt beispielsweise bei Innovationen zur Bekämpfung des Klima-

wandels, die sich auf das Filtern von CO<sub>2</sub> und dessen Speicherung oder Weiterverwertung konzentrieren, moderne Kohle- und Atomtechnologie vorziehen oder auf Geoengineering setzen. Oder für Anpassungsmaßnahmen der Landwirtschaft an den Klimawandel, die genetisch veränderte Arten oder technologiebasierte Bewirtschaftungsmethoden fördern und damit vor allem die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion im Sinne der Agroindustrie verfolgen. Oder für die Umstrukturierung industrieller Fertigung auf Basis von Biomasse.

### Digitale Innovationen müssen diskutiert werden

Kontroverse Debatten zum Sinn und Unsinn, gesellschaftlichem Mehrwert und ökologischen Grenzen von Innovationen müssen auch im Bereich der vieldiskutierten Digitalisierung erfolgen. Ein digitaler Wandel unserer Gesellschaften und unseres Wirtschaftsmodells scheint entsprechend der Trends der letzten Jahrzehnte kaum aufhaltbar. Doch ob die digitalen Innovationen Gesellschaften vornehmlich inklusiver und zufriedener oder vornehmlich effektiver machen werden, ist umstritten. Mit viel gutem Willen lässt sich in einem Smart-Home der Gewinn von Lebenszeit erkennen, wenn der Kühlschrank automatisch Lebensmittel nachbestellt, oder von Energieeffizienz, wenn sich das angelassene Licht per Smartphone ausstellen lässt. Intelligente Navis können durch Auto-zu-Auto-Netzwerke effizientes Verkehrs- oder Parkplatzmanagement betreiben, und so zu weniger Stau und lebenswerteren Städten führen. Und sicherlich braucht es vor allem in Ballungsräumen auch Verbesserungen in der Verwaltung, die nach Vorstellung von Softwarekonzernen vor allem durch E-Verwaltung umgesetzt werden können. Diese entwickeln derzeit den Einsatz von Verwaltungs-Programmen, die kleine Verwaltungsarbeiten übernehmen oder im Idealfall direkt mit den Künstlichen Intelligenzen auf dem Kunden-Smartphone kommunizieren, fast ohne menschliche Interaktion. Aber welche individuellen und gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen bringen solche Innovationen mit sich? Führen sie nicht nur weiter zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Stellen, dem Festhalten an der autobasierten Individualmobilität oder der Dominanz bestimmter Marktteilneh-

mer? Wie steht es mit Datenschutz und -sicherheit? Wo sollen die benötigten Rohstoffe herkommen?

### Innovationen sind nur ein Teil der Lösung

Innovationen können die Welt verändern. Dafür muss aber genau das auch die Prämisse der Innovation sein. Und genau hier liegt leider das Problem. Denn eines der Kernelemente der meisten Arten von Innovationen, die im Rahmen der SDGs oder anderer internationaler Prozesse diskutiert werden, ist, dass sie sich in der Logik des bestehenden Wirtschaftsmodells und des Marktes bewegen. Wir benötigen eine ehrliche, demokratische Diskussion darüber, ob wir alles, was derzeit als Innovation für eine bessere Gesellschaft diskutiert, entwickelt und gefördert wird, wirklich brauchen, welche Chancen und Risiken damit einhergehen und ob die Entscheidung über ihre Anwendung im Markt oder im gesellschaftlichen Diskurs liegt. Zudem können Innovationen mehr als nur technischer Fortschritt sein. Und doch werden soziale Innovationen, die das Zusammenleben von Menschen miteinander und im Einklang mit der Natur fördern, in kaum einer politischen Debatte gleichberechtigt diskutiert.

Wirklich verheißungsvolle Innovationen können nur dann die Umweltzerstörung und Ungerechtigkeiten unserer Welt aufhalten, wenn gleichzeitig bestehende unnachhaltige Praktiken abgeschafft werden. Ein „On-Top“, also zusätzliche Maßnahmen, reicht leider nicht – wie sich beispielsweise bei den Erneuerbaren Energien zeigt. Deswegen braucht es vor allem auch eine (Rück-)besinnung auf politische Maßnahmen, die keine Innovationen benötigen, weil sie schon existieren und nur auf ihre Umsetzung warten. Kohleausstieg zum Beispiel.



Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für Nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/innovation.html> und Jim Stanford (2015): Economics for Everyone.

# NUTZLOSE FEIGENBLÄTTER

## Die neue Charmeoffensive der EU-Kommission und der fortlaufende Widerstand gegen CETA

**Wer denkt „CETA ist doch eh gelaufen ... und so schlimm wird's schon nicht sein, oder?“, liegt weit daneben – noch müssen alle 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) das Abkommen ratifizieren und auch durch das neue „Nachhaltigkeitskapitel“ wird CETA nicht weniger gefährlich für Umwelt und Mensch werden.**

IN DEN letzten Monaten schien es still geworden zu sein um CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada). Im Herbst letzten Jahres hatte der Rat das Abkommen nach langem Ringen verabschiedet und im Februar 2017 nahm es auch die Schwelle im Europäischen Parlament. Seit September wird das Abkommen für den Teil der Europäischen Kompetenz (weite Teile des Abkommens, ausgeschlossen ist u. a. Investment) vorläufig angewandt. Seitdem schleichen sich einige Mitgliedsländer leise durch die Ratifizierung. Doch die Zivilgesellschaft ist weiterhin aktiv und führte zuletzt im September einen erfolgreichen bundesweiten Aktionstag gegen CETA durch. Zudem wird die Debatte deutlich breiter, weil klar ist: Es braucht einen grundlegenden Wandel in der EU-Handelspolitik, neben CETA verhandelt die Kommission ja derzeit fleißig weiter nach demselben Modell mit beispielsweise Japan, Mexiko oder bald vielleicht auch mit Australien und Neuseeland. Daran ändert sich auch nichts mit dem vor der Sommerpause vorgelegten Vorschlag der EU-Kommission für ein Nachhaltigkeitskapitel.

### Die Mitgliedsländer sind dran

Weiterhin gilt, was schon zum Abschluss der CETA-Verhandlungen galt. Es gibt neben den Konzernklage-rechten eine Latte an guten Argumenten gegen CETA, angefangen bei der Liberalisierung des Dienstleistungs-sektors und auch der Daseinsvorsorge, der Regulatorischen Kooperation, die es künftig Konzernen noch leichter macht, ein Wörtchen mitzureden bei der Gesetzgebung, und nicht zuletzt der steigende Druck auf die bäuerliche Landwirtschaft beiderseits des Atlantiks durch mehr Fleischimporte aus Kanada bzw. mehr Milchprodukt-Importe aus der EU in Kanada. Und auch weiterhin gilt: Es gibt gute

Chancen, das Abkommen doch noch zu stoppen. Die nationale Ratifizierung muss in allen Mitgliedsländern durchlaufen werden. Manchmal sogar durch 2 Kammern, wie beispielsweise in Deutschland mit Bundestag und Bundesrat. Hinzu kommt ein mögliches Volksbegehren in den Niederlanden. In Deutschland wurde das Thema insbesondere im Wahlkampf, aber auch in den Sondierungsgesprächen bewusst kleingehalten. Doch aus Sicht einer progressiven Bewegung ist dies völlig unverständlich. Denn derzeit scheint es, als würden manche politische AkteurInnen darauf hoffen, dass das Abkommen in anderen Mitgliedsländern irgendwie gestoppt wird, so dass man selbst nicht mehr Position beziehen muss. Aber wer darauf setzt, sich von einer konservativ-rechtspopulistischen Koalition in Österreich die Arbeit abnehmen zu lassen, gibt im Grunde eine politische Bankrotterklärung ab.

### Aber ist CETA nicht nachhaltig?

Interessant ist die neue Drehung der EU-Kommission, unverbindliche Nachhaltigkeitskapitel in Handelsabkommen als großen Fortschritt zu präsentieren. Auch CETA wird so als ein progressives und nachhaltiges Abkommen verkauft. Diese Erzählung, die CETA als „ein sehr fortschrittliches Handelsabkommen“, das „Rahmenbedingungen für fairen Handel“ setzt und eine Chance darstellt, „die Globalisierung aktiv mitzugestalten“, spielte eine entscheidende Rolle dabei, die Zustimmung für ein vorläufiges Inkrafttreten des Abkommens zu bekommen. Die EU-Kommission hat den Wert dieser Argumentationslinie erkannt und tourt derzeit mit einem Diskussionspapier durch Europa, das ihren derzeitigen Kurs in Sachen Nachhaltigkeitskapitel lobt und sich schon mal vorsorgend gegen Sanktionsmechanismen ausspricht. Natürlich wird schnell klar, dass bei solch

vagen Formulierungen der Nachhaltigkeitskapitel und der grundsätzlich falschen Hierarchisierung der Kapitel (die Nachhaltigkeitskapitel sind anderen Kapiteln wie beispielsweise den Investorenrechten untergeordnet) würde auch ein Sanktionsmechanismus wenig bringen. Die handelspolitische Agenda ist nicht an der Zielsetzung von mehr Nachhaltigkeit, nachhaltiger Entwicklung, ArbeitnehmerInnenrechten oder Umweltschutz ausgerichtet, sondern an den Wünschen der transnationalen Konzerne nach noch mehr Marktöffnung und Globalisierung. Es braucht einen grundlegenden Wandel in der Handelspolitik und daran kann auch ein Nachhaltigkeitskapitel nichts ändern. Ohne diese Neuausrichtung bleiben sie, was sie sind – nutzlose Feigenblätter. Die Kontroverse um Abkommen wie TTIP und CETA wird mit einer Debatte um mehr Nachhaltigkeit nicht verstummen. Es lohnt sich also, dranzubleiben und die Projekte der EU-Kommission genau zu beobachten.



Nelly Grotefendt

Die Autorin ist Referentin für Politik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

# WIR HABEN ES IMMER NOCH SATT!

Wir haben Agrarindustrie satt!-Demonstration schlägt auch im 8. Jahr Alarm für eine andere Landwirtschafts- und Ernährungspolitik

**Am 20. Januar werden wieder Zehntausende für eine andere Landwirtschafts- und Ernährungspolitik auf die Straße gehen. Zum mittlerweile 8. Mal ruft ein breites Bündnis von Bäuerinnen und Bauern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Protesten im Zentrum von Berlin auf. Im Fokus der Demonstration stehen 2018 gesundes Essen, artgerechte Tierhaltung und ein Ende der landwirtschaftlichen Dumping-Exporte. Vom Hauptbahnhof geht es dieses Mal mit Kochtöpfen zur internationalen Agrarministerkonferenz, wo zum Auftakt der ‚Grünen Woche‘ LandwirtschaftsministerInnen aus aller Welt zusammenkommen.**

**W**ARUM IM 8. Jahr noch demonstrieren? Die Antwort ist so schlicht wie einfach: Weil es notwendig ist. Die fatale Realität der industriellen Landwirtschaft wird uns tagtäglich vor Augen geführt. In regelmäßigen Abständen erschüttern Lebensmittel-Skandale unser Vertrauen in das, was wir essen. Massenhafter Pestizideinsatz zerstört die Artenvielfalt und führt zu einem Insektensterben unfassbaren Ausmaßes. Mit Klauen und Zähnen verteidigt die Industrie den flächendeckenden Einsatz von Pestiziden wie dem Totalherbizid Glyphosat. Aber damit nicht genug. Die industrielle Fleischproduktion sorgt für Antibiotikaresistenzen und Überdüngung verschmutzt unser Trinkwasser. Auch der Kampf gegen Gentechnik und Patente auf Leben findet kein Ende. Die Macht von Konzernen hat unerträgliche Ausmaße erreicht. Immer mehr Großunternehmen fusionieren zu Megakonzernen und wollen – wie im Fall von Bayer und Monsanto – die Kontrolle „vom Acker bis zum Teller“. Damit verdient die Agrarindustrie Milliarden – und sie will dieses Geschäft noch weiter ausbauen.

## 8 Jahre Wir haben Agrarindustrie satt!

Wie sieht die Bilanz bisher aus? Von politischer Seite ist mehr Mut und Handlungswille gefragt. Christian Schmidt etwa war als Landwirtschaftsminister seit 2014 nahezu ein Totalausfall. Den zahlreichen Ankündigungen folgten kaum brauchbare Maßnahmen. Das muss sich dringend ändern. Aber: Wir blicken auch auf eine Zeit zurück, in der wir viel erreicht haben. Durch Proteste

wurden zahlreiche Megaställe verhindert, Insektizide wie Neonikotinoide verboten und Essen ist zum Politikum geworden. Immer mehr Menschen wollen wissen, wo ihre Lebensmittel herkommen. Sie kaufen saisonal, ökologisch oder direkt bei der Bäuerin. Viele Bauernhöfe produzieren mittlerweile Milch ohne Gentechnik, halten ihre Tiere artgerecht und stellen auf Ökolandbau um. Mutige, junge Menschen gründen Betriebe im Lebensmittelhandwerk oder in der Landwirtschaft. So wird die Agrar- und Ernährungswende Tag für Tag immer mehr zur Wirklichkeit. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft und gutes Essen für alle ist also möglich.

## Auf die Straße

Was fehlt ist die politische Unterstützung des gesellschaftlich gewollten Umbaus der Landwirtschaft. Landwirtschaftspolitik in Deutschland ist immer noch Industriepolitik. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist die unheilige Lobby-Allianz zwischen Großkonzernen, Bauernverband und Politik, die allen, die etwas ändern wollen, Knüppel zwischen die Beine wirft. Damit sich etwas ändert, brauchen wir den Druck unserer breiten Bewegung auf der Straße. Unsere Forderungen müssen unüberhörbar werden. Im Januar treten wir ein für gesundes Essen für alle. Wir brauchen eine Ernährungspolitik, die auf regionale und nachhaltige Lebensmittel setzt, statt auf industrielle Massenprodukte. Dringend angegangen werden muss weiterhin der Umbau der Tierhaltung. Denn Schweine, Hühner und Kühe brauchen Stroh, Auslauf und Weideland. Deswegen muss die Bun-

desregierung den Umbau hin zu artgerechter Tierhaltung so fördern, dass kleine und mittlere Betriebe nicht die Leidtragenden sind. Ein Blick auf die globalen Zusammenhänge unseres Ernährungssystems zeigt: Aggressive Exportstrategien gepaart mit einer verfehlten Agrarpolitik ruinieren Bauernhöfe auf der ganzen Welt. Das aktuelle System ist absurd. Denn Bäuerinnen und Bauern erhalten weder hierzulande noch im Globalen Süden vernünftige Preise für ihre Produkte – es profitieren die Großkonzerne. Statt dem Preisdumping für den Weltmarkt brauchen wir besser heute als morgen globale Bauernrechte, faire Preise und eine weltweite Agrarwende.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden sich am 20. Januar wieder viele Tausende in Berlin versammeln. Als Gastgeberin der Agrarministerkonferenz steht die Bundesregierung dann im Licht der Weltöffentlichkeit. Diesen Moment nutzen wir: Während sie drinnen tagen, schlagen wir draußen mit Kochtöpfen Alarm für die globale Agrar- und Ernährungswende und für gerechten Welthandel. Wir wissen: Wer etwas ändern will, braucht einen langen Atem. Den haben wir, denn aus der Puste sind wir noch lange nicht!



Christian Rollmann

Der Autor verantwortet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Kampagne Meine Landwirtschaft und Wir haben es satt!



## DOPPELDEUTIGE RHETORIK – BEGRENZTE WIRKUNG

Eine Bilanz der BMZ-Strategie zur Hungerbekämpfung unter Minister Gerd Müller (2013 – 2017)

Obwohl die Bekämpfung des Welthungers keine Ressortaufgabe sein kann, sondern von der gesamten Bundesregierung zu verantworten ist, ist doch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Kabinett dafür zuständig. In der vergangenen Wahlperiode war dies Gerd Müller, der für diese Aufgabe nicht nur „zuständig“ war, sondern sich ihr auch gewidmet hat. Was kam dabei heraus? Was sollte in den nächsten 4 Jahren anders gemacht werden, was sollte beibehalten werden? Die vorliegende, faktenreiche Bilanz der letzten 4 Jahre beinhaltet viele Empfehlungen für die kommende Amtsperiode im Bundesministerium für Zusammenarbeit aus Sicht der deutschen Nichtregierungsorganisationen.



## BAYER – MONSANTO: BLEIBT UNS VOM ACKER

Warum Bäuerinnen und Bauern die geplante Fusion ablehnen

Es soll der größte Deal werden, den je ein deutsches Unternehmen gemacht hat. Für knapp 59 Milliarden Euro will der Leverkusener Bayer-Konzern den US-Giganten Monsanto kaufen und sich damit weltweit an die Spitze der Saatgut- und Pestizidhersteller katapultieren. Die Monsanto-AktionärInnen haben nach einigem Zögern zugestimmt. Gefragt sind jetzt die WettbewerbsbehördenInnen. Weltweit müssen über 30 Wettbewerbsbehörden der Fusion zustimmen. Einen wirksamen Wettbewerb sieht die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft nicht gewährleistet. Deshalb hat sie einen Antrag auf Beteiligung als Drittpartei beim Fusionsverfahren der EU-Kommission gestellt, um der wirtschaftlichen Betroffenheit landwirtschaftlicher Betriebe Gehör zu verschaffen.



## MULTISTAKEHOLDER-INITIATIVEN Grenzen und Voraussetzungen aus Sicht der Zivilgesellschaft

Zur Stärkung der Verantwortung deutscher Unternehmen für Umwelt und Menschenrechte setzt die Bundesregierung seit vielen Jahren auf sogenannte Multistakeholder-Initiativen anstelle von gesetzlicher Regulierung. Der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte, den die Bundesregierung im Dezember 2016 verabschiedete, ebenso wie die Agenda 2030, setzen auf weitere Branchendialoge bzw. Multi-Akteurs-Partnerschaften zur Förderung menschenrechtlicher Sorgfalt und Erreichung. Aus Sicht der unterzeichnenden Verbände muss sorgfältig abgewogen werden, ob und unter welchen Voraussetzungen entsprechende Multistakeholder-Initiativen sinnvoll sind.

**Naturland**  
Gemeinsam. Ökologisch. Fair.

13 CLIMATE ACTION  
14 LIFE BELOW WATER  
2 ZERO HUNGER  
15 LIFE ON LAND  
12 RESPONSIBLE CONSUMPTION AND PRODUCTION

SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

Das Agrarsystem der Zukunft ist Öko und Fair. Wenn die Umsetzung der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen gelingen soll, darf unsere Gesellschaft diese Vision nicht länger als Wagnis sehen, sondern muss sie als Überlebensprinzip begreifen. Die Herausforderung, die Zukunft unserer Ernährung nachhaltig und im globalen Zusammenhang zu gestalten, bewegt Naturland seit bald 35 Jahren. Damit das weitere Schritt für Schritt gelingen kann, sind Erzeuger, Verarbeiter, Händler und Verbraucher gefragt: **Gemeinsam. Ökologisch. Fair.**

Erfahren Sie mehr auf [www.naturland.de](http://www.naturland.de)

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt und Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage [www.forumue.de](http://www.forumue.de).

Bestellungen online oder postalisch an:  
Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

WIR HABEN ES SATT!  
**DEMO**

**ESSEN IST POLITISCH**

**NEIN ZU GLYPHOSAT, GENTECHNIK  
& LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG!**

**20.11.2018**  
**11 UHR BERLIN HBF**

UNSERE DEMO IST KEIN ORT FÜR NAZIS UND RASSISTINNEN.  
NEIN ZUR DIFFAMIERUNG VON BÄUERINNEN UND BAUERN.  
GEFLÜCHTETE SIND WILLKOMMEN.

TRÄGERINNEN:



FÖRDERINNEN:



[WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE](http://WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE)